

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

6 2013

Motorisierungsgrad in Berlin am 31. Dezember 2012 nach LOR-Planungsräumen

☐ Kfz-Statistik in Berlin
kleinräumig verfügbar

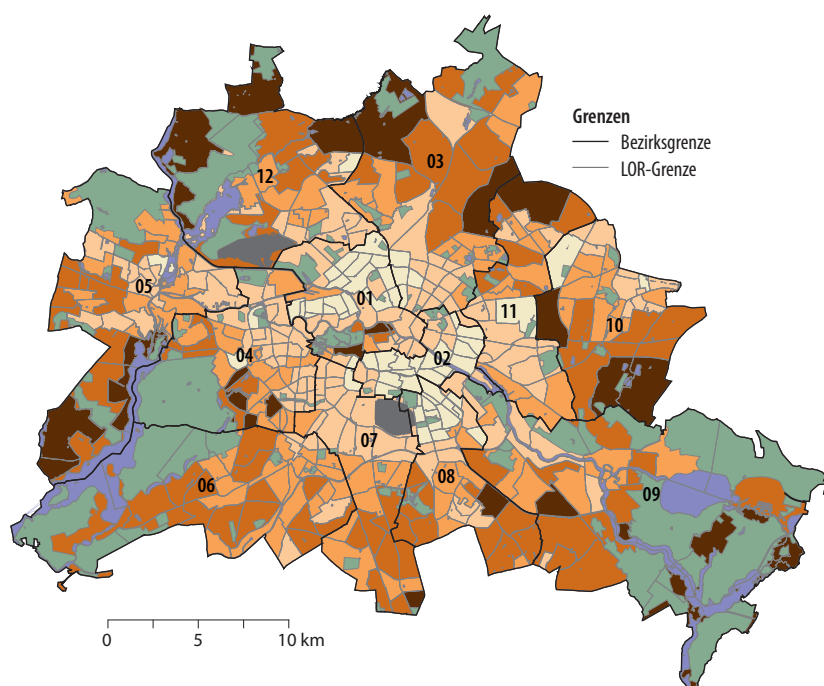
☐ Tempo-korrigierte zusammen-
gefasste Geburtenziffern

– Methodenbeschreibung und erste
Ergebnisse für die Länder Berlin und
Brandenburg –

☐ Globalisierung, europäischer
Binnenmarkt und wirtschaftlicher
Strukturwandel als Heraus-
forderungen der Unternehmens-
statistiken und Volkswirt-
schaftlichen Gesamtrechnungen

☐ Kleinräumige Haushaltsstruktur-
daten für Berlin

☐ Befragung der Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter zum Thema
Arbeit und Gesundheit
in der Berliner Verwaltung



Bezirke
01 Mitte
02 Friedrichshain-Kreuzberg
03 Pankow
04 Charlottenburg-Wilmersdorf
05 Spandau
06 Steglitz-Zehlendorf
07 Tempelhof-Schöneberg
08 Neukölln
09 Treptow-Köpenick
10 Marzahn-Hellersdorf
11 Lichtenberg
12 Reinickendorf

**Private Pkw
je 1 000 Einwohner
Berlin: 297**
unter 200
200 bis unter 300
300 bis unter 400
400 bis unter 500
500 und mehr

Grünflächen
Gewässer
Flughafen
bzw. ehemaliger Flughafen

Datenquelle: Landesamt für Bürger-
und Ordnungsangelegenheiten

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777

Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
7. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2014
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Erwerbstätigkeit

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Verdienste

Preise

Verarbeitendes Gewerbe

Baugewerbe

Bevölkerung

Energie

aus Deutschland ▢ 12

Verbraucherpreise

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Soziales

aus Europa ▢ 14

Finanzen

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Tourismus

Wirtschaft im Überblick

Berlin August 2013 ▢ 16

Brandenburg August 2013 ▢ 21

Historisches

1914 bis 1918

Kriegswesen ▢ 56

Karte und Grafiken

▢ 3. Umschlagseite

Private Personenkraftwagen in Berlin
am 31. Dezember 2012
nach LOR-Planungsräumen ...

... und dem Durchschnittsalter der Halter

... und dem Anteil weiblicher Halter in %

▢ 4. Umschlagseite

Private Personenkraftwagen in Berlin
am 31. Dezember 2012
nach LOR-Planungsräumen ...

... und deren Durchschnittsalter in Jahren

... und dem Anteil an Neuwagenkäufen in %

Beiträge

**Tempo-korrigierte
zusammengefasste Geburtenziffern**– Methodenbeschreibung
und erste Ergebnisse für die Länder
Berlin und Brandenburg – ▢ 28**Kfz-Statistik in Berlin
kleinräumig verfügbar ▢ 34****Globalisierung, europäischer
Binnenmarkt und wirtschaftlicher
Strukturwandel als Heraus-
forderungen der Unternehmens-
statistiken und Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen ▢ 36****Kleinräumige Haushalts-
strukturdaten für Berlin ▢ 42****Befragung der Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter zum Thema
Arbeit und Gesundheit
in der Berliner Verwaltung ▢ 50**

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Erwerbstätigkeit Jahr 2013

■ In Berlin höchster Anstieg, in Brandenburg erstmals Rückgang

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Berlin im Jahr 2013 um 1,9 % im Vorjahresvergleich gestiegen. (...) Damit hat Berlin wie schon 2012 den Spitzenplatz unter den Bundesländern behauptet.

Im Land Brandenburg hat sich im Jahr 2013 die Erwerbstätigkeit um 0,4 % erstmals wieder seit sieben Jahren vermindert und rangiert damit im Ländervergleich im unteren Drittel. Bereits in den Vorjahren ab 2010 war die Erwerbstätigenzahl nur mäßig gewachsen.

Im Jahr 2013 hatten 1 787 500 Personen einen Arbeitsplatz in Berlin, so viele wie noch nie nach der Wiedervereinigung. Das waren 33 400 Personen mehr als 2012, als der Zuwachs allerdings noch größer ausfiel (+44 900 Personen).

In Brandenburg waren im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt 1 070 100 Personen erwerbstätig, 3 800 weniger als im Jahr 2012.

In Deutschland hat sich zwar 2013 mit einem Anstieg um 0,6 % bzw. 233 000 Personen die positive Beschäftigungsentwicklung abgeschwächt, dennoch erreichte die Erwerbstätigkeit das höchste Niveau von 41,8 Mill. Personen seit 1991.

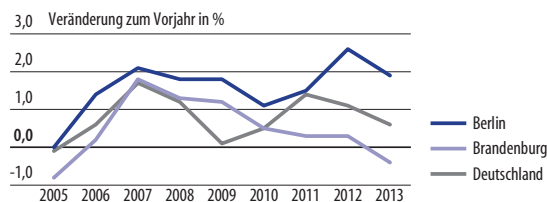
Der Beschäftigungsanstieg wurde im Jahr 2013 ausschließlich durch die alten Bundesländer ohne Berlin mit einem Plus von 0,6 % getragen. Demgegenüber ging die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern ohne Berlin um 0,3 % zurück.

In Berlin wurde der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 wie bereits im Jahr 2012 durch die überdurchschnittlich hohe Ausweitung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (+2,7 %) getragen. Alle Bundesländer zusammen erreichten im Durchschnitt ein Plus von 1,3 %. Gebremst wurde die positive Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Berlin vor allem durch die schwindende Dynamik bei den Selbstständigen und den marginalen Beschäftigungsverhältnissen.

Im Land Brandenburg führten die letztgenannten Einflussfaktoren zum Rückgang der Erwerbstätigkeit, leicht gemildert durch eine nur noch geringfügige Zunahme der Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze (+0,2 %).

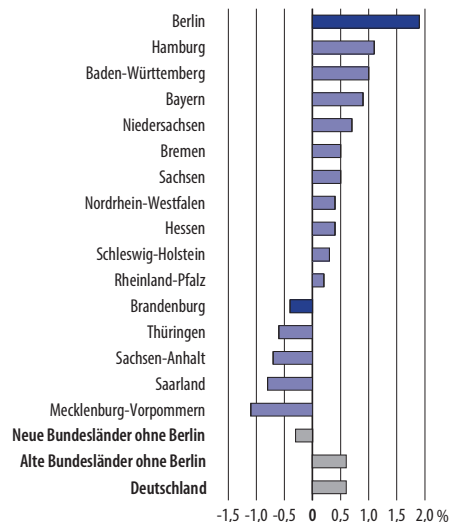
Von den Wirtschaftsbereichen in Berlin brachten 2013 die Dienstleistungsbereiche die Beschäftigungsgewinne. Daran waren alle großen Bereiche beteiligt, der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (+11 800 Personen), der Bereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister (+10 000 Personen), wozu auch das Grundstücks- und Wohnungswesen gerechnet wird, sowie der Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (+11 800 Personen). Außerdem hatte

Erwerbstätige Berlin, Brandenburg und Deutschland 2005 bis 2013



Erwerbstätige in den Bundesländern 2013

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



das Berliner Baugewerbe im Jahr 2013 ein Plus von 1 500 Personen zu verzeichnen. Demgegenüber trat im Produzierenden Gewerbe ohne Bau ein Abbau an Beschäftigung von 1 600 Personen ein, die Hälfte davon im Verarbeitenden Gewerbe.

Im Land Brandenburg wurde der im Jahr 2013 eingetretene Beschäftigungsrückgang zu zwei Dritteln durch das Produzierende Gewerbe und zu einem Drittel durch die Dienstleistungsbereiche verursacht. Im Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit wurden 2 900 sowie im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation 2 000 erwerbstätige Personen weniger registriert. Im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe trat nach hohen Zuwächsen in den Jahren 2011 und 2012 erstmals wieder ein Beschäftigungsabbau von 1 300 Personen ein. Lediglich der Bereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister hatte im Jahr 2013 eine Zunahme der Zahl Erwerbstätiger um 3 700 Personen aufzuweisen.

Erwerbstätigkeit Jahre 2000 bis 2011

Neu berechnete Zahlen zu Vollzeitäquivalenten in den Ländern Berlin und Brandenburg

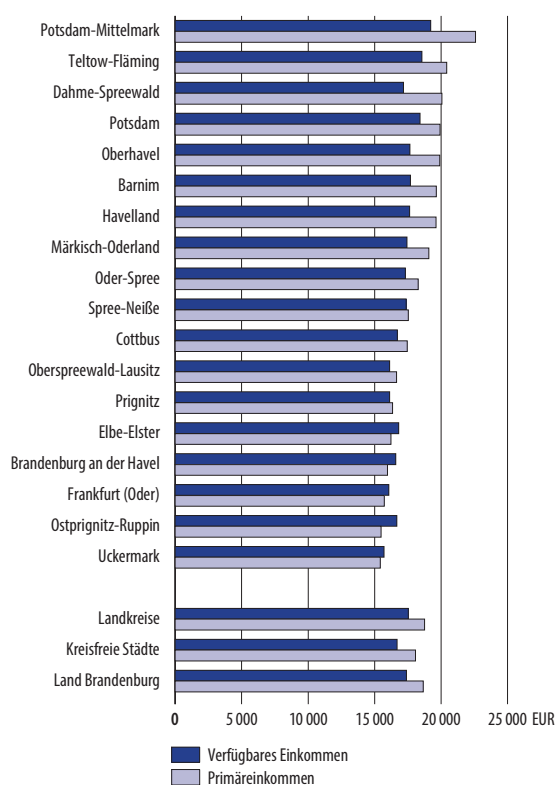
Die Zahl der Erwerbstätigen – ausgedrückt in Vollzeitbeschäftigten-Einheiten, sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ) – hat im Jahr 2011 in Berlin mit 2,8 % und in Brandenburg mit 1,8 % stärker zugenommen als die Zahl aller erwerbstätigen Personen. Diese lag in Berlin bei einem Plus von 1,6 % und in Brandenburg bei 0,3 %. Infolgedessen erhöhte sich die Relation der Vollzeitarbeitsplätze zu allen Arbeitsplätzen.

(...) In Berlin kamen im Jahr 2011 rechnerisch auf 100 Erwerbstätige 87 VZÄ. Dieser Wert hatte im Jahr 2000 noch bei 90 VZÄ gelegen und war bis 2010 auf 86 VZÄ gesunken. In Brandenburg verlief die Entwicklung ähnlich. Hier entsprachen 100 Erwerbstätigen im Jahr 2000 noch 92 VZÄ. Dieser Wert verringerte sich bis 2010 auf 87 VZÄ und nahm 2011 auf 88 VZÄ je 100 Erwerbstätige zu.

Damit wurde erst im Jahr 2011 dem seit 2000 anhaltenden Trend zur Verdrängung von Beschäftigungsverhältnissen in Vollzeit zugunsten der Ausweitung von Teilzeit und marginalen Beschäftigungen sowohl in Berlin als auch in Brandenburg Einhalt geboten.

Zur Ermittlung der Zahl der Vollbeschäftigten-Einheiten werden alle tatsächlich erwerbstätigen Personen unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse, d. h. alle Erwerbstätigen in Voll- und Teilzeit sowie auch geringfügige Beschäftigungen und in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs), mit ihrem differenzierten zeitlichen Arbeitsumfang fiktiv in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet.

Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner in den Kreisen Brandenburgs 2011



Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 2013

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Veränderung zum Vorjahreszeitraum		
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	nachrichtlich: Deutschland
	Personen in 1 000		in %		
Insgesamt.....	1 787,5	1 070,1	1,9	- 0,4	0,6
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei.....	0,5	31,5	- 17,2	- 0,1	- 4,6
Produzierendes Gewerbe.....	219,2	244,6	- 0,1	- 1,0	0,4
darunter					
Verarbeitendes Gewerbe.....	117,3	124,6	- 0,6	- 1,0	0,3
Baugewerbe.....	83,4	99,1	1,8	- 0,5	0,8
Dienstleistungsbereiche	1 567,8	794,0	2,2	- 0,2	0,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation.....	465,6	272,4	2,6	- 0,7	0,2
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen..	395,3	173,3	2,6	2,2	1,6
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit.....	707,0	348,2	1,7	- 0,8	0,7

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2011

Pro-Kopf-Einkommen im Land Brandenburg – Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreisen größer geworden

Die Einwohner im Land Brandenburg verfügten im Jahr 2011 über ein durchschnittliches Einkommen von 17 382 EUR und konnten damit 406 EUR bzw. 2,4 % mehr als im Vorjahr ausgeben oder sparen. Die Zunahme lag in den kreisfreien Städten mit 216 EUR bzw. +1,3 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt, in den Landkreisen mit 443 EUR bzw. +2,6 % etwas darüber. Durch diese unterschiedliche Entwicklung hat sich 2011 die Schere zwischen den Pro-Kopf-Einkommen in den kreisfreien Städten (16 673 EUR) und Landkreisen (17 514 EUR) auf 841 EUR weiter erhöht (2010: 614 EUR). Nachdem in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende die Einkommensunterschiede fast getilgt waren, sind sie danach wieder deutlich gewachsen.

(...) 2011 ist das durchschnittlich einem Einwohner zur Verfügung stehende Einkommen in allen Kreisen Brandenburgs gestiegen, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam, wo es stagnierte. Angeführt wird die Skala der unterschiedlichen Einkommensentwicklung der Kreise vom Spree-Neiße-Kreis mit einem Anstieg um 3,5 %. Das höchste verfügbare Einkommen hatten aber auch 2011 die Einwohner in Potsdam-Mittelmark, und zwar nachweislich seit 1995. Mit 19 201 EUR lag es 2011 rd. 10 % über dem Landesdurchschnitt. Die Einwohner in der Uckermark hingegen mussten 2011 mit 15 695 EUR auskommen. Sie verfügten seit 1995 über das niedrigste Einkommen im Land Brandenburg.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Teil des Einkommens aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Primäreinkommen), der nach Abzug geleisteter Transfers (Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge) und empfangener Sozialleistungen und sonstiger Transfers für Konsum und Sparen Verwendung findet. 2011 entfielen 93,3 % auf diesen Teil des durchschnittlichen Primäreinkommens eines Einwohners Brandenburgs in Höhe von 18 639 EUR. 10 Jahre früher, im Jahr 2001, lag diese Quote bei 97,3 %. Somit konnten im Jahr 2011 durchschnittlich 4,0 % weniger vom Primäreinkommen für Konsum und Sparen verwendet werden als 2001.

Die Umverteilung durch Transferleistungen wirkte sich innerhalb des Landes unterschiedlich aus. In den fünf Kreisen am unteren Ende des Einkommensrankings überschritten die empfangenen die geleisteten Transfers, sodass pro Kopf über mehr Einkommen verfügt werden konnte, als ursprünglich in der Region entstanden war. (...)

Grafik: Primäreinkommen und Verfügbares Einkommen je Einwohner in den Kreisen Brandenburgs 2011 auf S. 3.

Investitionstätigkeit in Berlin und Brandenburg unter dem Durchschnitt

Im Jahr 2011 sind in Berlin 15,4 Mrd. EUR und in Brandenburg 11,4 Mrd. EUR in neue Sachanlagen investiert worden (...). Das sind im Vergleich zum Jahr davor in Berlin 1,2 % weniger und in Brandenburg mit 0,4 % nur geringfügig mehr. In allen Bundesländern zusammen wurden allerdings 7,0 % mehr investiert. Bei den Veränderungsraten handelt es sich um preisbereinigte Angaben, d. h., Preisänderungen wurden rechnerisch ausgeschaltet. Von dem insgesamt 2011 in Deutschland investierten Volumen von 492,0 Mrd. EUR entfielen 3,1 % auf Berlin und 2,3 % auf Brandenburg.

Die Ausgaben für neue Sachanlagen beinhalten neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen wie z. B. Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Computerprogramme und Urheberrechte sowie Ausgaben für neue Bauten wie Wohn-, Nichtwohnbauten und sonstige Bauten (Straßen, Brücken, Flugplätze, Kanäle u. Ä.).

Die 2011 insgesamt rückläufige Investitionstätigkeit in Berlin geht auf die radikale Kürzung von Bauinvestitionen zurück. Das Investitionsvolumen wurde auf 6,4 Mrd. EUR (–19,0 %) gekürzt und floss wie schon in den Vorjahren zu rd. 90 % in die Dienstleistungsbereiche (5,8 Mrd. EUR). Ausgenommen war der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, wo über ein Fünftel weniger in neue Bauten investiert wurde. Hier machte der Anteil des Investitionsvolumens nur noch rd. 11 % des Gesamtvolumens in den Dienstleistungsbereichen aus (2010: 29,0 %).

Anders als die Bauinvestitionen in Berlin entwickelten sich die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen positiv. Es wurden 9,0 Mrd. EUR verausgabt, 16,5 % mehr als im Jahr zuvor. Zu über 80 % des Volumens ging in die Dienstleistungsbereiche. Hier wurden vor allem im Bereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen neue Ausrüstungen angeschafft (+22,9 %).

Die moderate Investitionstätigkeit im Land Brandenburg 2011 wurde vor allem vom Rückgang der Bauinvestitionen (–1,3 %) bestimmt. Das Investitionsvolumen für Bauten machte zwei Drittel aller Anlageinvestitionen aus. Die neuen Bauten sind zu über 90 % in den Dienstleistungsbereichen entstanden, darunter wiederum im Grundstücks- und Wohnungswesen. Hier waren mit 4,7 Mrd. EUR bzw. 4,8 % mehr als im Jahr zuvor 68 % aller Bauinvestitionen der Dienstleistungsbereiche konzentriert.

2011 entfielen im Land Brandenburg zwei Drittel aller Investitionen auf neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Es wurden 3,9 Mrd. EUR (+3,8 %) dafür verwendet, fast die Hälfte davon in den Dienstleistungsbereichen (1,9 Mrd. EUR; –2,1 %). Die meisten Investitionen flossen in den Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation (0,8 Mrd. EUR), allerdings deutlich weniger als im Jahr zuvor (–13,0 %).

Die Investitionsquote – der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen (Erwerb neuer Anlagen einschließlich Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen) am Bruttoinlandsprodukt – betrug 2011 in Deutschland 18,1 %. In Berlin lag sie bei etwa 15 % und in Brandenburg bei 20 %. (...)

Verdienste 3. Quartal 2013

Bruttomonatsverdienste in Berlin durchschnittlich bei 2 837 EUR

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer betrug einschließlich Sonderzahlungen im 3. Quartal 2013 im Land Berlin 2 837 EUR. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist dies ein Rückgang um 0,3 %, während die Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum um 2,2 % stiegen. Die Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe (3 502 EUR; +1,6 %) lagen dabei deutlich über denen des Dienstleistungsbereiches (2 737 EUR; -0,6 %).

Der Rückgang der Bruttomonatsverdienste im 3. Quartal 2013 gegenüber dem 3. Quartal 2012 ist das Resultat gesunkener Vollzeitbeschäftigung. So sank die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer um 1,6 %, während sich die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,6 % und die der geringfügig Beschäftigten sogar um 8,3 % erhöhte. Darüber hinaus haben sich die Sonderzahlungen deutlich verringert.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten im Durchschnitt im 3. Quartal 2013 monatlich 3 460 EUR (+0,2 %). Während ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe bei 3 717 EUR (+0,9 %) lag, kamen sie im Dienstleistungsbereich im Schnitt auf 3 407 EUR (+0,1 %) im Monat. Als wöchentliche Arbeitszeit wurden im Produzierenden Gewerbe 38,7 und im Dienstleistungsbereich 39,4 Stunden ermittelt.

Die Verdienste schwanken in den einzelnen Branchen und je nach Qualifikation erheblich. So betrug im 3. Quartal 2013 der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten leitenden Angestellten (15,0 % der Arbeitnehmer) 6 168 EUR und lag damit deutlich über dem Durchschnitt aller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Von vollzeitbeschäftigten Spezialisten und Meistern (26,2 % der Arbeitnehmer) wurde mit durchschnittlich 3 881 EUR ebenfalls ein überdurchschnittlicher Bruttomonatsverdienst erzielt. Dagegen erhielten in Vollzeit tätige Facharbeiter monatlich 2 753 EUR (44,3 % der Arbeitnehmer), angelernte Arbeitnehmer 2 137 EUR (11,0 % der Arbeitnehmer) sowie ungelernten Arbeitnehmer 1 828 EUR (3,5 % der Arbeitnehmer) und damit mehr als die Hälfte aller Vollzeitbeschäftigten merklich weniger als den Durchschnittsverdienst.

Teilzeitbeschäftigte verdienten im 3. Quartal 2013 durchschnittlich 1 866 EUR im Monat (+1,5 %), bei gleichzeitiger Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1,4 %. Geringfügig Beschäftigte erhielten 307 EUR brutto im Monat.

Bruttomonatsverdienste im Land Brandenburg durchschnittlich bei 2 436 EUR (...)

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer einschließlich Sonderzahlungen betrug im 2. Quartal 2013 im Land Brandenburg 2 518 EUR. Dabei lagen die Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe mit 2 787 EUR deutlich über denen des Dienstleistungsbereiches, in dem ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 2 429 EUR ermittelt wurde.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten im 2. Quartal 2013 im Schnitt monatlich 2 996 EUR, wobei der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Produzierenden Gewerbe (2 958 EUR) unter dem im Dienstleistungsbereich (3 014 EUR) lag. Dafür war die wöchentliche Arbeitszeit im Produzierenden Gewerbe mit 39,3 Stunden etwas geringer als im Dienstleistungsbereich (39,7 Stunden).

Nicht nur je Wirtschaftszweig, sondern auch je nach Qualifikation schwankten die Verdienste jedoch erheblich. So betrug im 2. Quartal 2013 der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der vollzeitbeschäftigten leitenden Angestellten (10 % der Arbeitnehmer) 6 008 EUR und war damit doppelt so hoch wie der Durchschnittsverdienst aller vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer. Als durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst für Spezialisten und Meister (21,5 % der Arbeitnehmer) wurden 3 689 EUR ermittelt und damit ebenfalls deutlich mehr als der Durchschnittsverdienst aller Vollzeitbeschäftigten. Dagegen erhielten Facharbeiter durchschnittlich 2 487 EUR (49,6 % der Arbeitnehmer), angelernte Arbeitnehmer/-innen 2 008 EUR (13,8 % der Arbeitnehmer) sowie ungelernte Arbeitnehmer 1 783 EUR (5,1 % der Arbeitnehmer) und damit mehr als zwei Drittel aller Vollzeitbeschäftigten deutlich weniger als den Durchschnittsverdienst.

Teilzeitbeschäftigte verdienten im 2. Quartal 2013 durchschnittlich 1 774 EUR und geringfügig Beschäftigte 258 EUR brutto im Monat (...).

Bruttomonatsverdienst und Arbeitszeit in Berlin und Brandenburg im 3. Quartal 2013

Arbeitnehmer	Bruttomonatsverdienst ¹	wöchentliche Arbeitszeit	Bruttomonatsverdienst ¹	wöchentliche Arbeitszeit
	EUR	Stunden	EUR	Stunden
	Berlin		Brandenburg	
Vollzeit, Teilzeit, geringfügigbeschäftigt insgesamt.....	2 837	x	2 436	x
Produzierendes Gewerbe.....	3 502	x	2 618	x
Dienstleistungsbereich.....	2 737	x	2 375	x
Vollzeitbeschäftigt insgesamt	3 460	39,3	2 866	39,7
Produzierendes Gewerbe.....	3 717	38,7	2 770	39,6
Dienstleistungsbereich.....	3 407	39,4	2 911	39,8
Männer.....	3 671	39,4	2 911	39,9
Frauen.....	3 178	39,2	2 790	39,5
Teilzeitbeschäftigt insgesamt	1 866	27,2	1 743	28,8
Männer.....	1 724	26,3	1 658	27,8
Frauen.....	1 914	27,5	1 761	29,0
Geringfügig beschäftigt.....	307	x	265	x

¹ einschließlich Sonderzahlungen

Preise Jahr 2013

Verbraucherpreise in Berlin gegenüber 2012 um 2,2 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von November 2013 bis Dezember 2013 um 0,4 % auf einen Indexstand von 107,6 (Basis 2010 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2012 betrug +2,1 %. Im Durchschnitt des Jahres 2013 gegenüber 2012 lag die Veränderung bei +2,2 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise von November bis Dezember 2013 um durchschnittlich 0,4 % war in erster Linie auf Preiserhöhungen für Pauschalreisen (+11,1 %), Nahrungsmittel (+1,4 %) und Verkehrsdienstleistungen (+1,0 %) zurückzuführen. So erhöhten sich gegenüber November 2013 die Preise für Flugtickets um 2,9 % und die Personenbeförderung im Schienenverkehr infolge gestiegener Bahnpreise um 2,2 %. Die im Monatsvergleich erneut überdurchschnittliche Verteuerung der Nahrungsmittel lag in erster Linie an stark gestiegenen Preisen für Gemüse (+9,4 %), Fisch und Fischwaren (+2,2 %) sowie Obst (+2,0 %), während Fleisch und Fleischwaren um 1,2 % günstiger waren. Preisrückgänge gab es im Monatsvergleich ebenfalls wieder bei Heizöl (−0,8 %) und Kraftstoffen (−0,5 %). Verbraucherfreundlich gegenüber dem Vormonat zeigten sich zum Jahresausklang auch die Kaffeepreise (−2,3 %) sowie durch bereits gestartete Winterschlussverkäufe sinkende Preise für Bekleidung (−2,1 %) und Schuhe (−1,0 %).

Die jährliche Teuerung hat sich im Dezember 2013 mit +2,1 % weiter erhöht (November 2013: +1,9 %; Oktober 2013: +1,6 %), wurde aber weiterhin hauptsächlich durch Preisrückgänge für Heizöl (−7,4 %) und Kraftstoffe (−4,5 %) – allerdings in abgeschwächter Form – gedämpft (Gesamtpreisentwicklung ohne Heizöl und Kraftstoffe: +2,5 %). Trotz gefallener Preise für Heizöl, Kraftstoffe und auch Gas (−3,4 %) verteuerte sich Energie insgesamt im Vorjahresvergleich wieder um 1,3 %. Dies war vor allem auf deutlich gestiegene Strompreise (+16,8 %) zurückzuführen. Der jährliche Preisauftrieb für Nahrungsmittel nahm im Dezember 2013 ebenfalls zu und lag mit +3,5 % somit weiterhin deutlich über der Gesamtentwicklung. Erheblich mehr als vor einem Jahr mussten die Verbraucher hauptsächlich für Speisefette und -öle (+13,3 %), Molkereiprodukte und Eier (+9,7 %), Fleisch und Fleischwaren (+4,8 %) sowie Gemüse (+4,5 %) zahlen. Ebenfalls preistreibend wirkten binnen Jahresfrist u. a. Gaststättenbesuche (+5,3 %), Tabakwaren (+4,5 %), Zeitungen und Zeitschriften (+4,5 %), Bücher (+4,1 %), Beherbergungsdienstleistungen (+3,9 %) und das Fahren mit der DB (+2,2 %). Billiger hingegen waren Informationsverarbeitungsgeräte (−7,8 %), Kaffee (−6,8 %) und Telefone (−5,5 %).

Mit einem Anstieg um 2,2 % gegenüber dem Jahr 2012 verharrte die durchschnittliche Preisentwicklung im Jahr 2013 auf dem Niveau des Vorjahres.

Verbraucherpreise im Land Brandenburg gegenüber 2012 um 1,3 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von November 2013 bis Dezember 2013 um 0,4 % auf einen Indexstand von 106,0 (Basis 2010 \pm 100) gestiegen. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2012 betrug +1,3 %. Im Durchschnitt des Jahres 2013 gegenüber 2012 lag die Veränderung ebenfalls bei +1,3 %.

Der Anstieg der Verbraucherpreise von November bis Dezember 2013 um durchschnittlich 0,4 % war in erster Linie auf Preiserhöhungen für Pauschalreisen (+11,1 %) und Verkehrsdienstleistungen (+1,0 %) zurückzuführen. So erhöhten sich gegenüber November 2013 die Preise für Flugtickets um 2,9 % und die Personenbeförderung im Schienenverkehr infolge gestiegener Bahnpreise um 2,2 %. Auch wieder steigende Kraftstoff- (+0,7 %) und Heizölpreise (+0,4 %) waren im Monatsvergleich zu verzeichnen. Erneut überdurchschnittlich gegenüber November 2013 verteuerten sich Nahrungsmittel (+1,4 %). Dies lag in erster Linie an stark gestiegenen Preisen für Gemüse (+11,0 %) und Obst (+3,2 %), während Fisch und Fischwaren (−1,3 %), Speisefette und -öle (−1,2 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (−1,1 %) günstiger waren. Gegenüber dem Vormonat verbraucherfreundlich zeigten sich zum Jahresausklang auch die Kaffeepreise (−7,6 %) sowie durch bereits gestartete Winterschlussverkäufe sinkende Preise für Bekleidung und Schuhe (jeweils −1,4 %).

Die jährliche Teuerung blieb mit +1,3 % auch im Dezember 2013 auf niedrigem Niveau. Trotz Abschwächung des Preisrückgangs für Heizöl (−6,1 %) und Kraftstoffe (−3,4 %) bestimmte, wie schon in den Vormonaten, vor allem deren rückläufige Preisentwicklung die Gesamtteuerung (Gesamtpreisentwicklung ohne Heizöl und Kraftstoffe: +1,6 %). Insgesamt verteuerte sich allerdings Energie im Dezember 2013 gegenüber Dezember 2012 wieder um 0,4 %, da im Gegensatz zu gefallen Preisen für Heizöl und Kraftstoffe vor allem Strom mit +9,4 % deutlich teurer war als vor einem Jahr. Die jährliche Preisentwicklung für Nahrungsmittel lag auch im Dezember 2013 mit +3,9 % wieder deutlich über der Gesamtentwicklung. Erheblich mehr als vor einem Jahr mussten die Verbraucher hauptsächlich für Speisefette und -öle (+12,6 %), Molkereiprodukte und Eier (+9,7 %), Obst (+6,2 %) und Gemüse (+6,0 %) zahlen. Ebenfalls preistreibend wirkten binnen Jahresfrist u. a. Tabakwaren (+4,5 %), Zeitungen und Zeitschriften (+4,5 %), Bücher (+4,1 %), Gaststättenbesuche (+3,6 %) und das Fahren mit der DB (+2,2 %). Billiger hingegen waren Kaffee (−10,9 %), Geräte der Unterhaltungselektronik (−8,3 %), Informationsverarbeitungsgeräte (−8,1 %) und Telefone (−5,1 %).

Mit einem Anstieg um 1,3 % gegenüber dem Jahr 2012 lag die durchschnittliche Preisentwicklung im Jahr 2013 deutlich unter dem Niveau der Vorjahre (2012 und 2011: jeweils +1,9 %).

Verbraucherpreisindex Land Berlin und Brandenburg (Basis 2010 = 100) Stand: Dezember 2013
Gesamtüberblick nach Abteilungen und ausgewählten Gütern

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Berlin			Brandenburg		
		Index- stand	Veränderung gegenüber		Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vormonat		Vorjahres- monat	Vormonat
	Promille	2010 = 100	%		2010 = 100	%	
Preisindex insgesamt	1000	107,6	2,1	0,4	106,0	1,3	0,4
ohne Nettomiete und Wohnungsnebenkosten.....	759,00	108,2	2,0	0,5	107,2	1,5	0,5
ohne Nahrungsmittel und Energie.....	802,92	105,4	1,9	0,3	104,0	1,2	0,3
ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe).....	893,44	106,1	2,1	0,4	104,8	1,5	0,4
Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe).....	106,56	120,0	1,3	- 0,2	115,7	0,4	0,3
ohne Haushaltsenergie.....	931,81	106,2	1,8	0,4	105,1	1,4	0,5
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	950,52	107,4	2,5	0,4	105,6	1,6	0,4
Heizöl und Kraftstoffe.....	49,48	111,8	- 5,3	- 0,5	113,6	- 4,1	0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,71	112,5	3,2	1,0	112,0	3,3	1,1
Nahrungsmittel.....	90,52	112,3	3,5	1,4	112,1	3,9	1,4
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	37,59	108,6	3,4	0,3	107,8	2,3	- 1,1
Tabakwaren.....	20,97	112,1	4,5	0,4	112,1	4,5	0,4
Bekleidung und Schuhe	44,93	102,7	0,6	- 1,9	103,6	- 0,9	- 1,4
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	317,29	110,3	2,8	0,0	105,9	1,2	0,1
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten).....	241,00	105,7	2,3	0,0	102,2	0,9	0,1
Nettokaltmieten.....	209,93	106,1	2,5	0,0	102,2	0,9	0,1
Wohnungsnebenkosten.....	31,07	103,6	1,7	0,0	102,0	1,1	0,0
Haushaltsenergie.....	68,19	126,5	4,3	- 0,2	118,9	2,6	0,1
Strom.....	26,21	140,2	16,8	0,0	119,0	9,4	0,0
Gas.....	14,46	115,3	- 3,4	0,0	114,4	1,6	0,3
Heizöl.....	11,11	123,0	- 7,4	- 0,8	125,6	- 6,1	0,4
Zentralheizung; Fernwärme.....	15,36	117,4	- 0,4	- 0,2	118,9	- 0,3	- 0,1
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	49,78	103,1	0,2	- 0,1	103,3	0,5	- 0,4
Gesundheitspflege	44,44	101,30	- 2,2	0,0	98,7	- 4,0	0,0
Verkehr	134,73	107,3	0,1	0,0	106,5	- 0,1	0,3
Kraftstoffe.....	38,37	108,5	- 4,5	- 0,5	110,1	- 3,4	0,7
Nachrichtenübermittlung	30,10	92,6	- 1,2	- 0,1	92,6	- 1,2	- 0,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	114,92	107,7	3,3	2,5	107,1	2,8	2,6
Pauschalreisen.....	26,83	121,4	1,9	11,1	121,4	1,9	11,1
Bildungswesen	8,80	94,4	3,2	0,0	109,9	5,6	0,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	44,67	106,6	4,5	1,5	108,2	2,8	0,8
Verpflegungsdienstleistungen.....	34,23	106,8	4,7	1,0	109,6	3,4	1,1
Beherbergungsdienstleistungen.....	10,44	105,8	3,9	2,8	103,9	1,1	0,2
Miete für Ferienwohnungen.....	3,64	105,9	0,0	0,0	109,8	3,7	2,1
Andere Waren und Dienstleistungen	70,04	107,3	2,6	0,0	105,6	3,5	- 0,1

Verarbeitendes Gewerbe November 2013

Umsätze und Auftragseingänge der Berliner Industrie im Endsput

Die Berliner Industrie verzeichnete im November 2013 leicht zugenommene Umsätze und stark gestiegene Auftragseingänge (...).

Die 330 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im November 2013 einen Gesamtumsatz von 1,9 Mrd. EUR: 0,82 Mrd. EUR im Inland und 1,05 Mrd. EUR durch ausländische Geschäftspartner. Während der Inlandsumsatz um 5,4 % sank, stiegen die Auslandschäfte um 7,2 %. Insgesamt nahm damit der Wert der abgerechneten Lieferungen und Leistungen um 1,3 % gegenüber dem Ergebnis vom November 2012 zu. Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um 0,5 % auf 80 907 Personen.

Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung bei den Herstellern elektrischer Ausrüstungen negativ (-29,0 %). Die Auslandsumsätze fielen um 35,7 %, die Inlandsumsätze um 21,4 %. Die Umsätze der Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen dagegen stiegen um 11,2 %, (-17,1 % im Inland, +29,7 % im Ausland).

Der Auftragseingang der Berliner Betriebe lag im November 2013, bezogen auf das Basisjahr (2010 = 100), 33,8 % über dem Niveau des Vorjahres, bei einem Auftragsminus im Inlandsgeschäft in Höhe von 5,3 % und einem Anstieg im Ausland um 57,1 %, resultierend aus einem Großauftrag.

In den elf Monaten des Jahres 2013 wurden von den Berliner Industriebetrieben Umsätze von insgesamt 19,8 Mrd. EUR gemeldet, 1,4 % weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Während die Auslandsumsätze um 0,2 % auf 11,1 Mrd. EUR stiegen, verringerten sich die Umsätze im Inland um 3,3 % auf 8,7 Mrd. EUR. Die Auftragsentwicklung veränderte sich positiv, im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres nahm das Auftragsvolumen um 1,6 % zu, bei einem Auftragsminus im Inlandsgeschäft in Höhe von 2,9 % und einem Plus im Ausland von 4,4 %.

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2013

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
Januar.....	82 990	1 664,6	966,3	1,8	0,4	3,9
Februar.....	81 350	1 671,4	948,7	-0,8	-2,0	1,7
März.....	80 758	1 971,4	1 131,7	-1,7	1,3	5,6
April.....	81 135	1 821,8	1 033,8	-0,9	9,1	11,1
Mai.....	80 871	1 808,6	987,5	-1,4	-5,6	-8,4
Juni.....	80 652	1 817,6	1 003,5	-1,9	-7,3	-9,2
Juli.....	80 461	1 744,1	962,3	-1,0	-5,4	-5,8
August.....	80 866	1 663,4	898,0	-0,8	-8,8	-9,6
September.....	80 929	1 911,7	1 079,7	-0,8	5,2	8,7
Oktober.....	81 035	1 818,8	1 014,4	-0,5	-1,4	-0,3
November.....	80 907	1 868,4	1 047,2	-0,5	1,3	7,2
Januar bis November	81 087	19 761,8	11 073,2	-0,8	-1,4	0,2
Brandenburg						
Januar.....	78 135	1 773,0	561,5	-1,1	6,5	12,4
Februar.....	78 166	1 652,8	522,1	-1,4	-7,6	-9,7
März.....	78 107	1 917,7	558,9	-1,5	-4,2	-15,4
April.....	78 514	1 718,5	579,1	-0,9	-1,8	3,8
Mai.....	78 563	1 906,8	549,1	-0,9	-9,3	-15,3
Juni.....	78 744	1 937,9	583,7	-1,1	-3,5	-8,0
Juli.....	78 975	1 968,8	643,2	-0,8	3,1	14,0
August.....	79 304	1 944,4	582,2	-0,7	1,8	10,8
September.....	79 541	1 953,5	586,5	-0,8	6,8	9,6
Oktober.....	79 124	2 013,2	631,4	-1,2	2,0	2,5
November.....	78 797	1 993,0	584,8	-1,4	-4,2	-6,3
Januar bis November	78 725	20 779,7	6 382,4	-1,1	-1,1	-1,0

■ Rückgänge bei Umsätzen und Auftragseingängen der Brandenburger Industrie

Für den November 2013 meldete das Verarbeitende Gewerbe im Land Brandenburg rückläufige Umsatzzahlen, nachdem diese in den vorangegangenen vier Monaten positiv ausgefallen waren. (...) Auch das Volumen an Auftragseingängen nahm ab.

Der Gesamtumsatz der 437 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten verminderte sich gegenüber November 2012 um 4,2 % auf 2,0 Mrd. EUR. Dabei gingen die Inlandsumsätze auf 1,4 Mrd. EUR (–3,3 %) und die Auslandsumsätze auf 0,6 Mrd. EUR (–6,3 %) zurück. Zugleich sank die Zahl der Beschäftigten auf 78 797 (–1,4 %). Das preisbereinigte Auftragsvolumen fiel ebenfalls geringer aus (–3,7 %).

Unter den umsatzstärksten Branchen verzeichneten nur die metallerzeugenden / -bearbeitenden Betriebe ein Umsatzplus (+5,8 %). Die Umsätze der Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus lagen auf dem Niveau des gleichen Vorjahresmonats. Umsatzeinbußen mussten dagegen die chemische Industrie (–1,1 %) und die

Nahrungsmittelindustrie (–4,6 %) hinnehmen. Während die Auftragseingangsvolumina bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen und im Fahrzeugbau um 48,1 % bzw. 39,3 % höher ausfielen als im November des Vorjahres, nahm der Umfang an Auftragseingängen bei den Produzenten von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (–54,5 %), bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (–28,3 %) und in der chemischen Industrie (–16,6 %) deutlich ab.

In den Monaten Januar bis November des laufenden Jahres erwirtschafteten die Brandenburger Industriebetriebe insgesamt 20,8 Mrd. EUR. Sie lagen damit um 1,1 % unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Dabei reduzierte sich der Auslandsumsatz um 1,0 % auf 6,4 Mrd. EUR. Die Auftragseingangsbilanz im Zeitraum der elf Monate verlief mit insgesamt +9,0 % positiv.

Auftragseingangindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2013 (Basis 2010 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	98,6	99,8	97,9	–2,0	5,8	–6,4
Februar.....	110,4	142,1	90,7	8,1	42,0	–12,2
März.....	118,3	101,9	128,6	–9,6	–30,3	5,9
April.....	108,1	106,0	109,5	9,9	10,0	9,8
Mai.....	104,7	102,7	106,0	–3,9	–4,8	–3,3
Juni.....	104,8	99,4	108,1	–10,7	–9,8	–11,3
Juli.....	108,1	100,5	112,8	0,8	–9,1	7,4
August.....	97,6	93,9	100,0	0,0	–6,3	4,3
September.....	105,9	95,5	112,4	–5,4	–2,4	–7,0
Oktober.....	105,3	98,7	109,4	2,6	–6,4	8,5
November.....	137,0	94,7	163,4	33,8	–5,3	57,1
Januar bis November	109,0	103,2	112,6	1,6	–2,9	4,4
Brandenburg						
Januar.....	124,7	127,7	118,3	29,1	45,3	2,8
Februar.....	117,3	85,0	185,9	23,9	–5,7	77,7
März.....	87,6	86,9	88,9	–52,7	–7,6	–76,5
April.....	88,6	85,8	94,6	–35,7	3,2	–62,8
Mai.....	87,0	80,4	101,0	–11,1	–17,9	3,2
Juni.....	112,8	121,1	95,0	11,7	20,7	–7,2
Juli.....	213,6	92,9	470,2	129,4	2,3	380,3
August.....	126,3	140,9	95,3	49,3	61,6	20,8
September.....	124,7	86,4	206,1	45,5	–0,7	148,0
Oktober.....	101,3	87,1	131,3	4,3	–4,8	20,3
November.....	99,6	91,6	116,6	–3,7	–5,9	0,2
Januar bis November	116,7	98,7	154,8	9,0	7,8	10,7

Bevölkerung 1. Halbjahr 2013

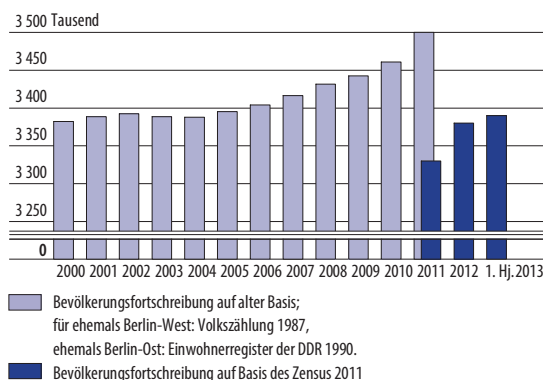
Berlin wächst weiter

(...) Die Bevölkerungszahl Berlins lag am 30. Juni 2013 bei 3 394 000 Einwohnern. Im Vergleich zum Jahresanfang ist sie um rd. 18 900 Personen bzw. 0,6 % gestiegen. Dabei handelt es sich um rechnerisch fortgeschriebene Ergebnisse, die auf Grundlage des Zensus 2011 ermittelt worden sind. Demnach hält das seit Langem zu beobachtende Bevölkerungswachstum in der Bundeshauptstadt weiterhin an, wenn auch auf einem niedrigeren als bislang berechnetem Niveau.

Die positive Bevölkerungsentwicklung resultiert aus einem deutlichen Zuwanderungsgewinn, der bei 19 700 Personen lag (Vergleichszeitraum 2012: 19 300 Personen).

Im ersten Halbjahr des Jahres 2013 wurden in Berlin 15 216 Kinder lebend geboren. Gleichzeitig sind im Berichtszeitraum 16 063 Sterbefälle registriert worden. Dies führte zu einem Sterbeüberschuss von 847 Personen, der etwas über dem des Vergleichszeitraumes des Jahres 2012 lag (228 Personen).

Bevölkerungsstand in Berlin seit dem Jahr 2000



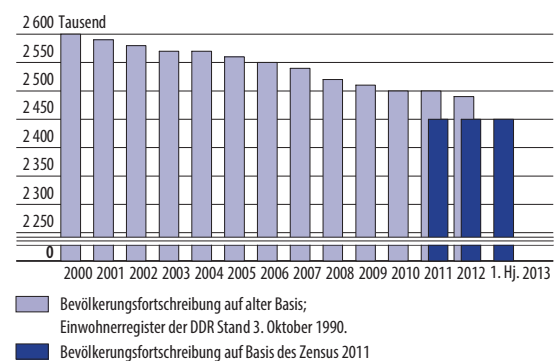
Bevölkerungsverlust im Land Brandenburg leicht abgeschwächt

(...) Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag Ende Juni 2013 bei 2 447 500 Einwohnern. Im Vergleich zum Jahresanfang waren dies rund 2 000 Personen bzw. 0,1 % weniger. Dabei handelt es sich um rechnerisch fortgeschriebene Ergebnisse, die auf Grundlage des Zensus 2011 ermittelt worden sind. Demnach hält der seit Langem zu beobachtende Bevölkerungsrückgang weiterhin an. Der aktuelle Verlust war jedoch etwas niedriger als im Vergleichszeitraum 2012 (2 800 Personen).

Hauptursache für die negative Bevölkerungsentwicklung war ein Sterbeüberschuss von 7 099 Personen, der im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (5 614 Personen) höher ausfiel. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden 8 123 Kinder geboren, gleichzeitig wurden 15 222 Sterbefälle von Brandenburgerinnen und Brandenburgern registriert.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2013 konnte für das Land Brandenburg ein Zuzugsgewinn von knapp 5 100 Personen ermittelt werden. Zwar war dieses Plus deutlich größer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (2 700 Personen), es reichte aber nicht aus, um den zuvor erwähnten Sterbeüberschuss auszugleichen.

Bevölkerungsstand im Land Brandenburg seit dem Jahr 2000



Energie Jahr 2010

Energieproduktivität in Berlin und Brandenburg spürbar erhöht

Im Jahre 2010 wurde in Berlin eine Energieproduktivität von 323,07 EUR je Gigajoule (GJ) erzielt. (...) Berlin liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 175,58 EUR/GJ. Höhere Produktivitätswerte wurden nur noch in Hamburg mit 366,57 EUR/GJ erreicht. Das Land Brandenburg hat im Vergleich zu den übrigen Ländern mit 83,79 EUR/GJ die niedrigste Energieproduktivität, wobei gegenüber dem Jahr 1991 eine Steigerung von rund 90 % erzielt wurde und der Produktivitätszuwachs deutlich über dem Bundesdurchschnitt von plus 31 % liegt. Berlin erzielte einen Zuwachs von 41 %. In Sachsen und Thüringen konnte die Produktivität mehr als verdoppelt werden.

Die Energieproduktivität ergibt sich aus dem Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen, Berechnungsstand: August 2012 / Februar 2013) zum Primärenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch als Grundlage zur Berechnung der Energieproduktivität lag im Jahr 2010 in Berlin bei 306 372 Terajoule (TJ) und im Land Brandenburg bei 652 675 TJ. Gemessen am Primärenergieverbrauch Deutschlands entsprach das einem Anteil von 2,16 % (Berlin) bzw. 4,59 % (Brandenburg). Gegenüber dem Jahr 1991 wurde der Energieverbrauch in Berlin um 18,1 % und im Land Brandenburg um 2,8 % gesenkt. Dieser Trend ist vor allem in den ostdeutschen Ländern, ausgenommen Sachsen-Anhalt, zu finden. In den westdeutschen Ländern (Ausnahme Schleswig-Holstein, Saarland und Hamburg) lag der Primärenergieverbrauch im Jahr 2010 mehr oder weniger deutlich über dem Niveau von 1991.

Kurz gefasst **aus Deutschland**

Verbraucherpreise Jahr 2013

■ Verbraucherpreise +1,5 % gegenüber dem Vorjahr

(...) Im Jahresdurchschnitt 2013 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland gegenüber 2012 um 1,5 %.

(...) Die Jahresteuierungsrate lag damit deutlich niedriger als in den beiden Vorjahren (2012: +2,0 %; 2011: +2,1 %). Eine niedrigere Teuerung im Jahresdurchschnitt hatte es zuletzt 2010 gegeben (+ 1,1 % gegenüber 2009). Zum Jahresende 2013 zog die Inflationsrate leicht an. Im Dezember lag sie – gemessen am Verbraucherpreisindex – bei +1,4 % (November 2013: +1,3 %). Für 2013 wurden in allen Monaten und somit auch im Jahr Inflationsraten unterhalb von 2 % ermittelt.

Preistreibend wirkten im Jahr 2013 vor allem die Nahrungsmittel. Der Einfluss auf die Gesamtteuerung hat sich hier im Vergleich zum Vorjahr 2012 nochmals verstärkt. Nahrungsmittel insgesamt verteuerten sich 2013 für die Verbraucher spürbar um 4,4 % gegenüber 2012. Preiserhöhungen gab es 2013 in allen Nahrungsmittelbereichen. Besonders deutlich waren sie bei Gemüse (+6,1 %; darunter Kartoffeln: +28,7 %) und Obst (+7,2 %; darunter Äpfel: +14,9 %) sowie Speisefetten und Speiseölen (+8,3 %; darunter Butter: +16,1 %).

Energie insgesamt verteuerte sich 2013 um 1,4 % gegenüber 2012. In den Vorjahren 2012 bis 2010 wurden deutlich höhere Jahresteuierungen ermittelt, der Einfluss der Energie auf die Gesamtteuerung hat sich somit abgeschwächt. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise lag die Jahresteuierungsrate 2013 bei 1,6 %. Die Preisentwicklung der einzelnen Energieprodukte fiel 2013 unterschiedlich aus: So standen dem Preisanstieg bei Strom (+11,9 %) vor allem infolge der Erhöhung der EEG-Umlage fallende Preise für leichtes Heizöl (–6,0 %) und Kraftstoffe (–3,4 %) gegenüber.

Die Preise für Waren insgesamt erhöhten sich 2013 gegenüber 2012 etwas stärker (+ 1,7 %) als die für Dienstleistungen (+1,4 %). Unter den Waren wurden vor allem die Verbrauchsgüter (+2,3 %) teurer. Neben den Nahrungsmitteln und einzelnen Energieprodukten verteuerten sich Zeitungen und Zeitschriften (+4,4 %) sowie Tabakwaren (+2,9 %) deutlich. Günstiger als 2012 waren 2013 beispielsweise Kaffee, Kakao und Tee (–3,3 %) sowie Geräte der Unterhaltungselektronik (–5,9 %) und der Informationsverarbeitung (–7,8 %). Maßgeblich für die Preisentwicklung der Dienstleistungen war aufgrund des hohen Ausgabenanteils der privaten Haushalte der Preisanstieg bei der Nettokaltmiete (+1,3 %). Auffällig teurer wurden 2013 die Glücksspiele (+14,3 %) infolge der Preiserhöhung für die Spieleinsätze bei Lotto. Rückläufig hingegen waren die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen (–1,6 %) und Finanzdienstleistungen (–9,7 %). Auch sanken die Preise für die ambulanten Gesundheitsdienstleistungen (–12,2 %) deutlich infolge der Abschaffung der Praxisgebühr.

(...) Im Dezember 2013 lag die Inflationsrate bei 1,4 % und damit etwas höher als in den beiden Vormonaten (November 2013: +1,3 %; Oktober 2013: +1,2 %).

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich im Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat mit +3,2 % (darunter Nahrungsmittel: +3,8 %) erneut überdurchschnittlich stark. Erheblich teurer waren Speisefette und Speiseöle (+11,2 %; darunter Butter: +22,0 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (+9,1 %; darunter Quark: +17,7 %; H-Milch: +14,0 %; Eier: +7,2 %). Auch für Gemüse (+5,0 %) und Obst (+4,2 %) mussten die Konsumenten deutlich mehr als vor einem Jahr zahlen. Günstiger gegenüber dem Vorjahresmonat waren dagegen vor allem Kaffee, Tee und Kakao (–4,8 %; darunter Bohnenkaffee: –7,2 %).

Bei den Energieprodukten zeichnete sich zum Jahresende ein leichter Preisanstieg zum Vorjahresmonat ab: Energie insgesamt verteuerte sich um 1,1 % gegenüber Dezember 2012. Die einzelnen Energieprodukte wiesen jedoch unterschiedliche Preisentwicklungen auf (z. B. Strom: +11,3 %; aber leichtes Heizöl: –5,5 %; Kraftstoffe: –2,7 %). Die Energiepreise insgesamt beeinflussten somit die Inflationsrate im Dezember 2013 nur wenig: Ohne Berücksichtigung der Energiepreisentwicklung lag die Teuerungsrate mit +1,5 % im Dezember 2013 nur knapp über der Gesamtteuerung.

Auffällig blieben im Dezember 2013 die Preisentwicklungen binnen Jahresfrist bei Glücksspielen (+21,3 %) und den ambulanten Gesundheitsdienstleistungen (–12,3 %). Darüber hinaus gab es gegenüber Dezember 2012 deutliche Preiserhöhungen unter anderem bei Zeitungen und Zeitschriften (+4,7 %), Tabakwaren (+4,5 %) sowie Friseurleistungen (+4,2 %). Günstiger als ein Jahr zuvor waren im Dezember 2013 hingegen beispielsweise Geräte der Unterhaltungselektronik (–5,1 %) und der Informationsverarbeitung (–7,9 %).

(...) Im Dezember 2013 lagen die Verbraucherpreise mit +0,4 % über dem Preisniveau des Vormonats. Hervorzuheben sind vor allem die saisonalen Teuerungen bei Pauschalreisen (+11,1 %). Die Bahnpreise erhöhten sich zum Jahresende 2013 infolge der jährlichen Tarifpreisänderungen (+2,4 %; davon Schienenfernverkehr: +2,3 %; Schienennahverkehr: +2,4 %). Preiserhöhungen gab es im Dezember 2013 auch bei Nahrungsmitteln (+1,5 % gegenüber November 2013; darunter Gemüse: +10,0 %; Obst: +2,0 %) und Energie (+0,3 %), Letzteres vor allem infolge der erhöhten Kraftstoffpreise (+1,1 %). Nennenswerte Preisrückgänge gab es hingegen am Jahresende nur wenige: Erfreulich für die Verbraucher waren teilweise deutliche Preissenkungen bei Bekleidung und Schuhen: Insgesamt sanken die Preise hierfür um 2,4 % gegenüber November 2013. (...)

Quelle: DESTATIS

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2013

┐ Moderates Wachstum der deutschen Wirtschaft

(...) Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen: Um 0,4 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. Dies ergaben erste Berechnungen (...). In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP noch kräftiger gewachsen (2012 um 0,7 % und 2011 sogar um 3,3 %). Offensichtlich wurde die deutsche Wirtschaft durch die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern und eine gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung belastet. Die starke Binnennachfrage konnte dies nur bedingt kompensieren (...). Allerdings hat sich die konjunkturelle Lage nach der Schwächephase im vergangenen Winter im Laufe des Jahres 2013 verbessert.

Kalenderbereinigt errechnet sich eine etwas höhere BIP-Wachstumsrate von +0,5 %, da die Anzahl der verfügbaren Arbeitstage im Jahr 2013 etwas geringer war als 2012.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 0,9 %, die des Staates um 1,1 %. Dagegen gingen die Investitionen zurück: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 2,2 % weniger in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge als ein Jahr zuvor. Auch die preisbereinigten Bauinvestitionen gingen zurück, aber nur um 0,3 %.

Der sonst so robuste deutsche Außenhandel büßte im Jahresdurchschnitt 2013 angesichts eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds an Dynamik ein: Deutschland exportierte preisbereinigt zwar insgesamt 0,6 % mehr Waren und Dienstleistungen als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stiegen die Importe aber um 1,3 %. Die Differenz zwischen Exporten und Importen – der Außenbeitrag – bremste dadurch mit einem negativen Beitrag von –0,3 Prozentpunkten das BIP-Wachstum 2013.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre Wirtschaftsleistung 2013 steigern. Dabei waren die Unternehmensdienstleister der Wirtschaftsbereich mit einem besonders deutlichen Zuwachs (+3,4 %). Im Baugewerbe ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dagegen nochmals zurück, allerdings war der Rückgang 2013 mit –1,2 % nur noch halb so stark wie 2012. Das Produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung ausmacht, konnte das Niveau des Vorjahres in etwa halten (–0,0 %). Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche genau wie das BIP um 0,4 %.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2013 mit 41,8 Mill. das siebte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Allerdings schwächte sich der Beschäftigungsaufbau mit +0,6 % deutlich ab. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, ging 2013 um 0,2 % zurück. Je Erwerbstätigenstunde nahm die Arbeitsproduktivität dagegen um 0,2 % zu, weil das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also die Summe der von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden – weniger stark gestiegen ist als das Bruttoinlandsprodukt.

Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – beendete das Jahr nach noch vorläufigen Berechnungen mit einem geringfügigen Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,7 Mrd. EUR. Dabei reduzierten sowohl der Bund als auch die Länder ihre Defizite im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich, während sowohl die Gemeinden als auch die Sozialversicherungen wieder einen kräftigen Überschuss erwirtschafteten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Defizitquote von –0,1 %. Damit kann der Staat für 2013 einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Quelle: DESTATIS

Soziales Jahr 2012

┐ Öffentliche Hand gab rund 32,2 Mrd. EUR für Kinder- und Jugendhilfe aus

(...) Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahr 2012 insgesamt rund 32,2 Mrd. EUR für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. (...) Die Ausgaben sind damit gegenüber 2011 um 5,6 % gestiegen. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,4 Mrd. EUR – unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen – wendete die öffentliche Hand netto rund 29,8 Mrd. EUR auf. Gegenüber 2011 entspricht das einer Steigerung um 6,8 %.

Der größte Teil der Bruttoausgaben (63 %) entfiel mit rund 20,4 Mrd. EUR auf die Kindertagesbetreuung, 7,0 % mehr als 2011. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von rund 1,5 Mrd. EUR wurden netto 18,9 Mrd. EUR für Kindertagesbetreuung ausgegeben. Das waren 8,9 % mehr als im Vorjahr.

Ein Viertel der Bruttoausgaben (25 %) – insgesamt mehr als 8,2 Mrd. EUR – wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,5 Mrd. EUR auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder in anderer betreuter Wohnform. Die Ausgaben für sozialpädagogische Familienhilfe lagen bei 759 Mill. EUR.

Weitere gut 5 % der Gesamtausgaben wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendberufshilfe oder in Jugendzentren. Bund, Länder und Gemeinden wendeten dafür rund 1,6 Mrd. EUR auf.

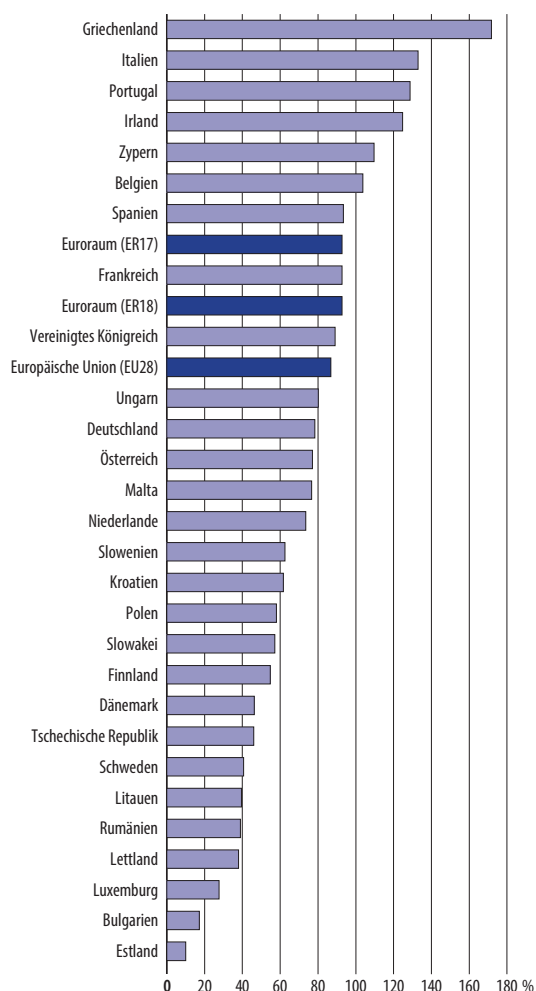
Quelle: DESTATIS

Kurz gefasst **aus Europa****Finanzen** 3. Quartal 2013

Öffentlicher Schuldenstand fiel im Euroraum auf 92,7 % des BIP und stieg in der EU28 auf 86,8 % des BIP

(...) Am Ende des dritten Quartals 2013 belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP (Verschuldungsquote) im Euroraum¹ (ER17) auf 92,7 %, gegenüber 93,4 % am Ende des zweiten Quartals 2013. Dies ist der erste Rückgang in absoluten Zahlen seit dem vierten Quartal 2007. In der EU28² stieg die Quote von 86,7 % auf 86,8 %, hauptsächlich aufgrund von Wechselkurseffekten. Gegenüber dem dritten Quartal 2012 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sowohl im Euroraum (von 90,0 % auf 92,7 %) als auch in der EU28 (von 84,9 % auf 86,8 %).

Öffentlicher Bruttoschuldenstand des BIP der EU28 im 3. Quartal 2013 in %



Am Ende des dritten Quartals 2013 machten Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) 79,3 % des öffentlichen Schuldenstands des Euroraums aus, Kredite hatten einen Anteil von 17,9 % und Bargeld und Einlagen von 2,7 %. 80,9 % des öffentlichen Schuldenstands der EU28 entfiel auf Wertpapiere (ohne Anteilsrechte), 15,5 % auf Kredite und 3,6 % auf Bargeld und Einlagen.

Aufgrund der Beteiligung der EU Regierungen an den Finanzhilfen für einige Mitgliedstaaten werden ebenfalls vierteljährliche Daten zu zwischenstaatlichen Krediten veröffentlicht. Der Anteil der zwischenstaatlichen Kredite als Prozent des BIP belief sich am Ende des dritten Quartals 2013 für den Euroraum auf 2,4 % und für die EU28 auf 1,8 %.

(...) Die höchsten Verschuldungsquoten verzeichneten am Ende des dritten Quartals 2013 Griechenland (171,8 %), Italien (132,9 %), Portugal (128,7 %) und Irland (124,8 %) und die niedrigsten Quoten Estland (10,0 %), Bulgarien (17,3 %) und Luxemburg (27,7 %).

Im Vergleich zum zweiten Quartal 2013 verzeichneten zehn Mitgliedstaaten am Ende des dritten Quartals 2013 einen Anstieg der Verschuldungsquote, siebzehn registrierten einen Rückgang und in Slowenien blieb die Verschuldungsquote unverändert. Die höchsten Anstiege der Quote verzeichneten Zypern (+11,0 Prozentpunkte), Luxemburg (+4,6 Prozentpunkte) und Griechenland (+3,0 Prozentpunkte). Die stärksten Rückgänge wurden von Portugal (-2,6 Prozentpunkte), Finnland (-2,5 Prozentpunkte), Belgien (-1,5 Prozentpunkte), Deutschland (-1,5 Prozentpunkte) und Ungarn (-1,3 Prozentpunkte) gemeldet.

Im Vergleich zum dritten Quartal 2012 wiesen 23 Mitgliedstaaten am Ende des dritten Quartals 2013 einen Anstieg und fünf einen Rückgang der Verschuldungsquote auf. Die höchsten Anstiege der Quote meldeten Zypern (+25,3 Prozentpunkte), Griechenland (+19,9 Prozentpunkte), Spanien (+14,3 Prozentpunkte) und Slowenien (+14,1 Prozentpunkte), während in Deutschland (-2,8 Prozentpunkte), Lettland (-2,0 Prozentpunkte), Bulgarien (-1,4 Prozentpunkte), Dänemark (-0,9 Prozentpunkte) und Litauen (-0,8 Prozentpunkte) Rückgänge verzeichnet wurden.

Quelle: EUROSTAT

1 Bis zum 31. Dezember 2013 gehörten zum Euroraum (ER17) gehören: Belgien (BE), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Luxemburg (LU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Portugal (PT), Slowenien (SI), die Slowakei (SK) und Finnland (FI). Seit dem 1. Januar 2014 gehört auch Lettland (LV) zum Euroraum (ER18).

2 Zur EU28 gehören die 18 Mitglieder des ER sowie Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Kroatien (HR), Litauen (LT), Ungarn (HU), Polen (PL), Rumänien (RO), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK).

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 3. Quartal 2013

Investitionsquote der Unternehmen im Euroraum gefallen, in der EU28 stabil

Im dritten Quartal 2013 lag die Investitionsquote¹ der Unternehmen im Euroraum bei 19,0 %, gegenüber 19,3 % im zweiten Quartal 2013. Dieser Rückgang war das Ergebnis einer Abnahme der Investitionen (−0,9 %) und eines Anstiegs der Bruttowertschöpfung (+0,4 %). Lagerbestände (Vorleistungsgüter, Lieferungen und Fertigerzeugnisse) erhöhten sich.

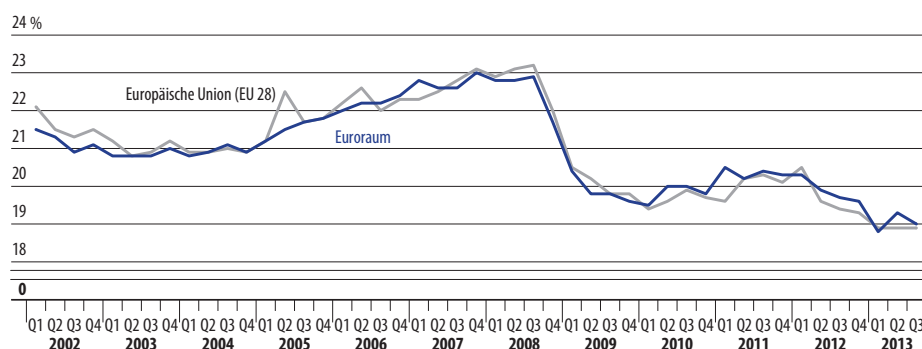
In der EU28 lag die Investitionsquote im dritten Quartal 2013 bei 18,9 % stabil gegenüber dem vorherigen Quartal.

(...) In der EU28 lag die Gewinnquote² der Unternehmen im dritten Quartal 2013 bei 36,9 %, stabil gegenüber dem zweiten Quartal 2013. Im Euroraum betrug die Gewinnquote im dritten Quartal 37,9 % gegenüber 37,7 % im vorherigen Quartal.

Die Gewinnquote stieg im Euroraum, da die Wertschöpfung (+0,4 %) schneller stieg als Arbeitnehmerentgelte (Löhne und Sozialbeiträge) und Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen (+0,1 %).

Quelle: EUROSTAT

Investitionsquote der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (saisonbereinigt) der EU von 2002 bis 2013 quartalsweise



1 Die Investitionsquote der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften ist definiert als Bruttoanlageinvestitionen dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Diese Quote setzt die Investitionen der nicht-finanziellen Unternehmen in Anlagen (Gebäude, Maschinen usw.) ins Verhältnis zu der im Produktionsprozess entstandenen Wertschöpfung.

2 Die Gewinnquote der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften ist definiert als der Bruttobetriebsüberschuss dividiert durch die Bruttowertschöpfung. Es handelt sich hierbei um einen Rentabilitätsindikator, der anzeigt, welcher Anteil der im Produktionsprozess entstandenen Wertschöpfung auf die Vergütung des Kapitals entfällt. Er ist das Gegenstück zum Anteil der Lohnkosten (plus Nettoproduktionsabgaben) an der Wertschöpfung.

Tourismus Jahr 2013

Rekordniveau von 2,6 Mrd. Gästeübernachtungen

(...) Im Jahr 2013 erreichte die Anzahl der Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU28 einen Höchstwert von 2,6 Mrd., ein Anstieg um 1,6 % gegenüber 2012. Nach dem Rückgang aufgrund der Folgen des 11. Septembers 2001 gab es seit 2003 in der EU28 einen stetigen Anstieg bei der Anzahl der Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben, welcher lediglich zu Beginn der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 unterbrochen wurde. Seit 2010 wurden jedes Jahr neue Spitzenwerte verzeichnet. (...)

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten verfügbar sind, verzeichneten Frankreich (405 Mill. Gästeübernachtungen, +1,1 % gegenüber 2012), Spanien (387 Mill., +1,0 %), Deutschland (355 Mill., +1,3 %) und das Vereinigte Königreich (320 Mill., +6,5 %) im Jahr 2013 die höchste Anzahl an Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben. Auf diese fünf Länder entfielen zusammen 70 % aller Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU28.

Die Anzahl der Gästeübernachtungen in Beherbergungsbetrieben im Jahr 2013 erhöhte sich in fast allen Mitgliedstaaten, für die Daten verfügbar sind, außer in Italien (−4,6 %), Zypern (−3,7 %), der Tschechischen Republik (−1,2 %), Finnland (−0,7 %) und Belgien (−0,5 %). Die größten Zunahmen wurden in Griechenland (+11,7 %), Malta (+7,8 %), Lettland (+7,3 %), dem Vereinigten Königreich (+6,5 %), Bulgarien (+6,2 %), der Slowakei (+5,5 %) und Ungarn (+5,0 %) verzeichnet.

Im Jahr 2013 hatten Gäste aus dem Ausland einen Anteil von 45 % an den gesamten Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in der EU28 gegenüber einem Anteil von 55 % für Gäste aus dem Inland. Abgesehen von den zwei Mittelmeerinseln, Malta (96 %) und Zypern (93 %), wurden die höchsten Anteile von Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in Kroatien (92 %), Griechenland (79 %), Österreich (71 %) und Lettland (70 %) verzeichnet und die niedrigsten Anteile in Rumänien (18 %), Deutschland und Polen (je 20 %) sowie in Schweden (23 %).

Die Anzahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in Beherbergungsbetrieben in der EU28 wuchs zwischen 2012 und 2013 um 4,8 %, während die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Inland um 0,8 % sank. Die größten Zuwächse durch Gäste aus dem Ausland gab es 2013 im Vereinigten Königreich (+16,7 %), in Griechenland (+13,2 %) und Lettland (+9,4 %) und durch Gäste aus dem Inland in Griechenland (+6,7 %), Estland (+6,1 %), Bulgarien und der Slowakei (je +5,3 %).

Quelle: EUROSTAT

Wirtschaft im Überblick August 2013

Berlin

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des August 2013 zum August 2012 um 1,8 %; das sind genau 3 898 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,7 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,5 Prozentpunkte. Es waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Monats August 2013 zum August 2012) bei den einzelnen Indikatoren zu beobachten: leicht fallend bei den Arbeitslosen, der Arbeitslosenquote und den offenen Stellen. Innerhalb des letzten Jahres fiel im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangindex leicht, ebenso wie bei der Beschäftigtenzahl und beim Gesamtumsatz. Im Bauhauptgewerbe fiel die Trend-Kennziffer des Auftragseingangindex und der Beschäftigten leicht, die der Baugenehmigungen stieg stark und die des Umsatzes stieg leicht. Im Einzelhandel stieg der Trend beim realen und nominalen Umsatz sowie bei der Beschäftigtenkennziffer leicht. Im Großhandel stiegen der reale und der nominale Umsatz leicht an, die Beschäftigtenzahlen blieben konstant. Im Gastgewerbe stiegen der reale, der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahl leicht. Bei der Zahl der Gästeankünfte und der -übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres leicht an. Beim Außenhandel fiel der Trend bei den Ausfuhren, darunter auch die in die EU und der der Einfuhren leicht. Die Trend-Konjunktur-Komponenten der Differenzen aus den Gewerbean- und -abmeldungen und

den Betriebsgründungen und -aufgaben stiegen stark an. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel leicht – der bei den Unternehmensinsolvenzen stieg dagegen leicht an. Im August 2013 lag die Inflationsrate (auf Basis des Verbraucherpreisindex 2010 \pm 100) bei +2,1 % – der jährliche Trend des Verbraucherpreisindex war stark steigend. Insgesamt signalisierten die frühen und die späten Berliner Konjunktur-Indikatoren einen leicht steigenden, die gegenwärtigen einen gleichbleibenden Trend.

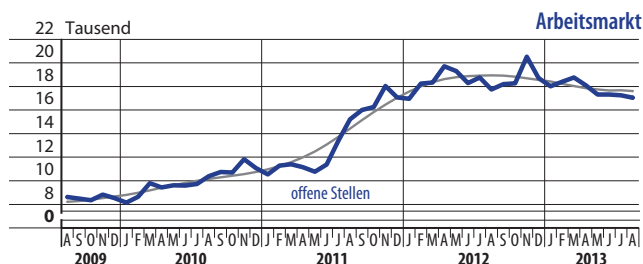
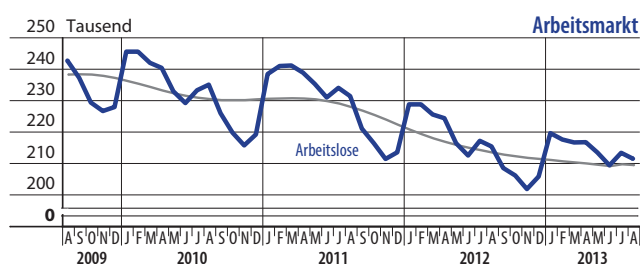
Tabelle Seite 26

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende August des Jahres 2013 mit 210 898 Arbeitslosen 0,9 % weniger als im Juli 2013 registriert, das entsprach einem Minus von 1 859 Personen. Im Vergleich zum August des Jahres 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 1,8 % ab, das entsprach einem Minus von 3 898 Personen. Diese Anzahl stimmt ungefähr mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Tauche im Landkreis Oder-Spree am 30. April 2013 überein. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (September 2012 bis August 2013) im Vergleich zum Vorjahr (September 2011 bis August 2012) lag bei –3,5 %; in den ersten acht Monaten des Jahres 2013 (Januar bis August 2013) zum Januar bis August 2012) waren es dann –2,9 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallen-

de Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit Mitte 2008 wieder leicht an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Seit Ende 2009 wird der fallende Trend mit leichten Schwankungen wieder fortgesetzt.

Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 11,7 % und auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 13,9 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat eine Veränderung um 0,5 bzw. 0,4 Prozentpunkte. Die Berliner Arbeitslosenquote (Basis alle zivilen Erwerbspersonen) lag damit 4,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt und 2,1 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +2,3 Prozentpunkte bei allen zivilen Erwerbspersonen bzw. +3,4 Prozentpunkte bei den abhängig zivilen Erwerbspersonen als Basis.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungefördernten Arbeitsstellen ohne selbstständige/ freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das entspricht etwa 20 400 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im August 2013 waren 17 052 offene Stellen gemeldet. Das sind –4,0 % zum August 2012 und +1,5 % im Vergleich der beiden letzten 12-Monatszeiträume, aber auch –3,5 % im laufenden Jahr (Januar bis August 2013 zum Januar bis August 2012). Seit Mitte des Jahres



2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen sehr stark an – seit dem September 2013 fällt sie jedoch wieder leicht ab. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,4. Der lineare Trend dieses Quotienten war sehr stark fallend, in den letzten 24 Monaten jedoch eher gleichbleibend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindeks (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im August-Vergleich mit genau 0,0 % keine Veränderung; im Vergleich der ersten 8 Monate 2013 mit denen von 2012 waren es –1,4 % und bei den beiden letzten 12-Monatszeiträumen dann +1,1 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit Anfang des Jahres 2009 und fällt seit dem Ende des Jahres 2012 wieder leicht.

Die 334 im Monat August dieses Jahres berichtspflichtigen Betriebe – das sind vier Betriebe weniger als im August 2012 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 663,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 160,4 Mill. EUR oder 8,8 % unterschritten. In den letzten 12 Monaten – vom September 2012 bis August 2013 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 21,3 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeit-

raum bedeutet dies eine Verringerung des Gesamtumsatzes um 5,3 % oder 1,2 Mrd. EUR, demgegenüber sind es „nur“ –2,5 % oder 0,4 Mill. EUR weniger in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres 2013 zum gleichen Zeitraum des Jahres 2012. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend. Sie hatte zum Jahreswechsel 2010 / 2011 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten, fällt jedoch seit Mitte 2011 wieder stärker ab.

Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im August 2013 ein Niveau von 898,0 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 54,0 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 11,8 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert.

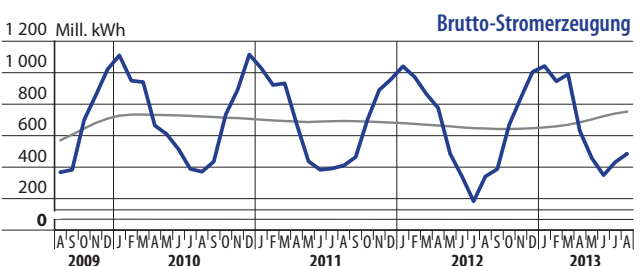
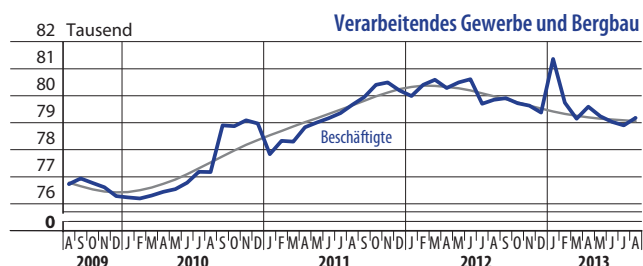
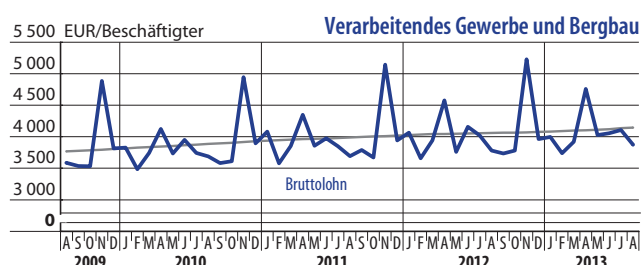
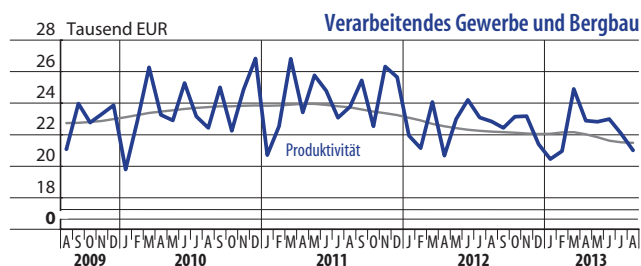
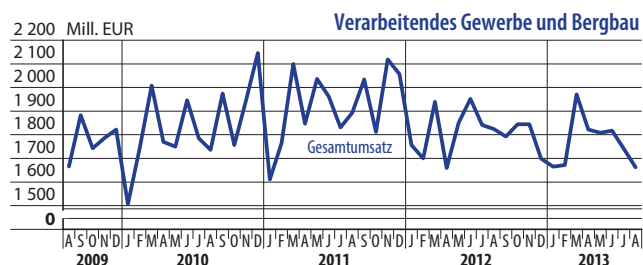
Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 stark steigend, sie fällt dann seit Beginn des Jahres 2012 wieder leicht und fast linear ab. Im August des Jahres 2013 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 79 182 Personen tätig. Gegenüber dem August 2012 gab es mit –0,8 %

eine negative Veränderung. Im Vergleich der acht ersten Monate des laufenden Jahres waren es –0,9 % und beim Vergleich der letzten 12 Monate mit –0,8 % ebenfalls negative Veränderungen.

Im August 2013 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 21 007 EUR, das ergab –8,0 % gegenüber dem August 2012. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag im gleichen Zeitraum entsprechend bei 3 873 EUR; sie nahm zu und lag um +2,4 % oder etwa 91 EUR höher als im August 2012. Insgesamt war bei der Produktivität ein starkes Schwanken der einzelnen Monatswerte zu beobachten, während bei der Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten eine gleichmäßig kontinuierliche Aufwärtsentwicklung bei jedoch starken saisonalen Schwankungen (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) vorliegt.

Im Berichtsmonat erreichte die **Brutto-Stromerzeugung** in Anlagen mit einer elektrischen Leistung von einem MW und mehr in Berlin 483,9 GWh, das waren +42,0 % zum August des Jahres 2012; in den ersten acht Monaten 2013 betrug die Veränderung +6,5 % und in den letzten 12 Monaten waren es dann +2,7 %. Der langfristige Trend ist etwa gleichbleibend bei starken saisonalen Schwankungen der einzelnen Monatswerte.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes, Veränderungen (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich im Oktober 2009 eine Veränderung in der Stichprobe, die zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen an dieser Stelle führte. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im August 2013 ein Niveau von 150,2 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit –19,3 % zum Vorjahresmonat eine stark negative Entwicklung. Beim 12-monatigen Vergleich ergab sich eine Veränderung von –0,7 % und für die ersten acht Monate des laufenden Jahres 2013 waren es –12,3 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit Anfang des Jahres 2010 wieder etwas, sie verläuft aber seit dem Frühjahr 2012 fast geradlinig.

Im August 2013 wurden 239 Baugenehmigungen erteilt, das sind –0,4 % zum August 2012; im Vergleich des laufenden Jahres waren es +12,3 % und für die letzten 12 Monate +6,5 %.

Der baugewerbliche Umsatz hatte im August 2013 einen Wert von 182,2 Mill. EUR (Gesamtumsatz: 182,4 Mill. EUR) bei +3,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden beiden 12-Monatszeiträume mit –0,8 % negativ und für die ersten acht Monate des Jahres 2013 betrug sie –0,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Jahr 2007 fast

linear an, seit dem Jahreswechsel 2011 zu 2012 verläuft sie seitwärts.

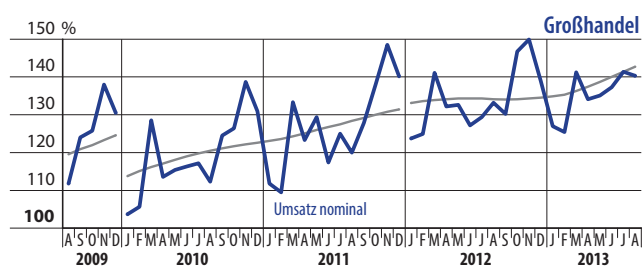
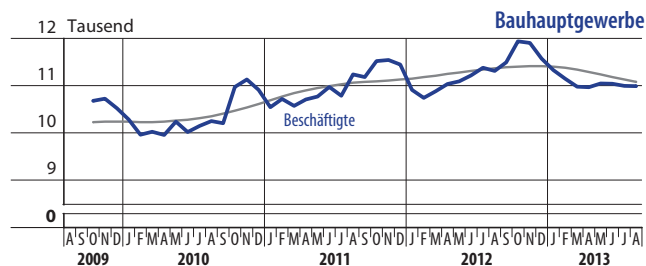
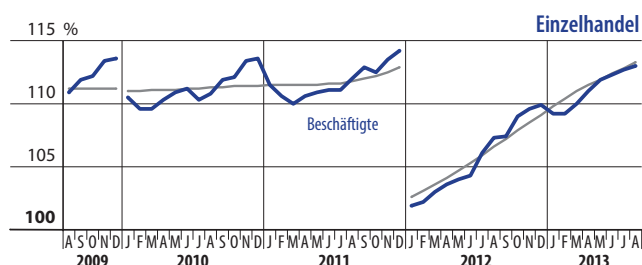
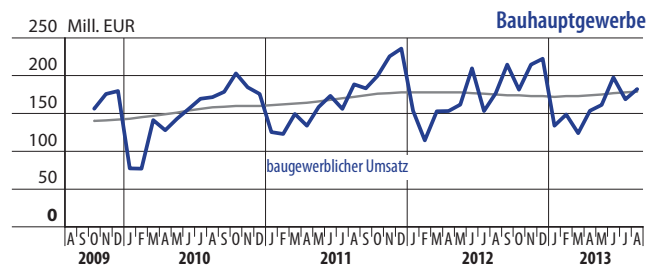
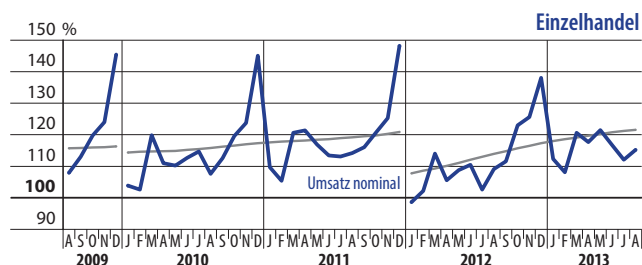
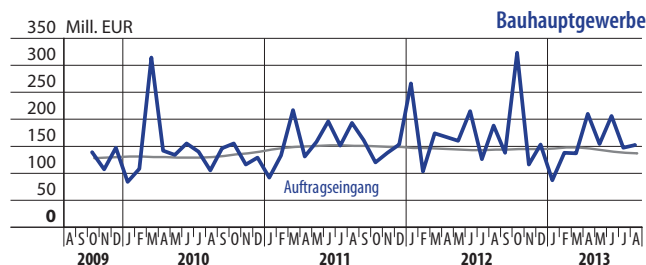
Mit 10 987 Beschäftigten wurde im August 2013 zum August 2012 ein Verlust von 2,9 % erreicht. Im Zeitraum der beiden letzten 12 Monate war dann ein Zuwachs von 0,8 % aufgetreten und im laufenden Jahr wieder ein leichter Verlust von 0,1 % vorhanden. Der Trend der Beschäftigtenzahl war seit Mitte des Jahres 2005 leicht steigend, fällt jedoch seit dem Herbst des Jahres 2012 wieder ganz leicht ab.

Im Berliner **Einzelhandel** basieren die Ergebnisse auf einem Berichtskreis, der auf der Grundlage einer jährlichen Rotation der meldenden Unternehmen gebildet wird. In den Jahren 2009 bis einschließlich 2011 wurden jeweils ein Drittel und ab 2012 ein Sechstel der Unternehmen in den Repräsentativschichten der Stichprobe gegen neue Unternehmen ausgetauscht. Gleichzeitig wurde der Berichtskreis um weitere Unternehmen ergänzt. Ab dem 1. Januar 2011 wurden die Ergebnisse verkettet (Vorwärtsverkettung) und sie werden rückwirkend für das entsprechende Vorjahr in die Ergebnisse integriert. Ab dem Januar 2010 ist die Bezugsbasis 2010 ± 100 , dadurch werden „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar und ein Vergleich der letzten 12 Monate (Zeitraum eines Jahres) ist nicht möglich.

Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 8-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 8,6 %. Beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +7,2 %. Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel lag von Januar bis August 2013 ebenfalls um 8,6 % über dem Vorjahresdurchschnitt. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten und der in Teilzeit Tätigen stieg, die der Teilzeitbeschäftigten jedoch etwas stärker. Die Trend-Konjunktur-Komponenten des nominalen Umsatzes stieg seit dem Jahr 2009 und die der Beschäftigten etwa seit 2010, seit Beginn des Jahres 2012 dann sehr stark.

Im **Großhandel** des Landes Berlin erfolgten die gleichen inhaltlichen Veränderungen wie beim Einzelhandel – nur blieb die Bezugsbasis 2005 ± 100 erhalten. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 8-Monats-Zeiträume ergab ein Minus von 4,3 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +7,7 %. Im Ein-Jahres-Vergleich ergaben sich –2,6 % bzw. +7,3 %. Die Beschäftigten-Kennziffer stieg im laufenden Jahr 2013 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2012 um +3,8 % und im Zeitraum der letzten 12 Monate um +2,9 %. Umsatz und Beschäftigung zeigen einen seit dem Jahr 2009 steigenden Trend, der bei den Beschäftigten seit dem Frühjahr des Jahres 2013 wieder leicht fällt.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes, Veränderungen (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzelhandel, die gleichen inhaltlichen Veränderungen vorgenommen. In diesem – wie im Einzelhandel saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig – traten beim Vergleich der beiden letzten acht Monate im nominalen Umsatz Veränderungsraten von +2,7 % und im realen Umsatz von +0,3 % auf. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es im gleichen Zeitraum +2,4 %, wobei die Vollzeitbeschäftigung ab- und die Teilzeitbeschäftigung deutlich zunahm. Im langfristigen Trend stiegen seit 2009 der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahl an – die Zahl der Beschäftigten dabei deutlicher als der Umsatz.

Im August 2013 erreichte die Zahl der Gästeteankünfte im **Berlin-Tourismus** 1 123,8 Tsd; gegenüber dem August 2012 waren es 96,0 Tsd. Personen oder 9,3 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 6,2 % und beim Vergleich der ersten acht Monate des laufenden Jahres 2013 mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012 waren es +5,3 %.

Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (August 2013 zu August 2012) um 10,7 % an – von 2 610,4 Tsd. auf

2 890,7 Tsd. Übernachtungen. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich mit +9,4 % diese positive Entwicklung stabil fort und im Vergleich der ersten acht Monate des laufenden Jahres mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012 waren es ebenso beachtliche +9,0 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen stieg seit dem Jahr 2003 annähernd linear an, in der letzten Zeit sogar etwas stärker.

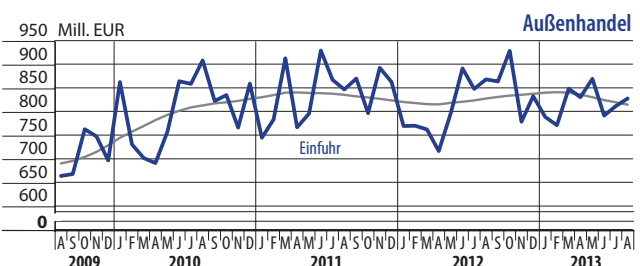
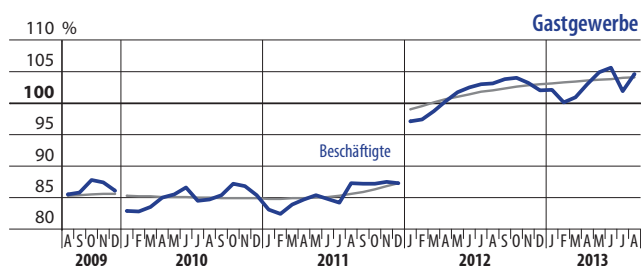
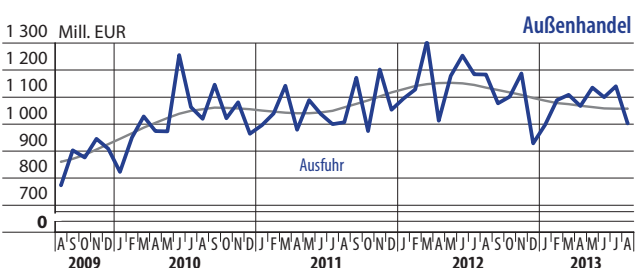
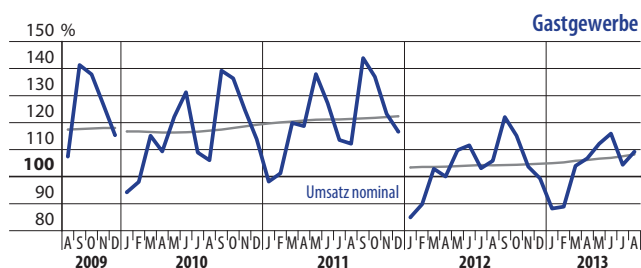
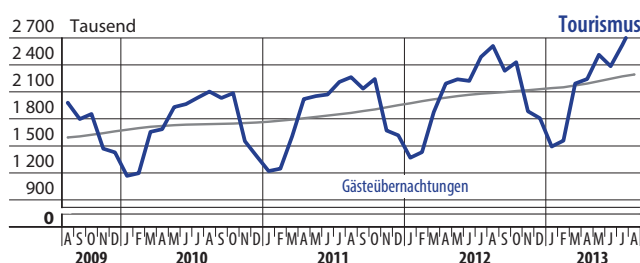
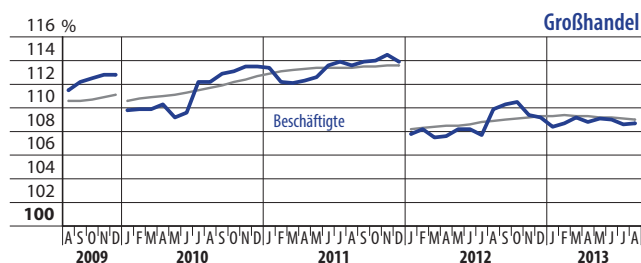
Im Durchschnitt entfielen im August 2013 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristiger leicht steigender Tendenz.

Im Berliner **Außenhandel** betrug der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft im August 1 003,1 Mill. EUR und lag damit um 15,2 % unter dem Ergebnis des August 2012. Beim Vergleich der letzten 12 Monate waren es –5,9 % und bei den acht ersten Monaten des Jahres 2013 dann –7,5 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 12,9 Mrd. EUR exportiert, davon in die Staaten der Europäischen Union 41,2 % der gesamten Ausfuhr. Gegenüber dem Monat August 2012 wurden 1,6 % mehr in die EU exportiert.

Die Trend-Konjunktur-Komponente des gesamten Exports hatte im Herbst 2010 das Vorkrisen-Niveau erreicht und fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2012 wieder, ohne jedoch in die Nähe der alten Tiefstände zu geraten.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 829,2 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von –4,7 % zum August 2012 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (September 2012 bis August 2013) wurden Waren im Wert von 10,0 Mrd. EUR – das sind +1,0 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Im laufenden Jahr 2013 waren es +1,8 % bei 6,6 Mrd. EUR. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008 stark, stieg aber seit dem Sommer des Jahres 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Seit dem Frühjahr des Jahres 2012 verläuft die Trend-Konjunktur-Komponente mit geringen Schwankungen seitwärts.

Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten. Im August 2013 wurden 1 715 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem August 2012, mit 1 362 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren es +25,9 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann –36,4 % und im 8-Monats-Vergleich –24,5 %. Der Trend war seit dem Jahr 2010 fallend, er steigt seit dem Jahreswechsel 2012 / 2013 jedoch wieder an.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der August 2013 auf 256 mehr Betriebsgründungen gegenüber den -aufgaben und damit auf +181,3 % zum August 2012, der ein Saldo von 91 Betriebsgründungen gegenüber den -aufgaben auswies.

Beim Vergleichen des Ein-Jahres-Zeit- raumes sind es bei den Betrieben –14,5 % und bei den ersten acht Monaten des Jahres 2013 zu 2012 dann –11,2 %. Der Trend pendelt langfristig – seit 2004 – zwischen 100 und 150 Betriebsgründungen gegenüber den -aufgaben, stieg aber seit dem Jahresbeginn 2013 wieder stärker.

Die **Insolvenzen** zeigten in den betrachteten drei Zeiträumen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren eine stark negative Veränderungsrate – also eine sehr positive Entwicklung.

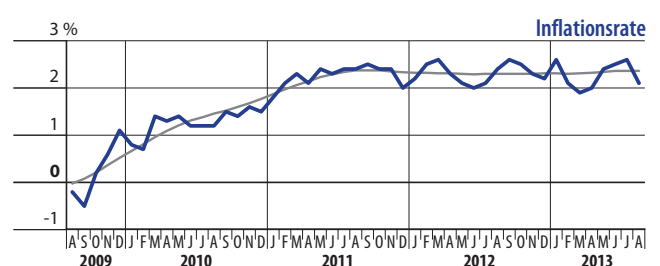
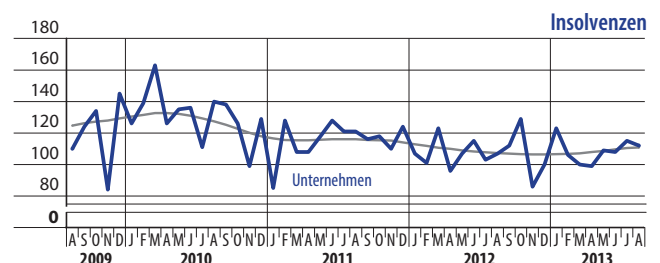
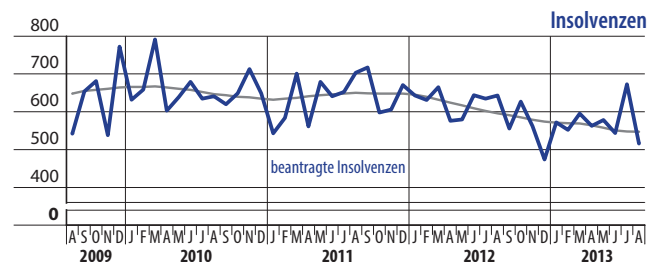
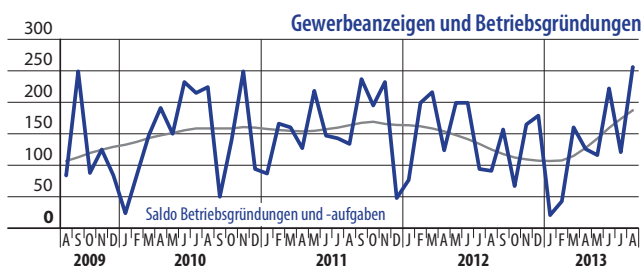
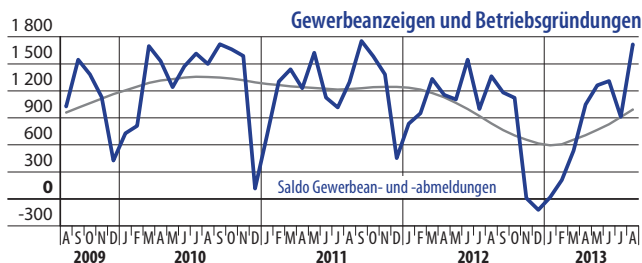
Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 516 Verfahren für den Monat August 2013 genannt, das sind gegenüber dem August des Vorjahres –19,8 %. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –10,5 % und im 8-Monatszeit- raum 2013 dann –8,5 %. Langfristig – ab dem Beginn des Jahres 2008 – wurden im Durchschnitt monatlich etwa 650 Insolvenz- verfahren beantragt, die im letzten Jahr auf ca. 550 fielen. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar seit Mitte 2008 etwas steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder stärker. Im August 2013 gab es bei den Regel- insolvenzen der Unternehmen 112 Fälle, das entspricht +4,7 % zum August 2012. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeit- räume ergaben sich –2,1 % und in den ersten acht Monaten des Jahres 2013 dann +1,5 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen.

Der **Verbraucherpreisindex** wurde in Berlin – wie auch in Brandenburg – ab dem Berichtsmontat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 ± 100 auf die neue Basis 2010 ± 100 umgestellt und dabei auch einige methodische Verbesserungen vorgenommen. Damit verbunden erfolgte eine Neuberechnung des Gesamtindex ab dem Januar 2000.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat August 2013 bei 107,2 (2010 ± 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem August 2013 und dem August 2012, ergab sich damit ein Wert von +2,1 %, im Juli 2013 waren es +2,6 %. Folgende Preise verteuerten sich überdurchschnittlich: für Energie insgesamt (besonders Haushaltsstrom), Nahrungsmittel, Ferienwohnungen, Nachhilfe- und Sprachunterricht an Privatschulen, Rechtsanwalts- oder Notargebühren. Preisrückgänge ergaben sich dagegen bei Heizöl und Kraftstoffen sowie Gas und Informationsverarbeitungsgeräten, Telefon und Unterhaltungselektronik.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit der Mitte 2008 von ca. 3,0 % sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt nahe null, sie verharrt seit der Mitte des Jahres 2011 bei ca. 2,3 %.



Wirtschaft im Überblick August 2013

Brandenburg

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des August 2013 zum August 2012 um 3,6 %, das entsprach –4 638 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 9,4 %, das waren –0,3 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten (Trend) des DESTATIS-Zeitreihenanalysen-Programms BV4.1 beim Vergleich des Monats August 2013 zum August 2012 folgendes Bild: Die Trends bei der Zahl der Arbeitslosen, der Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen und der offenen Stellen waren leicht fallend, bei den in Weiterbildungsmaßnahmen Beschäftigten dagegen steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg der Auftragseingangsindex stark, die Beschäftigtenzahl und der Gesamtumsatz blieben etwa gleich. Der Trend bei der Stromerzeugung fiel leicht. Im Baugewerbe sank die Trend-Konjunktur-Kennziffer beim Auftragseingang stark, stieg jedoch bei den Baugenehmigungen und beim baugewerblichen Umsatz sehr stark an, bei den Beschäftigten blieb sie hingegen konstant. Die Trend-Kennziffern der nominalen und realen Umsätze sowie der Beschäftigten im Einzelhandel stiegen allesamt leicht an. Im Großhandel blieb der Trend des nominalen, des realen Umsatzes und der Beschäftigten konstant. Im Gastgewerbe blieben der reale Umsatz und die Zahl der Beschäftigten gleich, der nominale Umsatz stieg leicht. Beim Tourismus stieg die Zahl der Gäste und

Übernachtungen leicht an. Die Brandenburger Ausfuhren fielen leicht, darunter die nach der EU stark – ebenso wie die Einfuhren. Die genannten Trends der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die Differenz aus den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigten eine stark fallende Tendenz. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen und bei den Unternehmensinsolvenzen fiel ebenso stark. Im August 2013 betrug die Inflationsrate +1,5 % und der Verbraucherpreisindex (2010 = 100) lag bei 105,7; der jährliche Trend des Verbraucherpreisindex ist zurzeit leicht steigend. Insgesamt signalisierten die frühen Konjunktur-Indikatoren einen stark steigenden, die gegenwärtigen einen gleichbleibenden und die späten einen stark fallenden Trend.

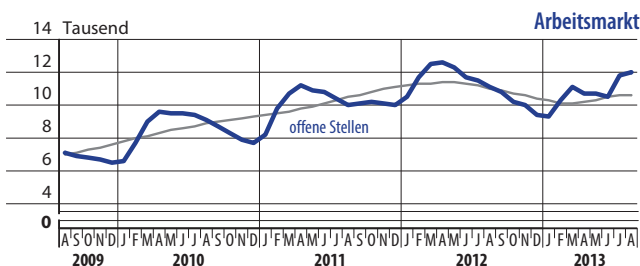
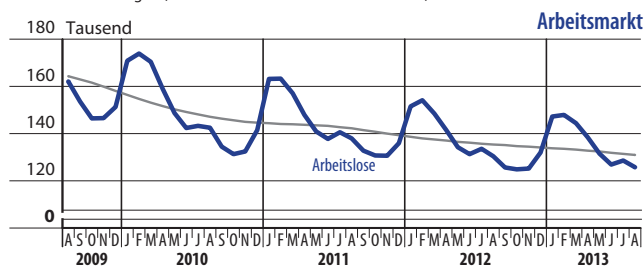
Tabelle Seite 27

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende August des Jahres 2013 mit 125 808 Arbeitslosen ein Minus von 2,2 % gegenüber dem Vormonat – dem Juli 2013 – registriert, das entsprach 2 788 Personen weniger. Im Vergleich zum August des Jahres 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3,6 % ab, was einem Minus von 4 638 Personen entspricht. Diese Zahl stimmt mit der Einwohnerzahl am 30. April 2013 des Brandenburger Amtes Nennhausen im Landkreis Havelland oder des Amtes Brüssow (Uckermark) fast genau überein. Die Brandenburger Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 9,4 % und auf der Basis aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 10,5 %; es ergaben sich somit

gegenüber dem Vorjahresmonat 1,3 bzw. 1,4 Prozentpunkte weniger. Damit fand sich die Brandenburger Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 2,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt wieder, aber auch 0,2 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 2,3 (Basis: alle zivilen Erwerbspersonen) bzw. 3,4 Prozentpunkte (Basis: alle abhängig zivilen Erwerbspersonen) weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten.

Die gemeldeten 11 960 offenen Stellen hatten sich seit dem August des vorigen Jahres um 833 Stellen oder um 7,5 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fast linear und sehr stark an, sie fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2012 jedoch wieder etwas, um ab dem Februar 2013 dann erneut anzusteigen. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 10,5. Im August dieses Jahres waren insgesamt 5 283 Personen in der beruflichen Weiterbildung erfasst; im Vergleich zum August 2012 ergab dies ein Plus von 565 Personen oder +12,0 %. Im 8-Monats- (Januar 2013 bis August 2013 zu Januar 2012 bis August 2012) und im 12-Monatsvergleich (Juli 2011 bis August 2012 zu Juli 2011 bis August 2013) waren es +13,1 % bzw. +5,5 %.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes, Veränderungen (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im August-Vergleich mit +48,6 % eine sehr positive Veränderung, bei jedoch starken Schwankungen der Monatseinzelswerte. Im Vergleich des laufenden Jahres – der letzten 8 Monate – waren es +5,4 %. Und im Zeitraum eines ganzen Jahres (September 2012 bis August 2013) ergaben sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (September 2011 bis August 2012) dann –6,1 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursachen in einzelnen Großaufträgen aus dem In- und Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente war seit dem Frühjahr 2010 stärker steigend, seit dem Anfang des Jahres 2012 ist sie wieder fallend, um seit dem Frühjahr des Jahres 2013 wieder anzusteigen.

Die im Monat August dieses Jahres berichtspflichtigen 440 Betriebe – das sind genau soviel Betriebe wie im August 2012 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 944,4 Mill. EUR. Das Ergebnis gegenüber dem Vorjahresmonat verbesserte sich somit, es wurde um 34,9 Mill. EUR oder 1,8 % überboten. Im laufenden Jahr 2013 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 14,8 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 2012 verminderte sich der Gesamtumsatz damit

um 2,1 %. Innerhalb der letzten 12 Monate wurden Waren für 22,4 Mrd. EUR abgesetzt, das waren im Vergleich zu den vorherigen 12 Monaten –2,8 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 sehr stark steigend, ab dem Herbst des Jahres 2011 dann aber wieder leicht fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im August des Jahres 2013 ein Niveau von 582,2 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug damit 29,9 %.

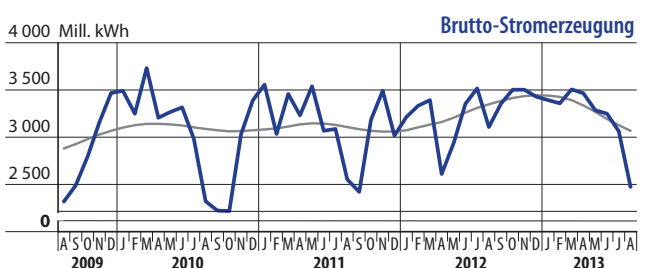
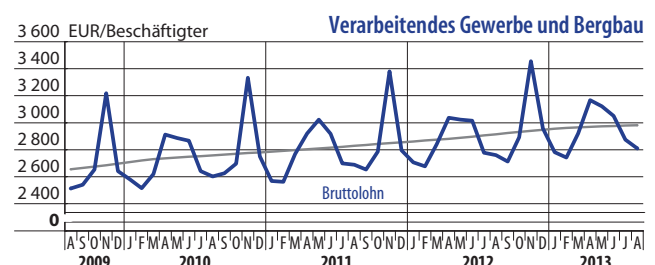
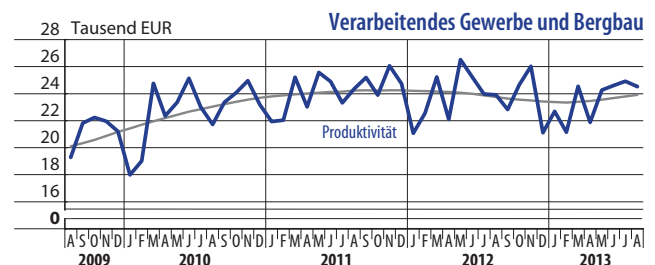
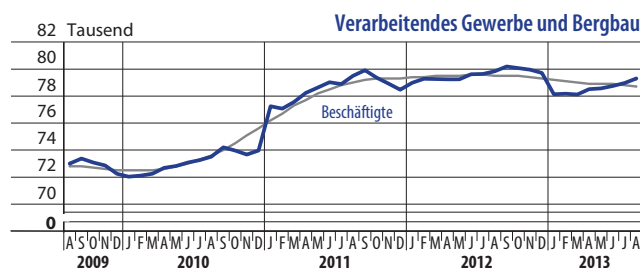
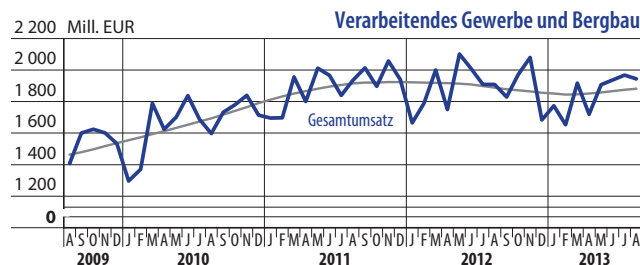
Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine sehr stark steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab Mitte des Jahres 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt, seit Mitte des Jahres 2012 wiederum leicht fällt. Im August des Jahres 2013 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 79 304

Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (August 2012) mit –0,7 % eine Abnahme um 539 Personen. Im Vergleich der acht ersten Monate des Jahres 2013 mit dem gleichen Zeitraum 2012 ergaben sich dann –1,0 % und im Vergleich der letzten 12 Monate waren es –0,4 %.

Im August 2013 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 518 EUR, das waren +2,5 % gegenüber dem August 2012. Die Brutto-lohn- und Gehaltssumme je vollzeitbeschäftigtem Arbeitnehmer stieg ebenfalls: Sie lag zum gleichen Zeitpunkt um +1,8 % oder ca. 50 EUR je Beschäftigten höher – insgesamt bei 2 810 EUR. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Produktivität war nach einem leichten Abfall im Jahr 2012 wieder leicht steigend, während die der Brutto-lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten leicht und gradlinig anstieg.

Im Berichtsmonat erreichte die **Brutto-Stromerzeugung** in Anlagen mit einer elektrischen Leistung von einem MW und mehr im Land Brandenburg 2 474,0 GWh, das waren –20,4 % zum August des Jahres 2012, in den ersten acht Monaten 2013 betrug die Veränderung +1,3 % und in den letzten 12 Monaten waren es dann +5,3 %.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes, Veränderungen (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Das wertmäßige Volumen der Auftrags-eingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im August 2013 ein Niveau von 169,4 Mill. EUR. Es zeigte mit $-20,2\%$ zum Vorjahresmonat eine sehr negative Entwicklung. Im Vergleich des laufenden Jahres 2013 – der ersten acht Monate – mit dem gleichen Zeitraum 2012 ergab sich mit $-3,8\%$ ebenfalls ein negativer Wert und im Verlauf der letzten 12 Monate waren es dann $+1,9\%$. Die Anzahl der Baugenehmigungen im August 2013 betrug 838, es ergaben sich $+13,9\%$ im Vergleich zum Vorjahresmonat; beim längerfristigen Vergleich der letzten 12-Monate waren es $+6,8\%$ und beim laufenden Jahr (letzte 8 Monate) $+14,4\%$.

Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelte seit 2006 leicht zwischen der 150- und der 200-Mill.-EUR-Marke – mit langfristig leicht ansteigender Tendenz. Die im August 2013 berichtspflichtigen 329 Betriebe – vier Betriebe weniger wie im August 2012 – erreichten einen baugewerblichen Umsatz von 241,4 Mill. EUR (Gesamtumsatz 242,8 Mill.

EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit $+7,8\%$ über dem Wert vom August 2012. Beim Vergleich der ersten acht Monate des Jahres 2013 mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2012 waren es $-0,4\%$ und bei den letzten 12 Monaten $-4,7\%$.

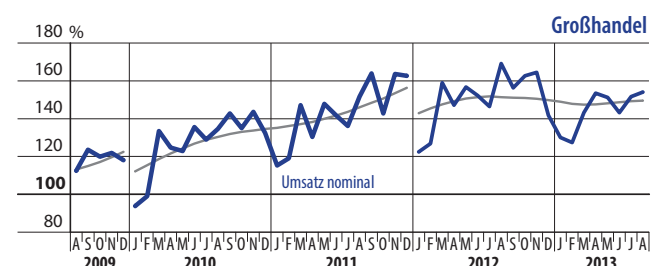
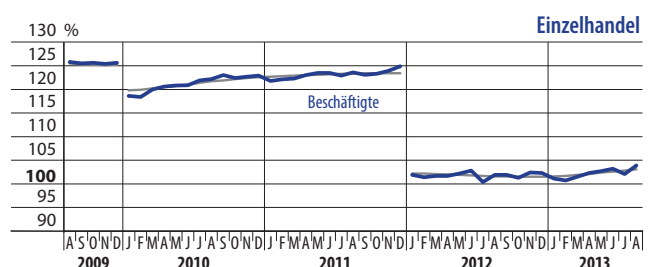
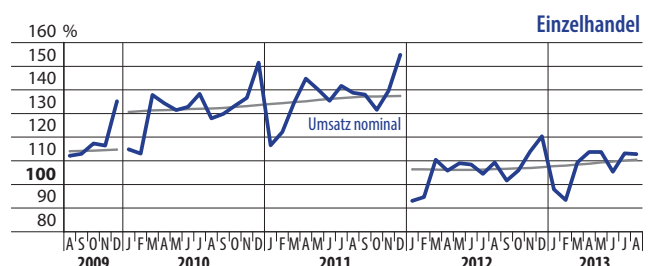
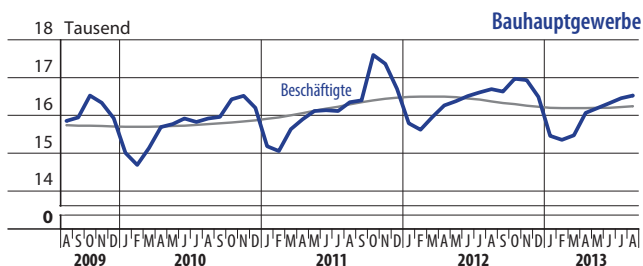
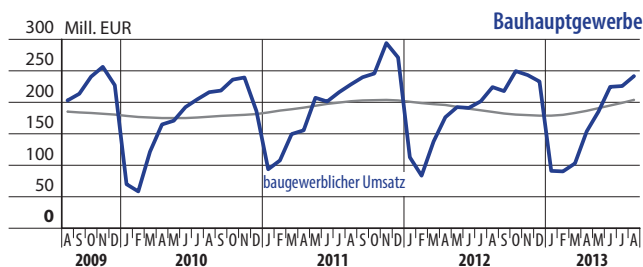
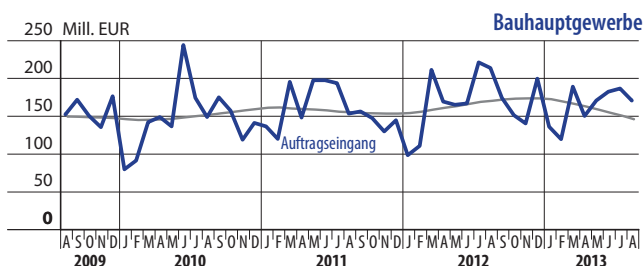
Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelte seit 2008 um die 16 000er Marke und stieg seit dem Jahresbeginn 2010 leicht an, um seit Anfang 2012 wieder leicht zu fallen. Im August 2013 gab es im Wirtschaftszweig 16 524 Beschäftigte, $1,0\%$ weniger als im August 2012. Im Zeitraum der letzten 12 Monate gab es einen Beschäftigten-Schwund von $1,5\%$, für die letzten sechs Monate sind es ebenfalls $-1,5\%$.

Im Brandenburger **Einzelhandel** basieren die Ergebnisse auf einem Berichtskreis, der auf der Grundlage einer jährlichen Rotation der meldenden Unternehmen gebildet wird. In den Jahren 2009 bis einschließlich 2011 wurden jeweils ein Drittel und ab 2012 ein Sechstel der Unternehmen in den Repräsentativschichten der Stichprobe gegen neue Unternehmen ausgetauscht. Gleichzeitig

wurde der Berichtskreis um weitere Unternehmen ergänzt. Ab dem 1. Januar 2011 wurden die Ergebnisse verkettet (Vorwärtsverkettung) und sie werden rückwirkend für das entsprechende Vorjahr in die Ergebnisse integriert. Ab dem Januar 2010 ist die Bezugsbasis $2010 \triangleq 100$, dadurch werden „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar und ein Vergleich der letzten 12 Monate (Zeitraum eines Jahres) ist nicht möglich.

Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 8-Monats-Zeitraumes (laufendes Jahr) ergab ein Plus von $2,9\%$, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum $+1,4\%$. Die Beschäftigungsentwicklung der ersten acht Monate des Jahres 2013 zeigte sich mit $+0,4\%$ leicht steigend.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg wurden die gleichen methodischen Veränderungen wie beim Einzelhandel vorgenommen, die Bezugsbasis 2005 $\triangleq 100$ ist jedoch erhalten geblieben. Im laufenden Jahr 2013 waren es beim nominalen Umsatz $-2,2\%$, beim realen Umsatz $-2,4\%$ und bei den Beschäftigten $-0,3\%$. Im Zeitraum der letzten 12 Monate zum Vergleichszeitraum lauteten die Werte: nominaler Umsatz $-1,6\%$, realer Umsatz $-3,4\%$ und Beschäftigte $+0,6\%$.



Im **Gastgewerbe** wurde die gleiche methodische Veränderung wie beim Einzelhandel vorgenommen. Im Vergleich der 8-Monats-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 0,3 % zu, die des realen Umsatzes um 2,0 % ab und die der Beschäftigten um 0,4 % zu.

Im August 2013 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen beim **Brandenburg-Tourismus** 1 541,8 Tsd., gegenüber dem August 2012 waren es –16,7 Tsd. Übernachtungen oder –1,1 %. Beim Vergleich der Ganzjahres-Zeiträume (letzte 12 Monate) ergab sich ein Plus von 1,5 % und im laufenden Jahr (letzte acht Monate) +0,7 %.

Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 2,6 %. Im Ganzjahres-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +1,7 % die positive Entwicklung langfristiger fort und im laufenden Jahr waren es +1,2 %. Im Durchschnitt entfielen im August 2013 auf jeden Gast 2,9 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen.

Im **Brandenburger Außenhandel** trat im Zeitraum vom Frühjahr des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung auf, die beide Merkmale – Import und Export – etwa auf das Niveau von 2006/2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an, die des Exportes allerdings etwas geringer. Beim Import und beim Export wurde das Vor-Krisen-Niveau etwa zur Mitte 2010 dann wieder überschritten.

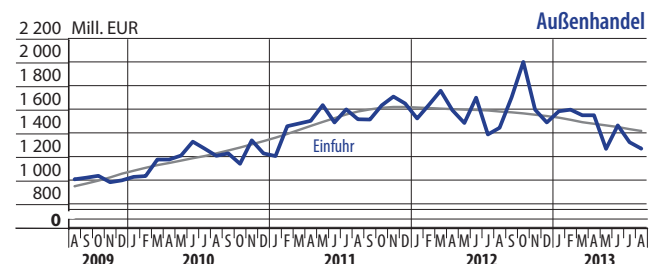
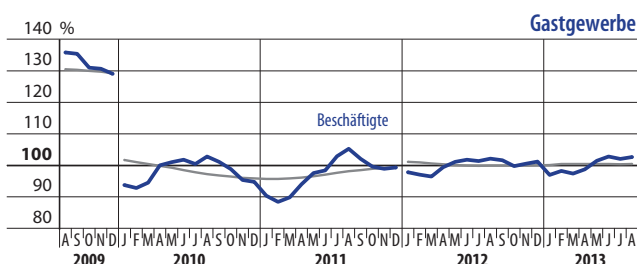
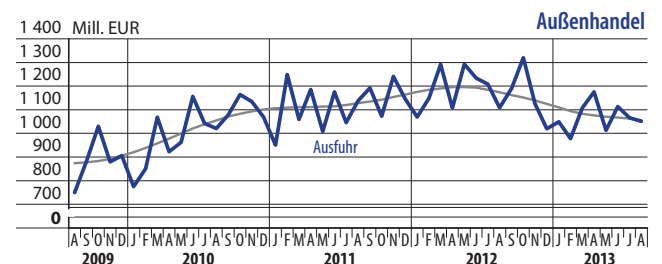
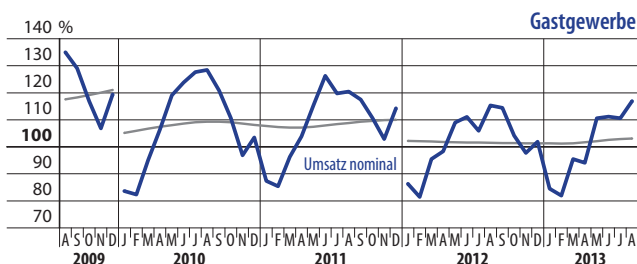
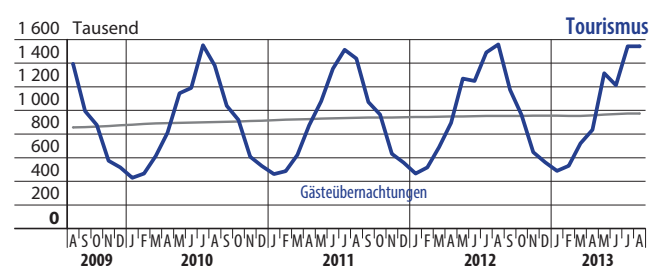
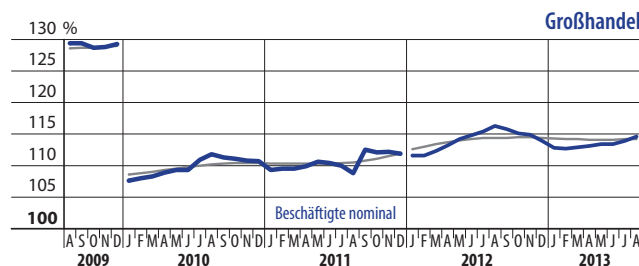
Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im August 1 051,6 Mill. EUR und lag damit um –5,1 % unter dem Ergebnis des August 2012. Beim Vergleich des gesamten letzten 12-Monats-Zeitraumes ergab sich ein Minus von 6,4 % und bei der Summe der acht ersten Monate des Jahres 2013 waren es –9,6 %. Insgesamt wurden in den letzten 12 Monaten Waren für 13,2 Mrd. EUR exportiert. In die Staaten der Europäischen Union gingen 69,7 % der gesamten Ausfuhr des August 2013, mit 733,4 Mill. EUR 3,2 % weniger als im August 2012; in dem letzten 12-Monats-Zeitraum ergab sich beim EU-Export ein Minus von 9,4 % und in der Summe der acht ersten Monate des Jahres 2013 waren es dann –11,7 %.

Im aktuellen Monat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 275,2 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von –12,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat, dem August 2012, führte. In den letzten 12 Monaten wurden Waren im Wert von 18,5 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres –3,4 %, und in den acht ersten Monaten des Jahres 2013 wurden Waren im Wert von 11,7 Mrd. EUR, das sind –7,4 % gegenüber den acht ersten Monaten des Jahres 2012, eingeführt.

Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben zusammengefasst dargestellt. Zu beachten ist, dass eine starke saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jedes Jahres eintritt.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes, Veränderungen (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Im August 2013 wurden 151 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem August 2012 sind es 60 Abmeldungen mehr als Anmeldungen, bei einer Saldendifferenz von +211 dann -351,7 %, im gesamten 12-Monats-Vergleich -222,8 %.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der August 2013 auf 21 Betriebsgründungen mehr gegenüber den -aufgaben und damit um -139,6 % zum August 2012, d. h. 53 mehr Betriebsgründungen gegenüber den -aufgaben. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben +5,4 % und eine Veränderung um +300 % beim Vergleich der ersten acht Monate im laufenden Jahr 2013.

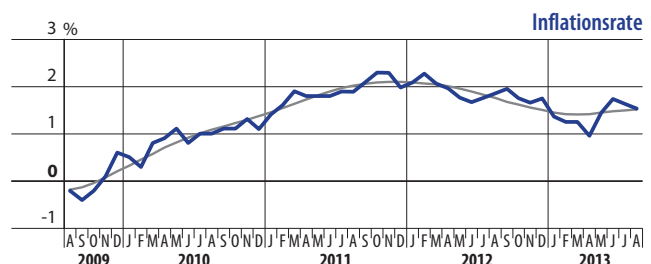
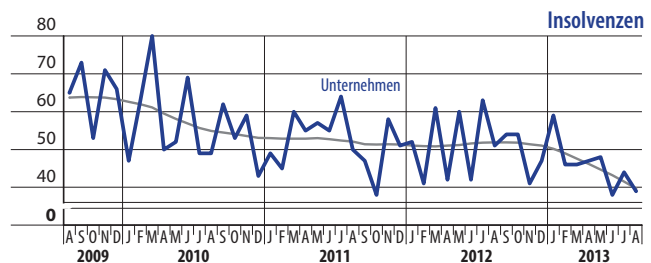
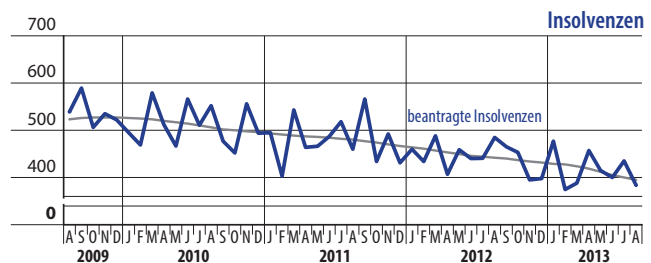
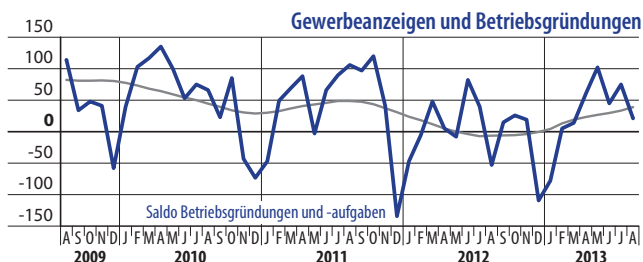
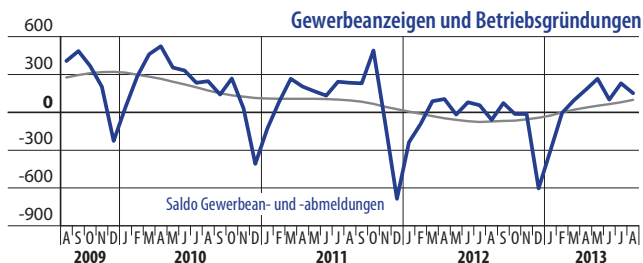
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei stark schwankenden monatlichen Werten – seit Beginn des Jahres 2010 eine deutlich fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 384 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem August des Vorjahres eine Veränderung von -20,8 %. Im längerfristigen Ganzjahres-Zeitraum waren es dann -8,9 % und im laufenden Jahr -7,8 %. Eindeutig dominierten die Verbraucherinsolvenzen die gesamten beantragten Insolvenzverfahren.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwa 40 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Wechsel des Jahres 2003/2004 und Herbst 2009 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 39 Fälle, das entspricht -23,5 % zum August 2012. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich -7,1 %, und in den ersten acht Monaten des Jahres 2013 zum gleichen Zeitraum 2012 waren es -10,9 %.

Der **Verbraucherpreisindex** wurde in Brandenburg ab dem Berichtsmontat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 \pm 100 auf die neue Basis 2010 \pm 100 umgestellt und dabei erfolgten einige methodische Verbesserungen. Damit verbunden wurde eine Neuberechnung der Ergebnisse ab dem Januar 2000 vorgenommen.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen – die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden – erfasst, lag im Monat August 2013 (2010 \pm 100) bei 105,7. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem August 2012 und dem August 2013, ergab sich damit ein Wert von +1,5 %, im Juli 2013 lag diese bei +1,6 %. Die Inflationsrate lag damit seit dem März 2012 unter der für die Eurozone wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Die Preise für Nahrungsmittel, Strom, Fernwärme und Gas stiegen überdurchschnittlich, besonders stiegen dabei die Rechtsanwalt- oder Notargebühren sowie die Gebühren für den Kindergartenbesuch. Dagegen verringerten sie sich bei Unterhaltungselektronik, Telefonen und Informationsverarbeitungsgeräten sowie Kaffee, Tee und Kakao, aber auch bei Heizöl und Kraftstoffen.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 linear an, sie fiel seit dem Herbst des Jahres 2011 wieder etwas ab – verläuft aber im Jahr 2013 fast seitwärts.



Wirtschaft im Überblick **August 2013****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 23. Januar 2014)

Merkmal	Einheit	August 2013		Januar 2013 bis August 2013		September 2012 bis August 2013		August 2013	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↗
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2010 ± 100	107,2	2,1	106,7	2,3	106,2	2,3	↑	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1,2}	2010 ± 100	97,6	0,0	106,3	- 1,4	106,4	1,1	↘	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	150,2	- 19,3	151,8	- 12,3	161,3	- 0,7	↘	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	239	- 0,4	196,9	12,3	192,8	6,5	↑	
Gegenwärtige Indikatoren									→
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 663,4	- 8,8	1 770,0	- 2,5	1 778,4	- 5,3	↘	
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	483,9	42,0	666,2	6,5	685,9	2,7	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	182,2	3,1	158,7	- 0,5	175,2	- 0,8	↗	
Einzelhandel - Umsatz nominal ^{4,5}	2010 ± 100	115,2	5,6	115,5	8,6	•	•	↗	
Einzelhandel - Umsatz real ^{4,5}	2010 ± 100	112,0	4,7	111,7	7,2	•	•	↗	
Großhandel - Umsatz nominal ⁵	2005 ± 100	109,9	- 3,3	108,1	- 4,3	110,1	- 2,6	↗	
Großhandel - Umsatz real ⁵	2005 ± 100	133,2	11,0	130,5	7,7	133,2	7,3	↗	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁵	2010 ± 100	109,2	3,1	103,7	2,7	•	•	↗	
Gastgewerbe - Umsatz real ⁵	2010 ± 100	103,2	0,5	98,4	0,3	•	•	↗	
Gästeankünfte.....	1000	1 123,8	9,3	932,3	5,3	935,4	6,2	↗	
Gästeübernachtungen.....	1000	2 890,7	10,7	2 237,2	9,0	2 196,3	9,4	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. EUR	1 003,1	- 15,2	1 080,0	- 7,5	1 077,9	- 5,9	↘	
davon nach EU	Mill. EUR	423,3	1,6	460,7	- 2,9	444,0	- 11,8	↘	
Einfuhr (Generalhandel)	Mill. EUR	829,2	- 4,7	819,1	1,8	830,3	1,0	↘	
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	21 007	- 8,0	22 263,9	- 1,6	22 354,7	- 4,5	↘	
Bruttonomatsverdienste der vollzeit- beschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3 873	2,4	4 060,4	1,6	4 099,3	1,4	↗	
Späte Indikatoren									↗
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	1715	25,9	876,1	- 24,5	766,6	- 36,4	↑	
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	256	181,3	133,1	- 11,2	136,1	- 14,5	↑	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	516	- 19,8	574,1	- 8,5	567,7	- 10,5	↘	
davon Unternehmen.....	Anzahl	112	4,7	109,0	1,5	108,3	- 2,1	↗	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1000	79,2	- 0,8	79,5	- 0,9	79,6	- 0,8	↘	
Bauhauptgewerbe ³	1000	11,0	- 2,9	11,1	- 0,1	11,3	0,8	↘	
Einzelhandel ^{4,5}	2010 ± 100	115,2	5,6	115,5	8,6	•	•	↗	
Großhandel ⁵	2005 ± 100	115,5	5,4	113,7	3,8	118,0	2,9	→	
Gastgewerbe ⁵	2010 ± 100	104,6	1,5	102,9	2,4	•	•	↗	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	210 898	- 1,8	214 201	- 2,9	211 126	- 3,5	↘	
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	11,7	- 4,1	12,0	- 4,8	11,9	- 5,3	↘	
offene Stellen.....	Anzahl	17 052	- 4,0	17 777,1	- 3,5	18 158,6	1,5	↘	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %p \leq -10 %

↑

↗

→

↓

↓

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %p \leq -2 %

↑

↗

→

↓

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 26. November 2013)

Merkmal	Einheit	August 2013		Januar 2013 bis August 2013		September 2012 bis August 2013		August 2013	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat	
			%		%		%		
Frühe Indikatoren									↑
Verbraucherpreisindex									
Gesamtindex.....	2010 ± 100	105,7	1,5	105,0	1,4	104,8	1,5	↗	
Auftragseingang									
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2010 ± 100	126,3	48,6	119,7	5,4	0,1	-6,1	↑	
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	169,4	-20,2	161,8	-3,8	162,8	1,9	↓	
Baugenehmigungen.....	Anzahl	838	13,9	753,1	14,4	707,0	6,8	↑	
Gegenwärtige Indikatoren									→
Umsatz									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 944,4	1,8	1 852,5	-2,1	1 865,6	-2,8	→	
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	2 474,0	-20,4	3 223,7	1,3	3 298,1	5,3	↘	
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	241,4	7,8	164,3	-0,4	188,1	-4,7	↑	
Einzelhandel - Umsatz nominal ^{4,5}	2010 ± 100	112,8	3,3	107,4	2,9	.	.	↗	
Einzelhandel - Umsatz real ^{4,5}	2010 ± 100	108,3	2,0	102,9	1,4	.	.	↗	
Großhandel - Umsatz nominal ⁵	2005 ± 100	154,0	-9,0	144,3	-2,2	148,3	-1,8	→	
Großhandel - Umsatz real ⁵	2005 ± 100	123,4	-5,5	114,2	-2,4	116,8	-3,4	→	
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁵	2010 ± 100	116,9	1,4	100,6	0,3	.	.	↗	
Gastgewerbe - Umsatz real ⁵	2010 ± 100	110,3	-1,1	95,3	-2,0	.	.	→	
Gästeankünfte.....	1000	535,6	2,6	367,4	1,2	350,7	1,7	↗	
Gästeübernachtungen.....	1000	1 541,8	-1,1	1 023,5	0,7	961,2	1,5	↗	
Außenhandel									
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 051,6	-5,1	1 069,3	-9,6	1 100,7	-6,4	↘	
davon nach EU.....	Mill. EUR	733,4	-3,2	659,0	-11,7	681,9	-9,4	↓	
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 275,2	-12,2	1 457,2	-7,4	1 539,9	-3,4	↓	
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹									
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten)...	EUR	24 518	2,5	23 576	-1,0	23 601	-2,5	↗	
Bruttomonatsverdienste der vollzeit- beschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 810	1,8	2 934	2,7	2 957	3,0	↗	
Späte Indikatoren									↓
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen									
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen ... darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	151	-351,7	89,0	-1 024,7	13,0	-222,8	↓	
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	384	-20,8	416,4	-7,8	420,2	-8,9	↓	
davon Unternehmen.....	Anzahl	39	-23,5	45,9	-10,9	46,9	-7,1	↓	
Beschäftigte									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹ ...	1000	79,3	-0,7	78,6	-1,0	79,0	-0,4	→	
Bauhauptgewerbe ³	1000	16,5	-1,0	16,0	-1,5	16,2	-1,5	→	
Einzelhandel ^{4,5}	2010 ± 100	103,9	2,0	102,2	0,43	.	.	↗	
Großhandel ⁵	2005 ± 100	114,6	-1,5	113,4	-0,3	113,9	0,6	→	
Gastgewerbe ⁵	2010 ± 100	102,6	0,6	100,0	0,4	.	.	→	
Arbeitsmarkt									
Arbeitslose.....	Anzahl	125 808	-3,6	136 348,6	-3,1	133 199,9	-3,4	↘	
Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen).....	%	9,4	-3,1	10,2	-3,1	9,9	-3,6	↘	
offene Stellen.....	Anzahl	11 960	7,5	10 787,5	-8,0	10 561,4	-5,6	↘	
Beschäftigte in Weiterbildung.....	Anzahl	5 283	12,0	5 902,9	13,1	5 776,8	5,5	↑	

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichts-kreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % \leq p1 % \leq p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p \leq -1 %p \leq -10 %

Verbraucherpreisindex

2 % \leq p1 % \leq p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p \leq -1 %p \leq -2 %

↑

↗

→

↘

↓

↑

↗

→

↘

↓

Tempo-korrigierte zusammengefasste Geburtenziffern

Methodenbeschreibung und erste Ergebnisse für die Länder Berlin und Brandenburg

Einleitung

In der amtlichen Statistik wird die zusammengefasste Geburtenziffer TFR als Kennziffer für die Geburtenneigung berechnet. Falls sich im Zeitverlauf das durchschnittliche Gebäralter in ein höheres Alter verschiebt, wird die Geburtenneigung durch die TFR unterschätzt. Dies ist auch in Berlin und Brandenburg gegeben. Die Korrektur dieses Effektes lässt sich mit Daten vornehmen, die in der amtlichen Statistik erst seit dem Jahr 2008 erfasst werden. In diesem Beitrag soll die Logik des Tempoeffektes in der Fertilität vorgestellt werden und für die Länder Berlin und Brandenburg soll beispielhaft für das Jahr 2011 eine tempo-korrigierte TFR* berechnet werden.

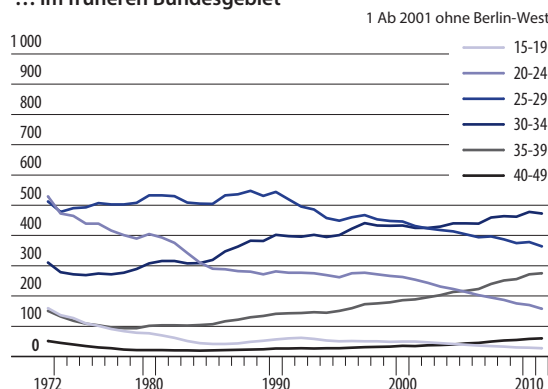
Fragestellungen aus Politik, Forschung oder Wirtschaft benötigen realitätsnahe Angaben zur Fertilität, um beispielsweise Aussagen zur Bevölkerungsgröße, zur Bevölkerungsentwicklung, zur Altersstruktur und vielen anderen Größen zu treffen. Um aktuelle Aussagen zur gegenwärtigen Fruchtbarkeit zu erhalten, wird eine Perioden-Fertilitätsrate berechnet. Die meist verbreitete Periodenkennziffer zur Darstellung der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau ist die zusammengefasste Geburtenziffer, TFR (total fertility rate). Wie die TFR zu interpretieren ist bzw. welche Vor- und Nachteile die TFR hat, wurde bereits von mehreren Autoren beschrieben [1]. Dabei wurden auch die Auswirkungen eines geänderten durchschnittlichen Gebäralters auf die TFR diskutiert. Ändert sich das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt der Kinder, entsteht ein Tempoeffekt, wodurch der Wert der TFR beeinflusst wird. Steigt das Gebäralter, unterschätzt die TFR die Geburtenneigung; sinkt das durchschnittliche Gebäralter, wird die Geburtenneigung durch die TFR überschätzt. Bongaarts und Feeney haben 1998 den Tempoeffekt beschrieben

und ein Korrekturverfahren entwickelt [2], um die Veränderungen der TFR aufgrund des sich ändernden durchschnittlichen Gebäralters der Mütter zu berechnen. Bei der Berechnung der tempobereinigten TFR (wird im Folgenden als TFR* bezeichnet) gibt es im Vergleich zur einfachen TFR besondere Anforderungen an die Daten. So müssen beispielsweise paritätsspezifische Angaben zu Geburten aus drei benachbarten Kalenderjahren vorliegen; es muss also bekannt sein, das wievielte von der Mutter geborene Kind die aktuelle Geburt ist. Seit dem Jahr 2008 gilt eine neue gesetzliche Grundlage [3] für die amtliche Statistik, auf der nun die Ordnungsziffer einer Geburt erfasst wird. Dadurch ergibt sich ab dem Jahr 2011 die Möglichkeit, eine tempobereinigte TFR zu berechnen, die auf Erhebungsdaten der amtlichen Statistik beruht. Ziel dieses Beitrags ist es, die in der Öffentlichkeit [4, 5, 6] noch relativ unbekannten Tempoeffekte vorzustellen und anschließend auf Basis der Korrekturmethode die tempokorrigierte TFR* (2011) für Berlin und Brandenburg zu berechnen.

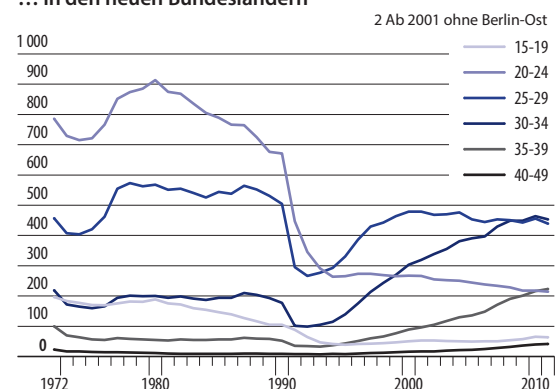
Unterschiedliche Entwicklungen im Westen und im Osten Deutschlands

Zur Veranschaulichung des Effektes in der Realität bietet sich die Betrachtung und der Vergleich der TFR im Westen und im Osten Deutschlands, vor und nach der Wiedervereinigung, an. Tempoeffekte bzw. Verschiebungen des mittleren Gebäralters der Frauen können sich sowohl über lange Zeiträume erstrecken, als auch in komprimierter Form entwickeln. Die alten und die neuen Bundesländer stellen in dieser Hinsicht jeweils exemplarisch eine langfristige und

Abb. 1 Durchschnittliche Zahl der Geburten je 1 000 Frauen nach Altersgruppen ...
... im früheren Bundesgebiet¹



... in den neuen Bundesländern²



eine komprimierte Verschiebung dar (Abbildung 1). Während das durchschnittliche Alter der Frauen bei Geburt des ersten Kindes in den alten Bundesländern über Jahrzehnte anstieg, fand die gleiche Entwicklung in den neuen Bundesländern in viel kürzerer Zeit, etwa einem Jahrzehnt, statt.

Mit Blick auf Tempoverzerrungen bzw. Änderungen im mittleren Alter der Mutter bei der Geburt stehen die neuen Bundesländer im Fokus. Infolge der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, die mit der Deutschen Einheit einhergingen, brach das Geburtenniveau stark ein: Zwischen 1989 und 1994 sank die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) in den neuen Ländern von 1,57 auf 0,77 (vgl. [7]). Seit 1995 nimmt sie wieder zu. Dieser Einbruch der TFR ging mit einer relativ schnellen Steigerung des mittleren Geburtenalters einher. Es ist zu sehen, dass der Einbruch der Geburten der 20- bis 24-Jährigen auch nach 1995 keine nennenswerte Erholung erfährt. Stattdessen steigt die Geburtenneigung in den älteren Frauenaltersgruppen. Bei den 25- bis 29-Jährigen ist ab dem Jahr 2000 fast wieder das Niveau von vor 1990 erreicht. Aufgrund des weiter steigenden mittleren Geburtenalters der Frauen geschieht dies jedoch mit leicht abnehmender Tendenz. Die Geburten der Gruppe der 30- bis 34-Jährigen steigen seit 1995 am stärksten an, da sich die Geburten hauptsächlich in diese Altersgruppe verschieben. Steigt das mittlere Alter bei Geburt weiter, so werden sich auch mehr Geburten in diese Altersgruppe verschieben. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Geburteneinbruch in den neuen Ländern zwischen 1990 bis 1995 auch mit einer Verschiebung des Geburtszeitpunktes in ein höheres, den alten Bundesländern angeglichenes, Alter einherging. Für die Länder Berlin und Brandenburg kann nach Betrachtung der Entwicklung in den neuen Bundesländern ebenfalls von einem steigenden durchschnittlichen Alter der Mutter bei Geburt ausgegangen werden.

Detaillierte Darstellung des Tempoeffektes

In der amtlichen Statistik wird die zusammengefasste Geburtenziffer TFR (total fertility rate) als Maß für das Fertilitätsverhalten der weiblichen Bevölkerung verwendet und basiert auf altersspezifischen Fertilitätsraten (ASFR, age-specific fertility rate). Dabei werden die Geburten der Frauen eines Alters x zu der Anzahl der x -jährigen Frauen ins Verhältnis gesetzt. Anschließend werden die ASFRs der Frauen zwischen 15 und unter 50 Jahren¹ aufsummiert, um die TFR zu berechnen².

$$TFR = \sum_{\alpha} f(x) = \sum_{\alpha} ASFR(x) = \sum_{\alpha} \frac{B(x)}{P(x)} \quad (1)$$

$B(x)$ – Geburten im Alter x

$P(x)$ – weibliche Bevölkerung im Alter x

$f(x)$ – altersspezifische Geburtenrate – ASFR

Der Wert einer TFR gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommen würde, wenn die altersspezifischen Fruchtbarkeitsverhältnisse eines Jahres in der betrachteten Population als konstant angenommen werden. Die angenommene Konstanz ist eine kritische Eigenschaft der Kennziffer, denn diese Annahme ist nicht realitätsnah und so lässt sich die TFR auch nicht optimal für Prognosen über die zukünftige endgültige Kinderzahl je Frau nutzen [8]. Die TFR über- bzw. unterschätzt die Geburtenneigung, wenn das mittlere Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder sinkt bzw. ansteigt: sogenannte Tempo-Effekte sind die Folge.

Für eine Tempo-Korrektur der TFR werden besondere Anforderungen an die Daten gestellt. Seit dem Jahr 2009 gibt es in der amtlichen Statistik die Zahlen der Geburten in einem Jahr für alle Frauen nach einzelnen Paritäten. Dabei wird erfasst, um die wievielte Geburt der Mutter es sich handelt. Diese Angaben sind Voraussetzung, um die Bereinigung der TFR von Tempoeffekten vorzunehmen und eine „tempo-adjusted-TFR“ (TFR*) zu berechnen. Die TFR* gibt zwar ein realeres Bild der Geburtenneigung wieder, ist aber ebenfalls ein geschätzter Wert, der auf Basis von Periodendaten berechnet wird. Auch wenn die korrigierte TFR hinsichtlich der Änderung des durchschnittlichen Gebäralters ein verlässlicheres Bild des Geburtenverhaltens zeichnet als die geläufige TFR, kann sie nicht mit der „endgültigen Kinderzahl“ für eine Frau gleichgesetzt werden [9].

1 15 Jahre entspricht der unteren Altersgrenze für Frauen, die als Mütter betrachtet werden – formal: α
49 Jahre entspricht der oberen Altersgrenze für Frauen, die als Mütter betrachtet werden – formal: β .

2 Da die TFR ein Periodenmaß ist, das mit den Werten eines Jahres berechnet wird, fällt die Angabe eines Zeitraumes in der formalen Notation weg; falls nicht besonders gekennzeichnet, wird für die Berechnungen stets ein Jahr bzw. das Jahr 2011 angenommen.

Schematische Darstellung quantitativer Änderungen und Verschiebung des mittleren Geburtenalters

Abb. 2a Änderungen in der Geburtenquantität

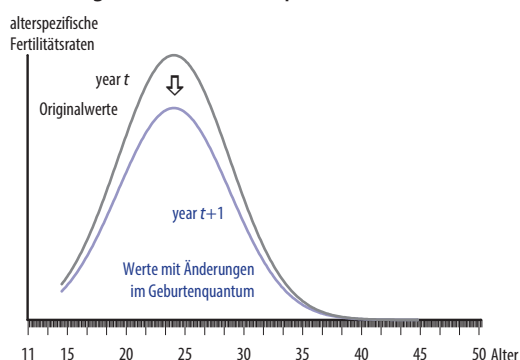
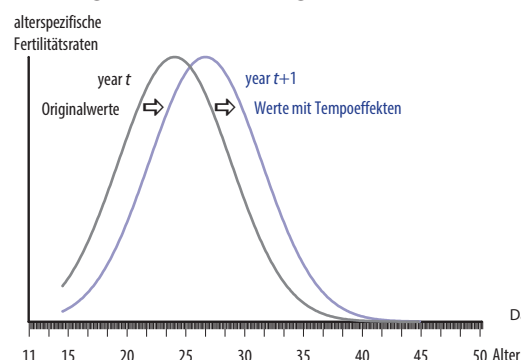
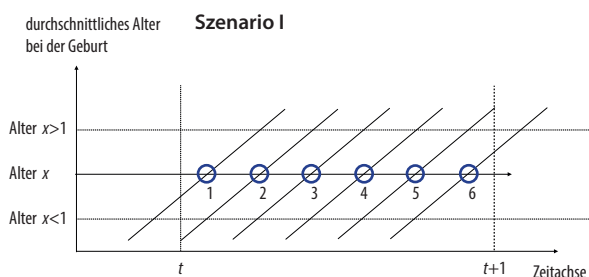


Abb. 2b Änderungen im Geburtentiming



Quelle: hypothetische Datenmodellierung [10]

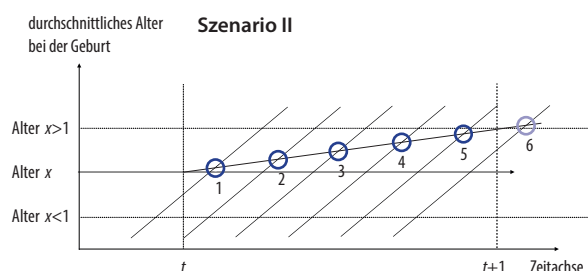
Abb. 3 Geburten im Jahr t im konstanten Alter x 

Wie bereits einleitend erwähnt, bedeutet die Verschiebung der Geburten auf einen späteren Zeitpunkt auch ein verändertes durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt. Von einem Tempoeffekt spricht man aber nur, wenn die zunächst aufgeschobenen Geburten zu einem späteren Zeitpunkt „nachgeholt“ werden (Abbildung 2 b). Sollten aufgeschobene Geburten nicht „nachgeholt“ werden, dann verringert sich das Fertilitätsniveau grundsätzlich und ein sinkendes Geburtenquantum ist zu erkennen (Abbildung 2 a).

Eine Kennziffer der Fruchtbarkeit sollte nur das reine Quantum der gegenwärtigen Fertilitätsverhältnisse darstellen (vgl. [11]) und nicht Tempoverzerrungen, die sich lediglich aus der zeitlichen Verschiebung der Fertilität bzw. dem dadurch steigenden durchschnittlichen Alter der Frauen bei Geburt ergeben. Das Ziel der vorgestellten Methode ist daher, diese Veränderungen im mittleren Gebäralter in der Kennzifferbildung zu isolieren.

Mithilfe der Abbildungen 3 und 4 bzw. einer Modellrechnung soll die Problematik noch einmal verdeutlicht werden. Die meisten Kennziffern der Fertilität werden für eine Periode, also ein Jahr t , berechnet. Die TFR wird entsprechend Formel (1) berechnet. Die Anzahl der Frauen in einem Jahr t im Alter x ist durch die Bevölkerungsstruktur gegeben. Die Modellrechnung betrachtet zur Vereinfachung eine stationäre Bevölkerung, also eine konstante Bevölkerungszahl mit konstanter Besetzung der einzelnen Altersstufen, für jedes Jahr.

In den Abbildungen 3 und 4 sind die Geburtsergebnisse blau gekennzeichnet. Die diagonalen Linien stellen verschiedene Lebenslinien von Frauen aus einer Kohorte dar (diagonal deshalb, weil die Frauen

Abb. 4 Geburten im Jahr t von Frauen mit steigendem Alter bei der Geburt

im Zeitverlauf altern). Die Geburtsergebnisse sind als Punkte auf den Lebenslinien der Frauen markiert. Zur Vereinfachung sind in den folgenden Abbildungen nur sechs Lebenslinien mit sechs Geburten dargestellt.

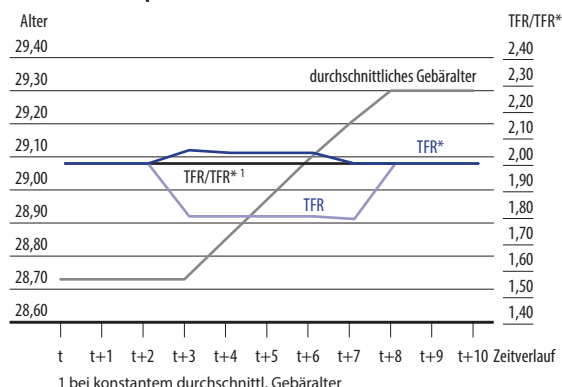
Es werden zwei Szenarien nachgebildet, wobei es im ersten Szenario keine Veränderung des mittleren Alters bei der Geburt, also keinen Tempoeffekt, gibt (Abbildung 3). Hier liegen im Jahr t die Geburten vor, die komplett in die Berechnung der altersspezifischen Fertilitätsraten (ASFR) des Jahres t eingehen.

Im zweiten Szenario soll das mittlere Alter bei Geburt während des Jahres t steigen und so der „Tempoeffekt“ dargestellt werden (Abbildung 4). Dieses Szenario steht dabei für die aktuelle Entwicklung in Deutschland bzw. Berlin und Brandenburg mit ebenfalls steigendem durchschnittlichen Alter der Frauen bei Geburt ihrer Kinder. Durch die Verschiebung der Geburt entlang der Lebenslinie der Frauen auf einen späteren Zeitpunkt wird ein Teil der Geburten erst in der nächsten Periode $t+1$ realisiert. In Abbildung 4 ist zu sehen, dass die sechste Geburt durch die Verschiebung erst im folgenden Jahr stattfindet und demnach auch erst dann erfasst werden kann. Die ASFRs des Jahres t werden also dadurch unterschätzt, dass im Jahr t nur ein Teil der Geburten in die Berechnung eingeht.

Änderungen des mittleren Alters bei Geburt betreffen oft gesamte Populationen von Frauen und nicht nur bestimmte Kohorten, da diese Veränderungen von Faktoren ausgelöst werden, die für die gesamte Bevölkerung gelten. Somit steht das Alter x in den vorgestellten Szenarien als Beispiel für alle reproduktiven Altersklassen von Frauen. Weil sich die altersspezifischen Fertilitätsraten zur zusammengefassten Geburtenziffer (TFR) aufaddieren, ist die TFR in gleichem Maße von der Unterschätzung der aktuellen Perioden-Fertilität betroffen wie die einzelnen ASFRs.³

Um die Veränderungen der TFR in Verbindung mit einem steigenden durchschnittlichen Alter der Mütter bei Geburt anschaulich darzustellen, folgt nun eine Modellrechnung über 11 Jahre ($t \rightarrow t+10$) in grafischer (Abbildung 5) und tabellarischer Darstellung (Tabelle 1).

Abb. 5 Modell mit steigendem Gebäralter und den entsprechenden TFR und TFR*



³ „constant shape“-Annahme: Die Verteilungskurve der altersspezifischen Fertilitätsraten bleibt unverändert und somit bleibt auch die Varianz der Verteilung unverändert (Abbildung 2a – (vgl. [12])).

Tab. 1 **TFR, TFR* und MAB in einem 11-Jahres-Modell mit steigendem durchschnittlichen Alter der Mutter bei der Geburt und einem modellierten Tempoeffekt von 10 %**

	TFR	MAB	TFR*
t	2,00	28,73	2,00
$t+1$...	2,00	28,73	2,00
$t+2$...	2,00	28,73	2,00
$t+3$...	1,80	28,73	2,05
$t+4$...	1,80	28,85	2,04
$t+5$...	1,80	28,97	2,04
$t+6$...	1,80	29,09	2,04
$t+7$...	1,79	29,20	2,00
$t+8$...	2,00	29,30	2,00
$t+9$...	2,00	29,30	2,00
$t+10$...	2,00	29,30	2,00

Anfangs- und Endzustand des Modells besitzen stabile durchschnittliche Gebäralter (MAB)⁴. Daraus ergeben sich bei gleichbleibender Verteilung von Müttern und Geburten auch konstante Werte für die TFR.⁵ Um das Maß der Verzerrung an der TFR durch den Tempoeffekt deutlich zu machen, wurde die TFR im Jahr t mit einem Wert von 2,00 modelliert. Da unter stabilen Verhältnissen in den ersten drei und in den letzten drei Jahren des Modells keine Tempo-Änderungen bestehen, liegt auch der Ausgangswert der TFR* bei 2,00. TFR und TFR* gleichen sich in diesen Zeiträumen (Tabelle 1).

Ab dem Jahr $t+3$ setzt eine Steigerung des mittleren Gebäralters ein, die mit einem höheren mittleren Gebäralter zum Ende des Jahres $t+7$ beendet ist. Dadurch unterschätzt die TFR die Geburtenneigung. Im Modell wird eine Verschiebung von 10 % der Geburten in die nächste Periode angenommen. In der grafischen Darstellung des Modells (Abbildung 5) ist gut zu erkennen, dass die tempobereinigte TFR* in den Jahren mit Tempo-Effekt nur leicht über 2,0 liegt und damit annähernd die Höhe der ursprünglichen TFR anzeigt, die ohne steigendes Gebäralter und verschobene Geburten vorliegen würde.⁶ Die verwendete heterogene Altersstruktur der Mütter im Modell liefert die Erklärung für die leichten Abweichungen der TFR* vom Wert von 2,0.

Tempokorrektur – formale Darstellung und Berechnung

Um die Unterschätzung der Geburtenneigung durch die TFR, die durch eine Steigerung des mittleren Gebäralters erzeugt wird, zu berechnen, haben Bongaarts und Feeney ein entsprechendes Formelwerk bereitgestellt. Hier muss die Annahme erwähnt wer-

den, dass die Verschiebung des Geburtenalters alle Altersklassen in gleichem Ausmaß und in gleicher Richtung betrifft (vgl. Abbildung 2 b).

Da sich die Berechnung auf eine Verschiebung des durchschnittlichen Gebäralters bezieht, benötigt man mehrere Perioden, um diese Verschiebung zu beziffern. Im vorliegenden Beispiel wird die tempobereinigte TFR für die Länder Berlin und Brandenburg für das Jahr 2011 berechnet. Dazu müssen auch für die Jahre 2010 und 2012 die Geburtenzahlen und die Zahlen über die weibliche Bevölkerung in den reproduktiven Altersstufen vorliegen. Eine weitere Besonderheit dabei ist die Darstellung der Geburten nach ihrer Ordnungsziffer (Parität i). Das bedeutet, es wird bei einer Geburt zusätzlich erfasst, das wievielte Kind eine Frau bei der aktuellen Geburt empfängt. Die TFR-Korrektur findet für jede Parität i einzeln statt, um unterschiedliche Gebäralter-Verschiebungen bei verschiedenen Paritäten zu berücksichtigen.

Vor 2008 lagen paritätsscharfe Geburtenzahlen nur für ehelich geborene Kinder vor. Die Erfassung der einzelnen Paritäten geht auf die bereits erwähnte Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes von 2007 [3] zurück. Das Gesetz ermöglichte es nunmehr, auch die Geburtenfolge in Bezug auf die Kinder der Mutter in der Statistik zu erfassen. Die Geburtendaten werden dafür von den zuständigen Landesämtern an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg geliefert.

Die Ergebnisse einzelner Schritte der TFR-Tempobereinigung für Berlin und Brandenburg, werden an den entsprechenden Stellen der folgenden Formelsammlung eingefügt.

Die TFR-Berechnung lässt sich in den Formeln 2, 3, 4 und 5 paritätsspezifisch darstellen als:

$$TFR = \sum_{\alpha} \frac{B(x)_1 + B(x)_2 + B(x)_3 + B(x)_4 + B(x)_5 + B(x)_6 + B(x)_7 + B(x)_8 + B(x)_{9+}}{P(x)} \quad (2)$$

$$TFR = \sum_{\alpha} \frac{B(x)_1}{P(x)} + \sum_{\alpha} \frac{B(x)_2}{P(x)} + \dots + \sum_{\alpha} \frac{B(x)_8}{P(x)} + \sum_{\alpha} \frac{B(x)_{9+}}{P(x)} \quad (3)$$

$$TFR = TFR_1 + TFR_2 + \dots + TFR_8 + TFR_{9+} \quad (4)$$

$$TFR = \sum_{i=1}^{9+} TFR_i \quad (5)$$

i – Index der Parität einer Geburt = 1, ..., 9+

$B(x)_i$ – Geburten der Parität i im Alter x

$P(x)$ – weibliche Bevölkerung im Alter x

Der Wert der TFR (2011) für Berlin liegt bei 1,31 und für Brandenburg bei 1,41. Dabei führt die TFR-Berechnung über die Paritäten (Formel 2 bis 5) zu identischen Ergebnissen, wie die Berechnung ohne einzelne Paritäten (Formel 1).

Die eigentliche Entfernung des Tempoeffektes findet erst im folgenden Schritt in Formel 6 statt:

$$TFR_i^* = \frac{TFR_i}{1 - r_i} \quad (6)$$

4 MAB /MAC (mean-age at birth/childbirth) – durchschnittliches Gebäralter

5 Durch die Verschiebung der Geburten in ein höheres Geburtsalter unter den gegebenen Verteilungen entstehen im Zeitverlauf minimale Abweichungen der TFR von 1,8.

6 Bei der Ermittlung der TFR* im vorgestellten Modell wurde die Idee der Tempokorrektur nach Bongaarts und Feeney (BF) verfolgt. Die TFR-Korrektur für eine Periode nach BF benötigt die Änderung des durchschnittlichen Gebäralters für den Zeitraum von einem Jahr vor und nach der jeweils berechne-

ten Periode, da in beiden Jahren Änderungen im durchschnittlichen Gebäralter angenommen werden. Im vorliegenden Modell gibt es einen klar definierten Startzeitpunkt der Verschiebung des durchschnittlichen Gebäralters. Das bedeutet, vor diesem Startpunkt gibt es keine Tempoeffekte, und so

führt die Berechnung des Korrekturfaktors r über benachbarte Perioden mit und ohne Tempoverschiebungen zu verfälschten Werten der TFR*. In den Perioden $t+3$ und $t+8$ wird unter dieser Annahme die TFR-Korrektur jeweils nur für die Periode vorgenommen, in der auch ein Effekt vorliegt.

Aus der paritätsspezifischen TFR_i wird durch den Faktor $1-r_i$ die tempobereinigte paritätsspezifische TFR_i^* . Der Faktor $(1-r)$ dient zum Standardisieren des mittleren Gebäralters der Frauen bzw. durch die Relativierung der TFR mit $(1-r)$ wird die Veränderung des mittleren Gebäralters außer Acht gelassen. Daher berechnet sich der paritätsspezifische Faktor r aus den mittleren Gebäraltern der Paritäten des Jahres vor und nach dem untersuchten Jahr 2011. Es werden also auch die paritätsspezifischen Angaben der Jahre 2010 und 2012 benötigt. Da der Korrekturfaktor für einzelne Paritäten berechnet wird, sind die Ergebnisse auch aussagekräftig, wenn sich die Änderung der mittleren Gebäralter bei verschiedenen Paritäten unterscheiden.

In Formel 7 werden für die vorliegende Rechnung die mittleren Gebäralter der Jahre 2010 und 2012 verwendet, die sich wiederum in Formel 8 aus den alters- und paritätsspezifischen Fertilitätsraten $f(x)_i$ dieser Jahre ermitteln lassen:⁷

$$(7) \quad r_i(t) = \frac{MAB_i(t+1) - MAB_i(t-1)}{2}$$

$$(8) \quad MAB_i = \frac{\sum_{\alpha}^{\beta} (x + 0,5) \cdot f(x)_i}{\sum_{\alpha}^{\beta} f(x)_i}$$

Als letzter Schritt sind in Formel 9 die paritätsspezifischen, tempobereinigten TFR_i^* zur TFR^* zusammenzufassen, um die Berechnung zu beenden.

$$(9) \quad TFR^* = \sum_{i=1}^{9+} TFR_i^* \quad \text{Mit der tempobereinigten } TFR_i, \text{ also der Standardisierung des durchschnittlichen Alters der Mutter bei Geburt, erhalten wir eine Maßzahl für die durchschnittliche Kinderzahl von Frauen, die sie bei gegebenen altersspezifischen Fertilitätsverhältnissen und einem unveränderten durchschnittlichen Gebäralter im Laufe ihres Lebens hätten.}$$

Weitere in der Wissenschaft bereits vorgeschlagene Korrekturen der TFR wurden hier nicht vorgenommen. Die vorliegenden Varianzen der Fertilitätsverteilungen [13] von 2010, 2011 und 2012 variieren nur minimal und so fallen die entsprechenden Korrekturreffekte nur marginal aus. Auch die Korrektur bzw. die Beschränkung der Paritäten [14], um Zufallsschwankungen auszugleichen, führt bei den vorliegenden Daten nicht zu wesentlichen Änderungen der TFR^* .

Ergebnisse für die Länder Berlin und Brandenburg

In den letzten Jahrzehnten ist im Bundesgebiet das mittlere Alter der Frauen bei Geburt angestiegen; das gilt auch für Berlin und Brandenburg. Auch zwischen den Jahren 2010 und 2012 stellt sich die Situation mit erwarteter Steigerung des mittleren Gebäralters dar (Tabelle). Im ersten für die Berechnungen verwendeten Jahr 2010 lag das durchschnittliche Alter der Frauen bei Geburt der Kinder in Berlin bei 30,5 Jahren und in Brandenburg bei 29,5 Jahren. In den folgenden zwei Jahren ist das durchschnittliche Gebäralter weiter angestiegen, in Berlin um 100 Tage und in Brandenburg um 56 Tage.

Die mittleren Gebäralter der beiden Jahre 2010 und 2012 werden nun zur Berechnung der Tempoverzerrung verwendet. Bei einem steigenden durchschnittlichen Gebäralter zwischen 2010 und 2012 wird die TFR für 2011 unterschätzt und der Wert der tempobereinigten TFR muss höher ausfallen. Dies gilt für beide Länder, wobei sich die tempobedingte TFR-Korrektur, entsprechend der Änderung des mittleren Gebäralters, in Berlin größer darstellt als in Brandenburg.

In der nebenstehenden Tabelle

sind die herkömmlichen und die tempobereinigten Fertilitätsraten für Berlin und Brandenburg dargestellt. Der Wert der TFR^* für Berlin im Jahr 2011 liegt bei 1,53

und somit 16,6 % höher als die ursprüngliche TFR. Unter der Annahme, dass das durchschnittliche Gebäralter und die aktuellen altersspezifischen Fertilitätsverhältnisse unverändert blieben, würde eine Berliner Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich 1,53 Kinder empfangen und bei einer Brandenburger Frau wären es 1,55 Kinder. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass es sich bei der TFR^* um eine um Tempoeffekte korrigierte TFR handelt, die ebenfalls auf Periodendaten basiert. Weder die TFR noch die TFR^* sind somit als Kohortenfertilität oder als endgültige Kinderzahl zu interpretieren. Die Berechnung der TFR^* bietet sich dann an, wenn die Veränderung des mittleren Gebäralters einen ungewollten Einfluss auf die TFR besitzt (vgl. [1]). Abhängig von der Fragestellung muss also die jeweils geeignete Fertilitätskennzahl gewählt werden.

	Berlin	Brandenburg
MAB in Jahren		
2010	30,48	29,47
2012	30,75	29,62
Δ in Tagen ...	100	56

	Berlin	Brandenburg
TFR 2011.....	1,31	1,41
TFR^* 2011....	1,53	1,55
Δ in %	16,59	9,60

Autor: Jörn Ehlert

⁷ Nur bei der Berechnung der mittleren Alter bei Geburt (MAB) wird in der formalen Darstellung der zeitliche Bezug zu den Jahren $(t-1)=2010$ und $(t+1)=2012$ abgebildet.

Quellennachweis

- [1] Sobotka, Tomáš; Lutz, Wolfgang, 2010: Wie Politik durch falsche Interpretationen der konventionellen Perioden-TFR in die Irre geführt wird: Sollten wir aufhören, diesen Indikator zu publizieren?, *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* Volume 35,3; S. 637–664.
- [2] Bongaarts, John; Feeney, Griffith, 1998: On the quantum and tempo of fertility, *Population and Development Review* Volume 24,2, S. 271–291.
- [3] Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes vom 30. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2526).
- [4] DIE WELT „Frauen bringen statistisch gesehen 1,36 Kinder zur Welt – Geburtenrate für 2011 sinkt leicht“; 20.09.2012, www.welt.de
- [5] BILD „Zu teuer! Zu stressig! Zu viel Angst! – Darum wollen die Deutschen keine Kinder“ 01.08.2013 – 13:03 Uhr, www.bild.de
- [6] FOCUS „Die Geburtenrate sinkt: Deutschland ist kinderfeindlich“ 06.07.2012, 18:41 von FOCUS-Online-Korrespondentin Martina Fietz, www.focus.de
- [7] Pötzsch, Olga, 2012: Geburten in Deutschland Ausgabe 2012, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- [8] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/GeburtenratenTempoeffekt.html>
- [9] www.demogr.mpg.de/de/presse/2254.htm – Pressemitteilung zum Artikel: Joshua R. Goldstein, Michaela Kreyenfeld, 2011: Has East Germany Overtaken West Germany? Recent Trends in Order-Specific Fertility, *Population and Development Review*, Volume 37, 3.
- [10] Bongaartz, John; Sobotka, Tomáš, 2012: Demographic explanation for the recent rise in European fertility, *Population and Development Review*, Volume 38; S. 83–120.
- [11] Luy, Marc; Pötzsch, Olga, 2010: Schätzung der tempobereinigten Geburtenziffer für West- und Ostdeutschland 1955–2008, *Comparative Population Studies*, Volume 35,3, S. 569–604.
- [12] Luy, Marc, 2010: Tempo effects and their relevance in demographic analysis, *Comparative Population Studies*, Volume 35,3, S. 415–446.
- [13] Kohler, Hans-Peter; Philipov, Dimiter, 2001: Variance effects in the Bongaarts-Feeney formula, *Demography* Volume 38,1, S. 1–16.
- [14] Sobotka, Tomáš, 2004: Is lowest-low fertility in Europe explained by the postponement of childbearing?, *Population and Development Review* Volume 30,2, S. 195–220.

Kfz-Statistik in Berlin kleinräumig verfügbar

Einleitung

Nach dem Mobilitätsbericht der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt legte jede BerlinerIn, jeder Berliner 2008 im Tagesdurchschnitt drei

Wohnen, Arbeiten, Lernen, Einkaufen, Freizeit und Erholung liegen für viele Menschen räumlich häufig weit auseinander. Für die Überbrückung der kleinen und großen Distanzen können im städtischen Raum ganz unterschiedliche Verkehrsmittel genutzt werden.

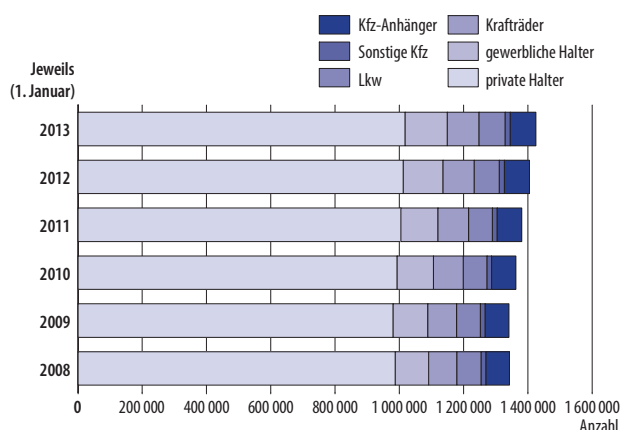
Wege mit einer Gesamtdistanz von 20,2 km zurück. Jeweils ein Drittel entfiel auf den motorisierten Individualverkehr und den Fußverkehr, ein Viertel auf den öffentlichen Verkehr und die restlichen 13 % auf das Fahrrad als Verkehrsmittel [1]. Die Ergebnisse des Berichtes beruhen auf einer Umfrage zum Mobilitätsverhalten, die 2008 durchgeführt wurde. Aktuell werden in Berlin und weiteren 100 Städten neue Daten erhoben [2].

Daten zum Mobilitätsverhalten hat die Kommunalstatistik nicht, aber die Zulassungsdaten der Kraftfahrzeuge können ausgewertet werden. Die kommunalen Registerdaten der Stadt Berlin erlauben auch kleinräumige Darstellungen, von denen einige auf der Ebene der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) vorgestellt werden sollen.

Kraftfahrzeugbestand weiter wachsend

Der Kraftfahrzeugbestand nahm zwischen 2008 und 2013 (jeweils zum Stichtag 1. Januar) um 75 400 Einheiten von 1,27 Mill. auf 1,34 Mill. zu (Tabelle 1). Das entspricht einem Zuwachs von 5,9 % im betrachteten Zeitraum (Tabelle 2) oder einem jährlichen mittleren Wachstum um 1,16 %. Je nach Halter (privat, gewerblich) zeigen sich ganz unterschiedlich stark ausgeprägte Zuwächse. Die Zahl der privat angemeldeten Pkw stieg um 3,1 %, während die gewerblich angemeldeten Pkw um 27,0 % zunahmen. Die Zunahme

Abb. 1 Entwicklung des Fahrzeugbestandes in Berlin 2008 bis 2013



Datenquelle: Kraftfahrzeugbundesamt (KBA)

der gewerblichen Pkw entspricht einem mittleren jährlichen Wachstum von 4,9 % (geometrisches Mittel). Zu den großen Haltergruppen innerhalb der gewerblichen Gruppe zählen Handel, Reparatur, Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen und Vermietung sowie Öffentliche Verwaltung.

Die Datenreihe beginnt mit dem Jahr 2008, weil zu diesem Jahr eine Statistikumstellung im Kraftfahrzeugbundesamt wirksam wurde. Ab dem 1. Januar 2008 werden nur noch die angemeldeten Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen gezählt.

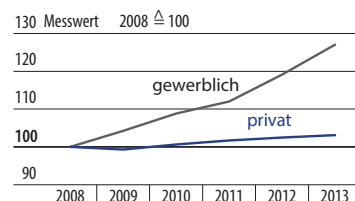
Die Abbildungen 1 und 2 stellen die absolute Zunahme und – für die Pkw unterschieden nach Nutzungsart – die Entwicklung seit 2008 als Messwertreihe dar.

Tab. 1 Fahrzeugbestand in Berlin 2008 bis 2013

Jahr (Stichtag 1. Jan.)	Kraftfahrzeuge						Kfz- An- hänger	Fahrzeuge insgesamt
	ins- gesamt	Personenkraftwagen private Halter	gewerb- liche Halter	Kraft- räder	Lkw	Sonstige einschl. Busse		
2008	1 269 459	987 683	103 481	88 280	75 580	14 435	73 336	1 342 795
2009	1 266 879	980 377	107 844	90 292	73 929	14 437	74 258	1 341 137
2010	1 287 193	993 196	112 536	93 478	73 655	14 328	75 522	1 362 715
2011	1 304 550	1 004 470	115 890	94 985	74 545	14 660	76 614	1 381 164
2012	1 327 015	1 012 467	123 237	97 103	78 367	15 841	78 186	1 405 201
2013	1 344 876	1 018 093	131 427	98 837	81 085	15 434	79 798	1 424 674

Datenquelle: Kraftfahrzeugbundesamt (KBA)

Abb. 2 Entwicklung des PKW-Bestandes in Berlin von 2008 bis 2013 nach privatem und gewerblichem Halter



Datenquelle: Kraftfahrzeugbundesamt (KBA)

Jahr	Motorisierungsgrad	Motorisierungsgrad verharrend
2008 ...	294	Der Kfz-Bestand nahm in Berlin im betrachteten Zeitraum zu; ebenso entwickelte sich die Einwohnerzahl der Stadt positiv. Für den Motorisierungsgrad neutralisierten sich die beiden Zunahmen nahezu. 2008 kamen auf 1000 Einwohner 294 Privat-Pkw, im Jahr 2013 waren es 293.
2009 ...	292	
2010 ...	295	
2011 ...	297	
2012 ...	295	
2013 ...	293	

Personenkraftwagen kleinräumig kartiert

Die Daten des kommunalen Kfz-Registers können nach den Merkmalen Fahrzeugklasse/Fahrzeugart, Hubraum, Neuzulassungsdatum, Geschlecht und Alter des Halters kleinräumig ausgewertet werden. In den folgenden Karten werden die Daten auf der Ebene der 447 Lebensweltlich orientierten Räume kartiert.

Der Motorisierungsgrad mit Privat-Pkw in Berlin betrug am 31. Dezember 2012 – bezogen auf alle Einwohner – 297 Pkw je 1000 Einwohner, wenn das kommunale Register der Stadt zugrunde gelegt wird. Im Stadtgebiet zeigen sich Bereiche ganz unterschiedlicher Pkw-Motorisierung (Abbildung 3). Im Innenstadtbereich lag der Motorisierungsgrad deutlich unter dem der zentrumsfernen Gebiete in der äußeren Stadt, die teilweise auf mehr als 500 Pkw je 1000 Einwohner kamen. Zwei Ausnahmen gibt es in im Innenstadtbereich Mitte in den Bezirksregionen Regierungsviertel und Tiergarten Süd, in denen je ein Planungsraum einen deutlich höheren Motorisierungsgrad ausweist.

Das Durchschnittsalter der Halter von Pkw ist ebenfalls nicht homogen verteilt, sondern ist in den Randgebieten der westlichen Stadthälfte deutlich höher (3. Umschlagseite oben).

Frauen sind in 36,7 % der Fälle Halter privat genutzter Pkw. Über 40 % und damit über dem Mittelwert liegt der Anteil in den südwestlichen Gebieten der Stadt (3. Umschlagseite unten).

Kartieren lassen sich auch die fahrzeugbezogenen Merkmale. Die 4. Umschlagseite (oben) zeigt die Verteilung der privaten Personenkraftwagen nach dem Durchschnittsalter des Fahrzeugs in Jahren. Die älteren Fahrzeuge finden sich vermehrt in den innenstädtischen Lagen und in einigen Gebieten Spandau, das im Westen gelegen ist.

Die Verteilung der als Neuwagen erworbenen Pkw an allen Pkw (4. Umschlagseite unten) bildet das Gegenbild zur Verteilung nach dem Durchschnittsalter des Pkw. Besonders hoch sind sie in den äußeren Lagen, insbesondere im Südwesten. Der Anteil an gebraucht erstandenen Pkw ist in den Innenstadtlagen höher.

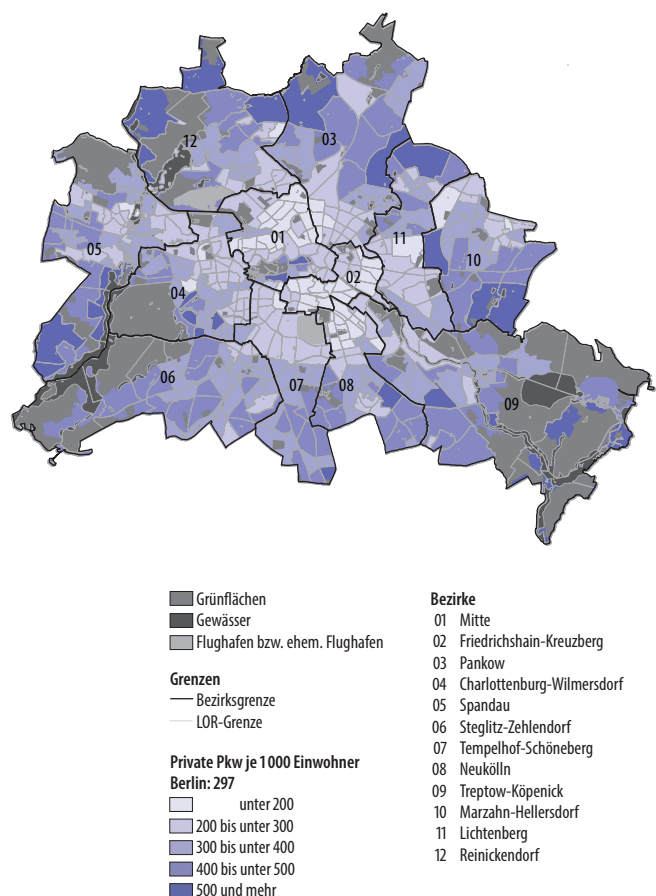
Autor: Hartmut Bömermann

Tab. 2 Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Berlin 2008 bis 2013 (Messzahlen 2008=100)

Jahr (Stichtag 1. Jan.)	Kfz insgesamt	Pkw-privat	Pkw-gewerblich	Kraft-räder	Lkw	Sonstige einschl. Busse
2008	100	100	100	100	100	100
2009	99,8	99,3	104,2	102,3	97,8	99,8
2010	101,4	100,6	108,8	105,9	97,5	101,4
2011	102,8	101,7	112,0	107,6	98,6	102,8
2012	104,5	102,5	119,1	110,0	103,7	104,5
2013	105,9	103,1	127,0	112,0	107,3	105,9

Datenquelle: Kraftfahrzeugbundesamt (KBA)

Abb. 3 Motorisierungsgrad in Berlin am 31. Dezember 2012 nach LOR-Planungsräumen



Quellen

- [1] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2011): „Mobilität der Stadt – Berliner Verkehr in Zahlen, Ausgabe 2010“; URL: www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/zahlen_fakten/download/Mobilitaet_dt_komplett.pdf
- [2] Technische Universität Dresden: „Mobilität in Städten: SrV-System repräsentativer Verkehrs-verhaltensbefragung“; URL: tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/vkw/ivs/srv

Globalisierung, europäischer Binnenmarkt und wirtschaftlicher Strukturwandel als Herausforderungen der Unternehmensstatistiken und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wirtschaftsdaten haben, wie alle statistischen Daten, immer auch einen räumlichen Bezug. Den Nutzern ist in der Regel bewusst, dass mit dem freien Kapitalverkehr finanzwirtschaftliche Transaktionen längst über Ländergrenzen hinweg organisiert werden. Für realwirtschaftliche Vorgänge dagegen wird wohl weitgehend angenommen, dass sich die Produktion, die Logistik der Beschaffung und des Absatzes, die Bildung von Realkapital und die Rekrutierung und Entlohnung von Arbeitskräften im Wesentlichen dort auswirken, wo sie in der Wirtschaftsstatistik nachgewiesen werden. Dies setzt Erwartungen in die Statistik, denen sie nicht immer voll entsprechen kann. Dieser Beitrag legt dar, warum das so ist und schließt an zwei vorhergehende Beiträge in dieser Zeitschrift an, fasst sie in einigen Aspekten zusammen und zieht Schlussfolgerungen. Im ersten der beiden Beiträge (Voy 2007) wurden die historischen Entwicklungen der VGR-Konzepte im Hinblick auf statistische Einheiten und Klassifikationen behandelt, die – in der Zeit des sich langsam beschleunigenden Strukturwandels entwickelt – bereits erste Antworten darauf enthalten. Im zweiten Beitrag (Voy 2008) wurden die Entwicklung des Systems der Unternehmensstatistiken auf europäischer Ebene und Fragen seiner nationalen Umsetzung behandelt. Ein Ergebnis war, dass dem Betrieb (establishment) in diesem System eine zentrale Stellung zukommt.

In primärstatistischen Erhebungen wenden sich die statistischen Ämter an potentielle Auskunftgebende, die ihnen die erforderlichen Daten in elektronischer

Form oder auf Fragebögen zur Verfügung stellen. Sie, etwas abstrakter auch als „statistische Einheiten“ bezeichnet, können Unternehmensgruppen („Konzerne“), Unternehmen, fachlich oder regional getrennte Unternehmensteile, Betriebe von Unternehmen oder fachliche Betriebsteile sein. Die Berichte können sich auf ihren gesamten Zuständigkeitsbereich oder auch nur auf Teile davon beziehen, also etwa auf bestimmte fachliche Teile oder auf Betriebe eines Unternehmens. Als generelle Regel gilt, dass die Daten räumlich oder fachlich umso genauer zugeordnet werden können, je homogener (fachlich und/oder regional) sie von übergeordneten statistischen Einheiten abgegrenzt sind.

Statistische Erhebungen über Betriebe bzw. regionale Unternehmensteile sind daher nicht nur von zentraler Bedeutung für wirtschaftsstatistische Ergebnisse nach Bundesländern und tieferen Regionalgliederungen, sondern werden dies immer mehr auch für nationale Gesamtergebnisse und damit auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Das ergibt sich aus den Folgen der strukturellen Wandlungen der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Die Unternehmenslandschaft befindet sich gegenwärtig in einem strukturellen Wandlungsprozess, der mit institutionellen Umbrüchen der rechtlichen und institutionellen Bedingungen

für wirtschaftliches Handeln einhergeht. Dies stellt die Unternehmensstatistiken in ihren konzeptionellen Grundlagen und praktischen Prozessen in Frage, nämlich in Bezug auf die Adäquanz und Erfassbarkeit der statistischen Einheiten und ihrer Transaktionen.

Wirtschaftlicher Strukturwandel

Der mittelfristige Wandel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat durch die Bildung internationaler Finanzmärkte und weitere außenwirtschaftliche Öffnungen eine neue Qualität anzunehmen begonnen, sich auch bedingt durch den Umbruch in Osteuropa und die schrittweise Öffnung Chinas seit den frühen neunziger Jahren stark beschleunigt und zuletzt auch einen Namen erhalten: Globalisierung. Der damit verbundene wirtschaftliche und rechtliche Strukturwandel der Unternehmenslandschaft wird auf europäischer Ebene durch die politisch forcierte Herstellung des Binnenmarktes (für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit) seit einigen Jahren verstärkt.

Die jetzige Globalisierung bedeutet – wie früher Internationalisierung – allerdings nicht (oder nur am Rande), dass grundlegend neue wirtschaftliche Phänomene zu beobachten sind, sondern dass sich die Bedingungen verändern, unter denen die bekannten rechtlichen Formen institutioneller Einheiten wirtschaftlich tätig sind – mit Folgen für die Gestaltung dieser Einheiten selbst. Dadurch verändern sich dann die organisatorischen Bedingungen und rechtlichen Formen, in denen die wirtschaftlichen Einheiten und ihre Transaktionen statistisch erfasst werden können. Hinzu kommt, dass der Abbau bzw. meist Formwandel von Regulierungen, die sich auf die nationalstaatlichen Grenzen beziehen, die statistische Erfassbarkeit wirtschaftlicher Vorgänge verändert und tendenziell deutlich einschränkt.

Die neue Qualität der Herausforderung besteht also nicht (oder weniger) in der Ausbreitung neuer Phänomene, die unter den obigen Schlagworten immer wieder öffentlich thematisiert werden. Viel wichtiger ist es, dass in diesem Prozess die wirtschaftlich-institutionellen und rechtlichen Grundlagen der Kerngrößen der Unternehmensstatistiken und damit der VGR sich aufzulösen beginnen. Denn diese sind nicht allein mit der wirtschaftlichen Betätigung als solcher gegeben, sondern in den modernen Nationalstaaten geschichtlich institutionalisiert und gesellschaftlich-politisch gestaltet.

Nationalstaatliche Regulierungen und institutionelle Einheiten

Für moderne Gesellschaften ist wirtschaftlicher und damit einhergehend auch sozialer Strukturwandel charakteristisch. In gesamtwirtschaftlicher Hinsicht resultiert er meist in Anteilsverschiebungen zwischen Wirtschaftsbereichen und in der Bildung neuer Zweige. Einzelwirtschaftlich ist er verbunden mit der Gründung neuer Unternehmen und Betriebe und mit Wachstum und Konzentration, aber auch Stagnation oder Schließung vorhandener Unternehmen und Betriebe. In den letzten Jahrzehnten haben politisch-rechtliche Maßnahmen – auf europäischer und nationaler Ebene – wirtschaftliche Entwicklungen erzeugt oder zumindest verstärkt, welche die für lange Zeit quasi selbstverständliche Übereinstimmung von rechtlichen und wirtschaftlichen Einheiten schrittweise auflösen. Lediglich bei der Gestaltung von Unternehmenszusammenschlüssen (Konzerne, Holdings, Organschaften) hat man sich daran gewöhnt, dass es sich dabei häufig um fachlich heterogene und regional stark diffundierende Konglomerate handelt, wenn man von der in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stark in Mode gekommenen „GmbH & Co KG“ einmal absieht. Die amtliche Statistik in Deutschland ist nach wie vor weitgehend auf die Erfassung von Daten für entweder Unternehmen oder Betriebe ausgerichtet.

Diese Übereinstimmung von rechtlichen und wirtschaftlichen Einheiten im Unternehmensbereich war das Ergebnis nationalstaatlicher Regelungen und Institutionalisierungen – beginnend in den Jahrzehnten um 1900 – gewesen, die zumindest in den kontinentaleuropäischen Staaten eine klare Abgrenzung rechtlicher Einheiten nach Außen herbeigeführt und die im Innern dahin gewirkt hatten, ausdifferenzierte wirtschaftliche Tätigkeitsbündel in rechtlichen Einheiten zu konzentrieren. Die Entstehung und Verdichtung dieser nationalstaatlichen Regulierungen und Institutionen hat erst die modernen Volkswirtschaften gebildet. In der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind Institutionen wie Gewerberecht, Arbeitsrecht, Unternehmensbesteuerung, Gesellschaftsrecht, Sozialrecht ausgebaut, überwiegend aber erst geschaffen worden, und zwar in einer selbst in den europäischen Nationalstaaten unterschiedlichen Ausprägung. Binnenmärkte, die die gesamte Nation umspannten und einheitlichen Regeln der Besteuerung, des Unternehmensrechts, des Gewerberechts und des Arbeitsrechts unterworfen waren, entstanden zunächst um 1900 langsam, sie wurden in der Zwischenkriegszeit und besonders nach der Weltwirtschaftskrise seit 1929 verstärkt gegeneinander abgegrenzt, da die nationalen Politiken und Institutionalisierungen Priorität erhalten hatten. Zwar gab es weiterhin Außenhandel und übernational agierende Wirtschaftseinheiten, sie konnten aber nur als Konzerne tätig sein, als Gruppen von verbundenen Unternehmen, die aus national begrenzten rechtlichen Einheiten bestanden, wie es bis vor kurzem noch weitgehend der Fall war.

Im zwanzigsten Jahrhundert hatte auf diesen institutionellen Grundlagen eine klare Tendenz zur Unternehmenskonzentration geherrscht – nicht nur im Sinne immer umfassenderer Unternehmensver-

bindungen in Gestalt der großen Konzerne, sondern auch und besonders im Sinne der Bildung von großen Unternehmen als wirtschaftlichen Einheiten, meist Kapitalgesellschaften, die breite Tätigkeitsbündel von Haupt- und vielen Neben- und Hilfstätigkeiten in einer rechtlichen Einheit zusammenfassten. Noch bis in die sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatten derartige Unternehmen (bzw. rechtliche Einheiten) beträchtliche steuerliche Vorteile, z.B. bei der bis 1967 geltenden Allphasen-Umsatzsteuer; wesentlich aber war, dass rechtlichen Aufspaltungen wirtschaftlicher Einheiten haftungs- und arbeitsrechtliche, gewerbe- und sozialrechtliche Hindernisse entgegenstanden, die aus der Verantwortung der Eigentümer bzw. Unternehmer für alle ihre geschäftlichen Aktivitäten und gegenüber ihren abhängigen Beschäftigten resultierten.

Die nationalen Unternehmenseinheiten des zwanzigsten Jahrhunderts und ihre Voraussetzung, die nationalstaatlichen Institutionen, waren wesentliche Ausgangspunkte der Konzepte und Begriffe der frühen internationalen VGR-Systeme und damit auch der bundesrepublikanischen VGR, in denen wie selbstverständlich von einer klaren äußeren Abgrenzung sowohl der Volkswirtschaft als auch der sie bildenden Einheiten ausgegangen wurde.

Gebietszugehörigkeit der institutionellen Einheiten

National- oder Gesamtwirtschaften ergeben sich in den VGR-Systemen als die vollständigen Mengen der gebietsansässigen institutionellen Einheiten. Eine Einheit ist in einem Land gebietsansässig, wenn sie den Schwerpunkt ihres wirtschaftlichen Interesses im Wirtschaftsgebiet des Staates bzw. der Nation hat. Institutionelle Einheiten sind als spezifische finanzielle und Rechtseinheiten nicht an einen bestimmten Ort gebunden, sondern nur an die Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft, der sie angehören. In der Regel ist diese Gemeinschaft ein ‚Nationalstaat‘, der einen nationalen Wirtschafts- und Rechtsraum konstituiert und eine einheitliche Währung hat.

Die deshalb auch „nationalen“ VGR – National Accounts – sind das Abbild derartiger polit-ökonomischer Gebilde. Sie haben sich mit Hilfe des Residenzkriteriums und dessen zielorientierter Interpretation von Grenzfällen und abweichenden Gegebenheiten am Rande eine Modellwelt geschaffen, in der es definitionsgemäß außer den internationalen Einheiten von Organisationen (UNO, EU usw.) keine multinationalen institutionellen Einheiten gibt. Grundlegend geschieht dies dadurch, dass von Unternehmensverbindungen (Konzernen) abgesehen wird und die einzelnen nationalen rechtlichen Einheiten der Darstellung zugrunde gelegt werden. Rechtlich unselbstständige Betriebsstätten von ausländischen Unternehmen werden als Quasi-Unternehmen behandelt. Es rechnen auch alle Immobilien auf dem Territorium des nationalen Wirtschaftsgebietes zu dessen Anlagevermögen, und alle Tätigkeit für Bauinvestitionen, die länger als ein halbes Jahr dauert, gilt als Inlandsproduktion des Baustellenlandes, damit es nicht zu (schwer vermittelbaren) Ex- oder Importen von Gütern kommt, deren Hauptcharakteristikum nachgerade ihre Immobilität ist.

Das weltweite VGR-Konzept der Vereinten Nationen System of National Accounts (SNA) und das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) der Europäischen Union zielen daher darauf ab, für institutionelle Einheiten das Inlandskonzept durchzusetzen auch dann, wenn rechtliche Einheiten nicht nationalstaatlich abgegrenzt sind, indem soweit möglich nationale Quasi-Einheiten konstruiert werden. Auch dadurch sind bislang die Unschärfen im statistischen Nachweis – für die entwickelten Industriestaaten mit den o.g. politisch-rechtlichen nationalen Institutionalisierungen – eher marginal geblieben und beziehen sich ‚nur‘ auf die institutionellen Einheiten. Für Betriebe (establishments) und damit für die Aufkommens- und Verwendungsrechnung bedarf es solcher Kunstgriffe der räumlichen Abgrenzung und Zuordnung nicht, denn sie sind ex definitione stets auf nur eine örtliche Adresse festgelegt.

Die nationalstaatlichen rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen hatten auch dazu geführt, dass örtliche Einheiten oder Betriebe – auch solche von überregional tätigen rechtlichen Einheiten – eher kompakte wirtschaftliche Einheiten bildeten, Niederlassungen mit eigener gewerbe-, arbeits- und sozialrechtlicher Gestalt, statistisch erkennbar mittels eindeutig identifizierbarer Merkmale und erhebbarer Daten. Allerdings beschränkt sich der Kranz der Merkmale für Betriebe auf diejenigen, die die örtliche Produktion ausmachen. Merkmale, die nur auf der Unternehmensebene erhebbar sind (wie etwa die Zahlungen von Umsatz- oder von Körperschaftsteuer), können logischerweise bei den Betrieben nicht abgefragt werden.

Strukturwandel und Binnenmarkt

In den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg mit der nach und nach verstärkten internationalen wirtschaftlichen Verflechtung und rechtlich-politischen Integration bis hin zur gegenwärtigen ‚Globalisierung‘ haben sich die rechtlichen und infrastrukturellen Bedingungen sowohl im Innern der Nationalstaaten als auch im Hinblick auf die äußeren Grenzen teils schrittweise, teils radikal geändert; noch weiter reichende Strukturveränderungen werden seit einiger Zeit durch das europäische Binnenmarktprojekt vorangetrieben bzw. neu in Gang gesetzt. Das hat bereits jetzt – und noch mehr in den nächsten Jahren – Folgen für die Unternehmensstatistiken und die VGR, und zwar in Bezug auf die statistischen Einheiten und die Erfassbarkeit wirtschaftlicher Transaktionen.

Rechtliche Aufspaltung wirtschaftlicher Einheiten

Aus einer Reihe von Gründen hat sich seit den siebziger Jahren die Tendenz der Unternehmenskonzentration im Sinne der Bildung immer größerer Unternehmensverbindungen zwar fortgesetzt, aber die Entwicklung in Bezug auf die einzelnen rechtlichen Einheiten umgekehrt. Sukzessive wurden aus großen Unternehmen Neben- und Hilfstätigkeiten ausgegliedert, später sind ganze Unternehmen in eine Anzahl rechtlicher Einheiten zerlegt, also von einem Einheitsunternehmen in Konzerne bzw. Gruppen verbundener Unternehmen umgewandelt worden,

deren Zusammensetzung sich ständig verändert. Einesteils haben sich die Tendenzen der arbeitsteiligen Ausdifferenzierung vormals eng verbundener wirtschaftlicher Tätigkeiten fortgesetzt. Andererseits wurden wirtschaftlich im Kern unveränderte Einheiten aus rein rechtlichen Gründen (Konkursrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Steuerrecht) in zwei oder mehr rechtliche Einheiten aufgeteilt. Es kann hier nur darauf hingewiesen werden, dass diese Entwicklungen nur möglich wurden durch die bekannte Revolutionierung der Kommunikationstechnologien und Logistik und durch politisch gewollte Veränderungen im Unternehmens- und Steuerrecht bzw. veränderte Interpretationen derselben, teilweise auch im Zusammenhang mit internationalen Harmonisierungen.

Zum immer akzeptierten Subunternehmertum im Baugewerbe und den schon fast traditionellen GmbH & Co. KG sind hinzugekommen: Leiharbeit, Betriebsverpachtung, Betriebsaufspaltung bzw. Doppelgesellschaft (Produktion versus Vertrieb oder Besitz versus Betrieb), Outsourcing von Gebäudereinigung und vielen anderen internen Hilfstätigkeiten zu externen Dienstleistungen für Unternehmen, auch in Gestalt von Fremdfirmen im Unternehmen, Scheinselbstständigkeit in verschiedenen Formen u.v.a.m. Betriebsaufspaltung, Business Reengineering, Lean Production und Konzentration auf das Kerngeschäft waren weitere Modeworte in diesem Zusammenhang. Anlass für diese Umstrukturierungen waren teils technische Rationalisierungen und realwirtschaftlich-organisatorische Verbesserungen, mehr aber finanziell-wirtschaftliche Motive: Umgehen der Mitbestimmung, Tariffucht (hohe Metall-Tarife), Steuervermeidung u.ä.m. Es gab immer und es gibt zunehmend steuerliche Vermeidungseffekte und statistische Probleme durch Gewinnverschiebungen in Staaten mit niedrigen Steuern wie z.B. Irland mittels Verlagerung immaterieller Vermögen und kreativer Verrechnungspreise zwischen den Kapitalgesellschaften.

Mit Blick auf die Ergebnisse der Unternehmensstatistiken leidet zwar die Kontinuität von Zeitreihen unter den rechtlichen Aufspaltungen. Aber es gibt auch sehr positive statistische Effekte, wenn große Unternehmen mit vielen Nebentätigkeiten rechtlich und infolgedessen auch statistisch zerlegt werden. Denn die kleineren neuen rechtlichen Einheiten werden dadurch in fachlicher und oft auch örtlicher Hinsicht homogener, und dadurch wird die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit adäquater abgebildet.

Das gilt aber nur, solange im Ergebnis der Ausgliederungen und Umstrukturierungen rechtliche Einheiten verbleiben, die als tätige wirtschaftliche Einheiten mit ihren Produkten an Märkten agieren. Die Aufspaltung rechtlicher Einheiten hat aber seit den achtziger bzw. den neunziger Jahren immer häufiger dazu geführt, dass auch wirtschaftliche Einheiten im engeren Sinne durch die rechtliche Verselbstständigung von Hilfstätigkeiten und Produktionsfaktoren zerlegt wurden. Auf diese Entwicklungen haben bereits das SNA 1993 und ebenso das ESGV 1995 reagiert, indem die institutionelle Einheit für Marktproduzenten (das „statistische“ Unternehmen) umfassender definiert wurde: ausgegliederte Gesellschaften, die

zum marktbezogenen Funktionsbündel gehören, werden (zumindest) in der methodischen Sollvorstellung statistisch reintegriert (Voy 2007 und 2008).

Die rechtliche Verselbstständigung einzelner Teile des unternehmerischen Tätigkeitsbündels hat an den nationalen Grenzen nicht Halt gemacht; Teile wirtschaftlicher Tätigkeitsbündel werden aus steuerlichen u.ä. Gründen auch auf mehrere Staaten verteilt.

Die größere Durchlässigkeit der Grenzen im europäischen Binnenmarkt (der als Projekt erst schrittweise entwickelt wird) fügt gegenwärtig noch ein anderes Phänomen hinzu, nämlich die grenzüberschreitende Ausweitung der Tätigkeitsefelder bislang nur national tätiger rechtlicher Einheiten. Und zwar nicht nur im Hinblick auf Warenexport und zeitlich begrenzte Montage und Reparaturtätigkeiten, sondern durch lokale Produktion.

Auflösung nationaler Grenzen im europäischen Binnenmarkt

Die Unternehmenslandschaft wird nicht nur durch die rechtliche Aufspaltung vormals kompakter wirtschaftlicher Einheiten verändert, sondern auch durch die Herstellung des europäischen Binnenmarktes, dessen erklärtes Ziel es ist, die nationalen Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten so durchlässig zu machen, dass die Gemeinschaft einem nationalen Binnenmarkt entspricht.

„Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags gewährleistet ist.“ (EG-Vertrag Art. 14 (2))

Staatsgrenzen waren früher und sind auch jetzt nicht trennscharf für wirtschaftliche Einheiten: Neben den Konzernen, die in mehreren Staaten in Gestalt rechtlicher Einheiten tätig sind, gab es immer unselbstständige Betriebsstätten von ausländischen Unternehmen hierzulande und umgekehrt solche von hiesigen Unternehmen im Ausland. Dadurch kamen Probleme und Unschärfen in die Statistiken, aber es handelte sich eher um Randerscheinungen, weil die nationalen Gesetze dahin gewirkt haben, für relevante wirtschaftliche Tätigkeiten jeweils nationale Rechtseinheiten zu gründen.

Die im nationalstaatlichen Rahmen wirtschaftlich tätigen rechtlichen Einheiten sind gegenwärtig noch weitgehend intakt. Auch wenn durch Holdingkonstruktionen und die Auslagerung von Teiltätigkeiten in Staaten mit niedrigen Steuern die nationalen Grenzen faktisch unterlaufen werden, mussten doch nationale Rechtseinheiten gebildet werden – und waren für die gewünschten Wirkungen meist auch erforderlich. Zwar verzerren diese konstruierten Rechtseinheiten die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und damit insbesondere die regionale Zuordnung der erbrachten Wertschöpfung, aber solange sie von Gerichten und Finanzbehörden akzeptiert werden, sind sie für die Wirtschaftsstatistik schlicht gegeben – zumal dadurch ja eigene Realitäten geschaffen werden, die auf der rechtlich-institutionellen Ebene darzustellen sind. Den Gesamtrechnern bleibt allenfalls die Möglichkeit, im Rahmen der internationalen Vereinbarungen (System of Natio-

nal Accounts) methodische Zu- und Abrechnungen vorzunehmen, wie sie es etwa bei der regionalen Zuordnung von Bauleistungen oder imputierten Bankdienstleistungen bereits praktizieren. Solche Sonderwege sind allerdings schwer zu gestalten und noch schwerer den Nutzern zu vermitteln.

Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit

Mit der politischen und rechtlichen Herstellung des Binnenmarktes kommt ein weiteres Phänomen hinzu. In der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA 1986) wurden die vier Grundfreiheiten des Verkehrs im Binnenmarkt (siehe obiges Zitat) proklamiert. Ziel des Binnenmarkt-Projektes ist, diese Grundfreiheiten herzustellen, ohne jedoch zugleich anstelle der nationalstaatlichen Regelungen und Institutionen gemeinschaftsweit Einheitliches zu schaffen, sondern die wechselseitige Anerkennung der nationalen Regeln zu einem neuen Prinzip zu erheben. Dieser Paradigmenwechsel ist in den achtziger Jahren durchgesetzt worden. Er bedeutet in wirtschaftlicher und steuerlicher Hinsicht den Übergang vom Bestimmungs- zum Herkunftslandprinzip. Es kann nicht auf den außerordentlich komplexen Prozess der politisch-rechtlichen Institutionalisierung der Binnenmarktfreiheiten eingegangen werden. Wichtig ist hier vor allem, dass dieser Prozess existiert und dass damit gerechnet werden muss, dass in den nächsten Jahren ein wie auch immer im Einzelnen aussehender europäischer Binnenmarkt rechtlich gestaltet wird, der für wirtschaftliche Einheiten, also natürliche und – für die Statistik besonders wichtig – juristische Personen binnenmarktweite wirtschaftliche Aktivitäten zulässt.

Rechtliche Einheiten waren bis vor kurzem strikt national begrenzt. Das gilt jetzt nicht mehr bzw. immer weniger, weil durch eine Reihe von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zur Niederlassungsfreiheit aus den obigen Grundfreiheiten abgeleitet wurde, dass die spezifischen nationalen rechtlichen Einheiten nicht nur bei unveränderter rechtlicher Identität ihren Sitzort verlegen, sondern auch gemeinschaftsweit wirtschaftlich tätig sein können. Darauf hat auch die Politik reagiert, und zwar mit dem „Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft (SEEG)“ vom 22. Dezember 2004 (BGBl. 2004 Teil I Nr. 73, S. 3675-3701). Das Gesetz ermöglicht die Gründung rechtlicher Einheiten, die von einem Hauptsitz aus binnenmarktweit tätig sind, indem sie rechtlich unselbstständige Betriebsstätten in mehreren Mitgliedstaaten unterhalten.

Es ist nicht absehbar, welche Akzeptanz und Verbreitung diese Europäische Gesellschaftsform letztlich finden wird. Mittlerweile sind zwar hierzulande etliche dieser Gesellschaften gegründet worden. Es gibt allerdings Hinweise darauf, dass die auch und gerade international vermittelte rechtliche Aufsplittung für Unternehmen so viele Vorteile hat (s.o.), dass sie zumindest eine starke Tendenz bleiben wird – und die Rechtsform der Europäischen Gesellschaften vielfach nicht an die Stelle der nationalen Rechtsformen treten, sondern durch Einbau in die komplexen Konzerngebilde deren Vielfalt noch vergrößern wird. Nicht bekannt ist bislang, ob überhaupt Europäische Gesellschaften gegründet wurden, die unselbststän-

die Betriebe in zwei oder mehr Staaten unterhalten. Welche Daten die nationalen Statistiken von diesen Betrieben erhalten könnten, ist ein noch kaum erkanntes Problem – das sich aber nicht für die primär auf gemeinschaftsweite Daten ausgerichtete EU stellt, sondern für die Mitgliedstaaten (s. u.).

Folgen für die VGR

Der gegenwärtige Strukturwandel in den Unternehmensbereichen war und ist in vielen Fällen mit einer rechtlichen Aufsplitterung wirtschaftlicher Einheiten verbunden. Die rechtliche Zerlegung ehemals kompakter Tätigkeitsbündel bleibt überwiegend im nationalen Rahmen, findet aber immer mehr auch darüber hinaus im europäischen Binnenmarkt statt. Die politisch gewollte und rechtlich durchgesetzte Aufhebung der nationalstaatlichen Begrenzung der wirtschaftlichen Tätigkeiten der einzelnen rechtlichen Einheiten ist ein wesentliches Element der Herstellung des europäischen Binnenmarktes. Dieser ermöglicht umgekehrt einen erweiterten Tätigkeitsbereich rechtlicher Einheiten: Sie können in den Mitgliedstaaten direkt agieren, ohne jeweils nationale Rechtseinheiten bilden zu müssen.

Diese Entwicklungen werden in den nächsten Jahren und mittelfristig gravierende Folgen für die Unternehmensstatistiken und die VGR haben, denn den rechtlich-institutionellen Einheiten kommt in den internationalen VGR-Systemen eine zentrale Stellung zu, in den deutschen VGR eine Art Monopolstellung (Unternehmen als Zentralbegriff).

Die Konsequenzen der o.g. Entwicklungen sind durchaus verschieden für die Teilkomplexe der VGR, für die in den internationalen Systemen auch verschiedene Arten von statistischen Einheiten zugrunde gelegt werden: die institutionelle Einheit und der Betrieb (establishment).

Rechtliche Zerlegungen

Rechtliche Zerlegungen sind für institutionelle Einheiten als solche nur ein kleines Problem, da für deren statistischen Nachweis in den VGR die Beziehungen zu anderen rechtlichen Einheiten im Zentrum stehen, nachgewiesen im Kontensystem für die Sektoren.

Für die institutionellen Einheiten als Produktionseinheiten ist die Aufspaltung in statistischer Hinsicht positiv dann, wenn Nebentätigkeiten ausgegliedert werden. Wenn es sich um Hilfstätigkeiten oder Produktionsfaktoren handelt, ist die Aussagekraft beeinträchtigt – das ist der oben genannte Fall des statistischen Unternehmens.

Rechtliche Erweiterungen (Grenzüberschreitungen)

Dass eine rechtliche Einheit in zwei oder mehr Mitgliedstaaten der EU – also im Binnenmarkt – direkt wirtschaftlich tätig ist, also dort neben dem Hauptsitz unselbstständige Betriebsstätten unterhält, gibt es bereits seit langem, allerdings als Phänomen am Rand. Konzeptionell kann diese Entwicklung – auch wenn stark ausgeweitet – SNA-konform durch die Konstruktion von Quasi-Kapitalgesellschaften aufgefangen werden. Praktisch erscheint es allerdings schwer vorstellbar, von den Unternehmen vollständig national zugeordnete Angaben für alle ihre Tätigkeiten

zu erhalten, wie sie jetzt in ihren nationalen Rechnungsergebnissen vorliegen. Wenn eine relevante Zahl rechtlicher Einheiten binnenmarktweit tätig ist, können vollständige Kontensysteme für die Mitgliedstaaten nicht mehr aufgestellt werden. Daraus ergibt sich eine grundlegende Infragestellung der VGR als Darstellung nationaler Wirtschaftskreisläufe.

Anders ist es mit Produktionskonten; das ist aber bereits die Ebene der Betriebe. Für Betriebe ändert sich in konzeptioneller Hinsicht wenig; denn den Fall von Mehrbetriebsunternehmen gibt es bereits im nationalen Rahmen. Im Hinblick auf die praktische Datenerhebung sieht das aber anders aus. Es kann hier nicht auf die konzeptionelle Rolle und Stellung eingegangen werden, die den Betrieben (establishments) in dem internationalen VGR-System zugewiesen wird (Voy 2007). Aber auch wenn wie hierzulande das Unternehmen nicht nur dem Kontensystem, sondern ebenfalls der Entstehungs- und Verwendungsrechnung zugrunde gelegt wird, reicht die Erhebung von Daten bei Unternehmen nicht mehr nur für die regionalen VGR, wie bisher, sondern auch für die nationalen VGR nicht aus, weil die rechtlichen Einheiten nicht mehr national abgegrenzt sind. Es sind dann Daten für örtliche Einheiten bzw. Betriebe erforderlich, um nationale Statistiken und Gesamtrechnungen aufstellen zu können. Die Ermittlung von Daten für Betriebe oder regionale Unternehmensteile auf dem Weg der Aufteilung von Unternehmensergebnissen mag für ein strukturell einigermaßen homogenes Land wie Deutschland noch vertretbar sein, ist es aber nicht für die EU.

Schlussfolgerungen

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Mitgliedstaaten und deren regionale Körperschaften (besonders Bundesländer) die Frage, ob für ihre bleibenden wirtschafts-, sozial- und regional-politischen Zwecke eine derartige sich auflösende Datenlage hingenommen werden kann.

Von der europäischen Ebene ist hier keine Abhilfe zu erwarten, denn die aufgeworfenen Fragen statistischer Konzepte und praktischer Erfassbarkeit stellen sich zwar für den Binnenmarkt insgesamt, müssen für diesen aber nicht beantwortet werden. Denn die EU-Statistik wird immer mehr auf Daten für die gesamte Gemeinschaft bzw. für den Binnenmarkt ausgerichtet. Nationalstaatliche oder regionale Daten sind für Konjunktur- und Geldpolitik auf Gemeinschaftsebene nicht zwingend erforderlich. Regionalisierte Daten für Zwecke der EU-Regionalförderung sind für diese zwar wichtig, ihre Bereitstellung bleibt aber nach dem Subsidiaritätsprinzip den Mitgliedstaaten überlassen.

Daten aus administrativen Dateien und aus der Finanzbuchhaltung

Die zu ergreifenden nationalen Maßnahmen können sich nicht vorrangig auf vorhandene administrative Daten beziehen, da diese nur wenige Merkmale (Umsatz und Beschäftigte) umfassen und auch durch die Weiterentwicklung des Binnenmarktpjekts verändert – nämlich reduziert – werden. Registerdaten können nur die gegebenen Verhältnisse, also die rechtlich und steuerlich akzeptierten Gegebenheiten

widerspiegeln. Das gilt auch für direkt aus den Finanzbuchhaltungen der Unternehmen übermittelte Daten.

Besonders kritisch sind die Umsatzsteuerdaten, wenn das Mehrwertsteuersystem auf das Herkunftslandprinzip umgestellt wird bzw. auch das als Ersatz diskutierte reverse charge Verfahren. Die Umstellung ist im Prinzip beschlossen und wird nur immer wieder verschoben, weil die Folgen gravierend und nicht genau abschätzbar sind.

Wer daher im EU-Binnenmarkt auf Dauer einigermaßen tragfähige Ergebnisse auch nur für Nationalstaaten haben will, muss überlegen, ob und wie diese bei Betrieben oder Unternehmensteilen bezogen auf Gemeinden oder andere regionale Gebietseinheiten direkt erhoben werden können. Die Erhebung von regionalen bzw. betrieblichen Daten ist in der notwendigen Qualität und auf Dauer, vor allem aber gerichtlich durchsetzbar nur möglich, wenn die Unternehmen durch einen rechtlich-organisatorischen Rahmen nicht nur dazu gezwungen, sondern auch motiviert werden, diese Daten in ihren Geschäftsprozessen, also in Buchführungssystemen, zu erzeugen.

Das kann nicht durch Statistikgesetze allein gelingen, sondern nur durch rechtliche und steuerliche Regelungen, die sich auf die lokal oder regional tätigen Einheiten beziehen. Diese müssen nicht neu erfunden werden, sondern es gibt sie bereits in Gestalt der Gewerbesteuer. Sie ist allerdings politisch umstritten und auch in ihrer jetzigen konkreten Gestalt nicht exakt örtlich bezogen. Die Unternehmen fordern ihre Abschaffung und stattdessen einen kommunalen Zuschlag zur Einkommensteuer, die Gemeinden fordern ihren Ausbau zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer bzw. -abgabe. Nur auf dem letzteren Weg ist es möglich, auf Dauer regionale Daten von den Unternehmen im Binnenmarkt zu erhalten. Und nur auf diesem Weg ist es möglich, eine Besteuerung der Wertschöpfung an dem tatsächlichen Ort der Produktion durchzusetzen, wie es seit einiger Zeit selbst von denen gefordert wird, die wie die OECD die vorherigen ‚Liberalisierungen‘ mit durchgesetzt haben.

Autor: Klaus Voy

Literatur

- Voy, K. 2007: Unternehmen und Betrieb als gesamtwirtschaftliche Einheitenbegriffe. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland nach 1945, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 5+6/07, S. 56-80.
- Voy, K. 2008: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und Reform der Unternehmensstatistiken durch die EU-Verordnungen der neunziger Jahre. Unternehmen und Betrieb: vom Konzept zur praktischen Darstellung, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 4/08, S. 22-32.

Kleinräumige Haushaltsstrukturdaten für Berlin

Vorbemerkung

Angaben zur Größe privater Haushalte und deren Zusammensetzung sind für städtische Fachplanungen, die Wohnungswirtschaft, den Einzelhandel und die Stadtforschung von großem Interesse. Um diese Nachfrage bedienen zu können, wurde im KOSIS-Ver-

Durch das KOSIS-Verfahren zur Haushaltgenerierung kann das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sein kleinräumiges Datenangebot für Berlin um einen thematisch wichtigen Bereich erweitern. Tabellarische Auswertungen der Daten werden im Internet veröffentlicht und in den fachlich abgestimmten Datenpool der Berliner Verwaltung eingestellt.

bund deutscher Städte ein Verfahren entwickelt, das aus den Einwohnermelderegisterdaten Wohnhaushalte ableitet. Durch dieses sogenannte Haushaltgenerierungsverfahren stehen kleinräumige Daten zur Haushaltsstruktur in einem jährlichen Turnus zur Verfügung.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat die Datenstrukturen des anonymisierten Statistikabzuges aus dem Einwohnermelderegister nach Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen auf ein vom Deutschen Städtetag abgestimmtes erweitertes Datenformat umstellen können. Durch diese Umstellung und ein Programm, das vom KOSIS-Verband entwickelt und betreut wird, besteht nunmehr die Möglichkeit, jährlich eine statistische Haushaltgenerierung für Berlin durchzuführen.

Die erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens war nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und dem Landesamt für Ordnungsangelegenheiten. Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit war von Anbeginn einbezogen und hat wichtige Hinweise gegeben, um den Datenschutz für der Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten. Unser Dank gilt nicht zuletzt dem KOSIS-Verband für die geleistete Unterstützung.

Im folgenden Beitrag sollen das Verfahren erläutert und erste Ergebnisse vorgestellt werden.

Was ist unter einem „Haushalt“ zu verstehen?

Unter Haushalten werden in einer Primärstatistik wie dem Mikrozensus Personengemeinschaften verstanden, die zusammen wohnen und wirtschaften. Unterschieden wird zwischen Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften. Unter einem Privathaushalt wird im Mikrozensus eine Personengemeinschaft verstanden, die eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet, also zusammenwohnt und

gemeinsam wirtschaftet. Eine allein wohnende Person wird dabei als Einpersonenhaushalt aufgefasst.

Aus den Daten des Einwohnerregisters kann die Definition des Privathaushaltes, wie ihn der Mikrozensus verwendet, nur teilweise nachgebildet werden, da insbesondere die Hinweise auf die Erfüllung des Kriteriums „gemeinsames Wirtschaften“ nicht aus den vorhandenen Registerdaten der Personen ableitbar sind. Auf das Fehlen einer eigenen Haushaltsführung kann allerdings für den Fall stationärer Pflegeeinrichtungen oder von Justizvollzugsanstalten geschlossen werden.

Das Haushaltgenerierungsverfahren konzentriert sich auf das Kriterium des „gemeinsamen Wohnens“. Auch diese Information kann nicht auf einfachem Weg aus dem Einwohnerregisterabzug entnommen werden, da das Register keine Informationen zur Wohnung der/des Gemeldeten enthält. Nur einige wenige, aber gut belastbare Merkmale im Register geben direkte Verweise auf ein gemeinsames Wohnen und damit die Haushaltszugehörigkeit. Weitere mögliche Haushaltsmitglieder, zu denen es keine direkten Verknüpfungen im Register gibt, können nur durch Indizien detektiert und dem Haushalt zugeordnet werden.

Das Ergebnis des Haushaltgenerierungsverfahrens sind private Wohnhaushalte.

Wer gehört zur Grundgesamtheit?

Die Grundgesamtheit der Einwohnerregisterstatistik orientiert sich am Melderechtsrahmengesetz (MRRG). Danach wird eine Person Einwohner/-in einer Gemeinde durch ständigen Wohnsitz bzw. durch die Wohnberechtigung. Unterschieden wird zwischen Haupt- und Nebenwohnung. Zusammen bilden sie die wohnberechtigte Bevölkerung. Hiervon ausgenommen sind die Mitglieder und gemeinsam mit ihnen lebenden Familienangehörigen ausländischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen.

Die wohnberechtigte Bevölkerung wird weiter nach Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften unterteilt. Die Teilmenge der Gesamtpopulation, die in Privathaushalten lebt, wird als „Bevölkerung in Privathaushalten“ bzw. „Einwohner in Privathaushalten“ bezeichnet, sie ist die wichtigste Teilpopulation und sie ist die Zielpopulation der haushaltsbezogenen Auswertungen.

Gemeinschaftsunterkünfte können nur adressweise ausgeschlossen werden. Bei der Teilnutzung eines Gebäudes ist keine Auftrennung möglich. Durch die starke Ausdifferenzierung der Betreuungsfor-

men für Kranke, Behinderte und weitere Gruppen ergeben sich für ein registergestütztes Verfahren Identifizierungsprobleme, die nur vermindert, aber nicht vollständig gelöst werden können. Insbesondere bei kleinräumigen Aufbereitungen können nicht identifizierte und ausgeschlossene Gemeinschaftsunterkünfte zu Verzerrungen führen (siehe Definitionen).

Wie arbeitet die Haushaltegenerierung?

Das Verfahren wird als Haushaltegenerierung bezeichnet. Bei der Generierung wird aus vorhandenen Angaben im Einwohnerregister ein statistischer (Wohn-) Haushalt gebildet. Den Melderegisterdaten kann die Zugehörigkeit zu einem Haushalt nicht für alle (potenziellen) Mitglieder direkt und sicher entnommen werden. Bei der Generierung werden verschiedene Indizien systematisch ausgewertet. Eingesetzt wird hierfür das Programm HHGEN, das im KOSIS-Verbund entwickelt und gepflegt wird. Der Prozess der Haushaltegenerierung verläuft in mehreren Verfahrensstufen. Die nebenstehende Übersicht zeigt, welche Informationen in die Generierung eingehen.

Datenschutz und statistische Geheimhaltung

Die Haushaltegenerierung ist eine genuin statistische Aufgabe und wird daher im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg durchgeführt. Zur Gewährleistung des Datenschutzes werden die Einwohnerregisterdaten vom Landesamt für Bürgerdienste vorverarbeitet und in anonymisierter Form auf der Grundlage einer Rechtsverordnung an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg übermittelt, das die Haushaltegenerierung durchführt. Die statistische Geheimhaltung wird zurzeit noch auf Tabellenebene realisiert, soll aber mittelfristig auf das Verfahren SAFE umgestellt werden.

Grenzen des Verfahrens

Das Haushaltegenerierungsverfahren arbeitet mit direkten Verweisen und Indizien, die für eine Zuordnung zu einem Haushalt ausgewertet werden. Einige Beziehungskonstellationen sind be-

Definitionen

Wohnberechtigte Bevölkerung	Die wohnberechtigte Bevölkerung ist die Gesamtzahl aller entweder mit Haupt- und/oder Nebenwohnung in Berlin gemeldeten Einwohner (unter Ausschluss von Mehrfachzählungen). Die wohnberechtigte Bevölkerung bildet die personenbezogene Grundgesamtheit.
Wohnhaushalt	Der Wohnhaushalt umfasst gemeinsam wohnende Personen an einer Adresse. Er wird aufgrund direkter Verweise (Ehe, eingetragene Lebenspartnerschaft, Eltern/Nachkommen) und weiterer Indizien im Haushaltegenerierungsverfahren aus Melderegisterdaten gebildet. Basis ist die wohnberechtigte Bevölkerung.
Privater Wohnhaushalt/ Privathaushalt	Private Haushalte sind Wohnhaushalte mit eigener Haushaltsführung. Personen in Gemeinschaftsunterkünften werden ausgeschlossen. Ausgeschlossen werden: Kinderwohnheime, stationäre Pflegeheime, Strafvollzugseinrichtungen. Nicht ausgeschlossen werden: Ausländerwohnheime, Studentenwohnheime, Schwesternwohnheime, Seniorenwohnanlagen.
Kernhaushalt	Wird gebildet durch alle Personen, die an der gleichen Adresse gemeldet sind und im Melderegister durch Ehe, eingetragene Lebenspartnerschaft, Eltern(teil)/Nachkommen- bzw. gesetzliche Vertreter-Eigenschaft verknüpft sind. Sie sind die Basis für die Generierung der Wohnhaushalte.
Kinder	Ledige, kinderlose unter 18-jährige Personen im Haushalt (Minderjährige).
Bezugsperson	Die Bezugsperson ist im Mikrozensus der/die Haupteinkommensbezieher/in. Bei der Einwohnerregisterauswertung ist es der älteste Mann und, wenn kein volljähriges männliches Mitglied zum Haushalt gehört, die älteste Frau.

Information aus dem Register	Funktion	Inhalt
• gleiche Wohnadresse	Abgrenzung der Einwohner, die einem Haushalt zugeordnet werden.	Einbezogen werden alle Einwohner (Haupt-, Nebenwohnung) an einer Adresse, die Haushalten zugeordnet werden können. Ausgeschlossen werden Gemeinschaftsunterkünfte.
• Lohnsteuerrechtliche Verweise	direkte Verknüpfung	Zwischen Verheirateten/bei eingetragener Lebenspartnerschaft; Verknüpfungen bestehen auch zwischen Eltern(teil) als gesetzlichem/r Vertreter/in und Kind(ern).
• Eltern/Kind-Beziehung (gesetzliche/r Vertreter/in)	direkte Verknüpfung	Bei unter 18-Jährigen zu dem/den gesetzlichen Vertreter(n); Verknüpfungstiefe: zwei Generationen.
• Namens-übereinstimmung (Familie-, Geburts-, frühere Namen)	Indiz	Indiz für Paar-, Familienbeziehung; aus Gründen des Datenschutzes wird ein Namensgleichheitsschlüssel und kein Klarname verwendet.
• gleiches Anmelde-datum an der Adresse	Indiz	Gleiches Einzugsdatum (± 14 Tage) ist Indiz für Paar-, Familienbeziehung.
• gleiche frühere Adresse	Indiz	Gleiche Zuzugsherkunft ist Indiz für Paar-, Familienbeziehung.
• Familienstand	Konstellation	Konstellation im Personenverband Haushalt und demographisches Merkmal
• Geschlecht	Konstellation	Konstellation im Personenverband Haushalt und demographisches Merkmal
• Alter	Konstellation	Altersabstand für Konstellation im Personenverband Haushalt und als demographisches Merkmal

Fehler	Inhalt
„Karteileichen“	Nicht abgemeldete (verzogen, verstorben) Einwohner/innen mit Haupt- oder Nebenwohnsitz, darunter insbesondere Fortzüge in das Ausland ohne Abmeldung, sind die größten Fehlerquellen.
fehlende Anmeldungen (Fehlbestände)	Bei Zuzug unterlassene Anmeldung
fehlerhafte Schreibweisen	Fehlerhaft geschriebene Nachnamen verhindern die Zuordnung bei der Haushaltgenerierung.
Bearbeitungsrückstände	Der Datenabzug bezieht sich auf einen Stichtag. Die An/Abmeldung wird in der Regel nicht am Tag des Einzugs/Umzugs erfolgen; die Bearbeitung durch die Verwaltung nimmt ebenfalls Zeit in Anspruch. Dadurch kann es zu unvollständigen bzw. fehlenden Angaben im stichtagsbezogenen Abzug kommen.

Tab. 1 Vergleich der Privathaushalte für Berlin 2011 und 2012 nach Datenquellen

Haushalte mit ... Personen	Mikro-zensus		Einwohner-register		Differenz	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%-Punkte
2011						
1	1 078,8	54,1	1 092,6	54,6	13,8	0,5
2	581,2	29,1	547,5	27,4	-33,7	-1,7
3	179,3	9,0	195,1	9,8	15,8	0,8
4 und mehr..	156,2	7,8	164,5	8,2	8,3	0,4
Insgesamt	1 995,4	100	1 999,8	100	x	x
2012						
1	1 102,7	54,3	1 100,1	54,6	-2,6	0,3
2	588,0	29,0	539,5	26,8	-48,5	-2,2
3	186,4	9,2	205,7	10,2	19,3	1,0
4 und mehr..	153,3	7,6	168,7	8,4	15,4	0,8
Insgesamt	2 030,5	100	2 014,0	100	x	x

Tab. 2 Anzahl der Privathaushalte und der wohnberechtigten Einwohner nach Haushaltsgröße in Berlin 2011 und 2012

Haushalte mit ... Personen	2011		2012	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Privathaushalte				
1	1 092 635	54,6	1 100 102	54,6
2	547 461	27,4	539 453	26,8
3	195 143	9,8	205 742	10,2
4	112 152	5,6	115 480	5,7
5 und mehr..	52 374	2,6	53 231	2,6
Insgesamt	1 999 765	100	2 014 008	100
Einwohner				
1	1 092 635	31,1	1 100 102	31,0
2	1 094 922	31,2	1 078 906	30,4
3	585 499	16,7	617 226	17,4
4	448 608	12,8	461 920	13,0
5 und mehr..	287 076	8,2	288 883	8,1
Insgesamt	3 508 670	100	3 547 037	100

sonders schwer aus den vorhandenen Registerdaten abzuleiten. Dazu gehören später hinzuziehende nicht eheliche Partner, die durch das Verfahren nicht detektiert werden. Ebenso wie gleichgeschlechtliche Partnerschaften, soweit sie nicht als eingetragene Lebenspartnerschaften standesamtlich registriert sind. Eine nicht eheliche Lebensgemeinschaft wird folglich nur dann vom Verfahren erkannt, wenn Indizien für eine Zusammengehörigkeit vorhanden sind, so eine gemeinsame frühere Anschrift oder ein gleiches Einzugsdatum.

Die Struktur von Wohngemeinschaften mit möglicherweise häufig wechselnden Bewohnern entzieht sich der Indizienlogik des Verfahrens.

In der Folge kann es zu einer Überschätzung der Alleinlebenden-Haushalte kommen.

Neben den nicht ausreichenden Angaben zur Haushaltszugehörigkeit sind Registerfehler eine weitere Quelle für fehlerhafte Ergebnisse (siehe nebenstehende Übersicht).

Bei den Gruppen der mobilen ledigen Ausländer und Studenten/innen ist mit besonders hohen Abweichungen zu rechnen. Zu Fehlinterpretationen kann es insbesondere dann kommen, wenn die betroffenen Personengruppen räumlich konzentriert wohnen und kleinräumige Auswertungen vorgenommen werden. Hier sind besonders sorgfältige Prüfungen der Generierungsergebnisse erforderlich.

Gewinne des Verfahrens

Die Erweiterung der einwohnerbezogenen Merkmale um Haushaltsangaben ist ein großer Informationsgewinn, da damit auch zwischen den Zensen kleinräumige Daten zur Verfügung stehen, die Aussagen zur Haushaltstruktur zulassen. Die Vorteile sind:

- kleinräumige Ergebnisse,
- jährliche Aktualisierungen,
- kurzfristige Verfügbarkeit der Ergebnisse nach dem Stichtag (zwei Monate nach Stichtag),
- fortschreibungsfähig wegen gleicher Methodik,
- um weitere Auswertungsmerkmale erweiterbar (Migrationshintergrund, Wohndauer).

Die Ergebnisse eines Vergleichs der Haushaltgenerierung mit den Ergebnissen des Mikrozensus sind in Tabelle 1 zusammengestellt. Bei den Einpersonenhaushalten beträgt der Unterschied nur 0,5 Prozentpunkte, am größten ist die Differenz bei den Zweipersonenhaushalten mit 2,2 Prozentpunkten. Auf der gesamtstädtischen Ebene stimmen die Ergebnisse bei einer Häufigkeitsauszählung nach Haushaltsgröße sehr gut überein.

Der Unterschied zwischen

den beiden Datenquellen ist auch bei der durchschnittlichen Haushaltsgröße gering:

Jahr	Mikro-zensus	Einwohner-register
2011 ...	1,74	1,75
2012 ...	1,73	1,76

Haushalte nach Größe, Alter und Lebensform

Im folgenden Abschnitt sollen einige Auswertungsmöglichkeiten der Haushaltsstrukturdaten auf gesamtstädtischer Ebene gezeigt werden, bevor im anschließenden Abschnitt kleinräumige Ergebnisse vorgestellt werden sollen.

Ende Dezember 2012 lebten nach der Haushaltgenerierung 54,6% der Berlinerinnen und Berliner in

Abb. 1a Privathaushalte in Berlin am 31.12.2012 nach Haushaltsgröße

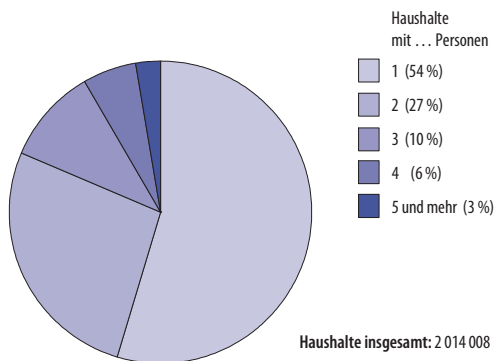
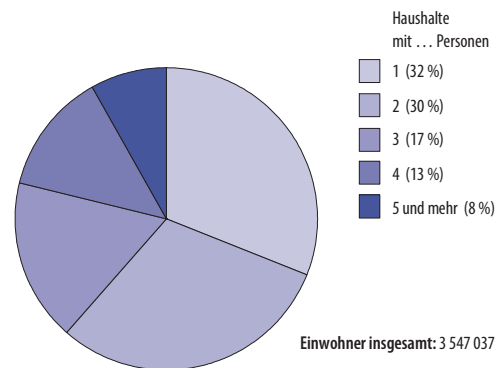


Abb. 1b Einwohner in Privathaushalten in Berlin am 31.12.2012 nach Haushaltsgröße



Einpersonenhaushalten (Tabelle 2, Abbildung 1). Der Haushaltstyp „Alleinlebende“ ist damit der häufigste; bezogen auf die wohnberechtigte Bevölkerung lebten 31,0% in ihm. An zweiter Stelle standen die Zweipersonenhaushalte mit 26,8% bezogen auf die Haushalte und 30,4% aller Einwohner. In den großen Haushalten mit 5 und mehr Personen lebten 8,1%.

Die Haushaltsgenerierung wurde erstmalig mit den Stichtagsdaten 2011 vorgenommen. Der zweite Generierungslauf wurde mit den Dezemberdaten 2012 gerechnet. Bei einer Neueinführung ist immer mit einer erhöhten Fehlertoleranz zu rechnen, da die Erfahrung und das spezifische Wissen fehlen. Die Gegenüberstellung der Ergebnisse 2011 und 2012 in Tabelle 2 zeigt, dass die Strukturen reproduziert werden. Die Stabilität wird als positiver Indikator für die Qualität der gelieferten Daten und für das eingesetzte Verfahren sowie dessen Anwendung genommen.

In die Untersuchung können weitere Merkmale einbezogen werden. Die Daten der Haushaltsgenerierung erlauben eine Auswertung unter haushaltstypologischen Gesichtspunkten. Für die Beschreibung der Beziehungsstruktur eines Privathaushaltes (Lebensform) werden zwei Kriterien angewandt, und zwar die Form der Partnerschaft und die Eltern-Nachkommen-Beziehung. Daraus abgeleitet ergeben sich vier grundsätzliche Lebensformen:

- Paare ohne ledige Kinder,
 - Paare mit ledigen Kindern,
 - Alleinerziehende,
 - Alleinlebende.
- Paare können sein:
- hetero- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften,
 - Ehepaare,
 - eingetragene Lebenspartnerschaften.

Als Familien werden Paare, Lebensgemeinschaften, Lebenspartnerschaften und Alleinerziehende bezeichnet, wenn mindestens ein lediges Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt.

Alleinlebende in Privathaushalten (54,6%, Tabelle 2) nach Alter und Geschlecht werden in den Abbildungen 2a und 2b dargestellt. Zwischen 25 und 59 Jahren ist die Zahl der alleinlebenden Männer größer als die der Frauen, danach übersteigt die Zahl der Frauen die der Männer. Die höhere Lebenserwartung der Frauen ist hierfür eine der Ursachen. Die beiden

Tab. 3 Privathaushalte in Berlin am 31. Dezember 2012 nach Haushaltstyp und Staatsangehörigkeit der Bezugsperson

Haushaltstyp	Ins- gesamt	Staatsangehörigkeit der Haushaltsmitglieder		
		deutsch	deutsch/ ausländisch	Ausländer
Einpersonenhaushalt ...	1 001 102	939 487	x	160 615
Paar-Haushalte				
ohne Kinder ¹	392 072	331 354	35 362	25 356
mit Kindern ²	222 473	148 714	48 526	25 233
Alleinerziehenden- Haushalt	105 553	85 062	3 236	17 255
Sonstige Mehr- personenhaushalte				
ohne Kinder	193 808	154 798	23 764	15 246
Insgesamt	2 014 008	1 659 415	110 888	243 705
Spalten-%				
Einpersonenhaushalt ...	54,6	56,6	x	65,9
Paar-Haushalte				
ohne Kinder ¹	19,5	20,0	31,9	10,4
mit Kindern ²	11,0	9,0	43,8	10,4
Alleinerziehenden- Haushalt	5,2	5,1	2,9	7,1
Sonstige Mehr- personenhaushalte				
ohne Kinder	9,6	9,3	21,4	6,3
Insgesamt	100	100	100	100
Zeilen-%				
Einpersonenhaushalt ...	100	85,4	x	14,6
Paar-Haushalte				
ohne Kinder ¹	100	84,5	9,0	6,5
mit Kindern ²	100	66,8	21,8	11,3
Alleinerziehenden- Haushalt	100	80,6	3,1	16,3
Sonstige Mehr- personenhaushalte				
ohne Kinder	100	79,9	12,3	7,9
Insgesamt	100	82,4	5,5	12,1

1 Paar-Haushalte ohne Kinder:

Ehepartner/eingetragene Lebenspartnerschaften/
nicht eheliche Lebensgemeinschaft;

2 Paar-Haushalte mit ledigen, kinderlosen unter 18-Jährigen:

Ehepartner/eingetragene Lebenspartnerschaften/
nicht eheliche Lebensgemeinschaft mit mindestens
einer/m ledigen, kinderlosen unter 18-Jährigen

Abb. 2a **Alleinlebende in Privathaushalten in Berlin am 31.12.2012 nach Altersjahren und Geschlecht ...**

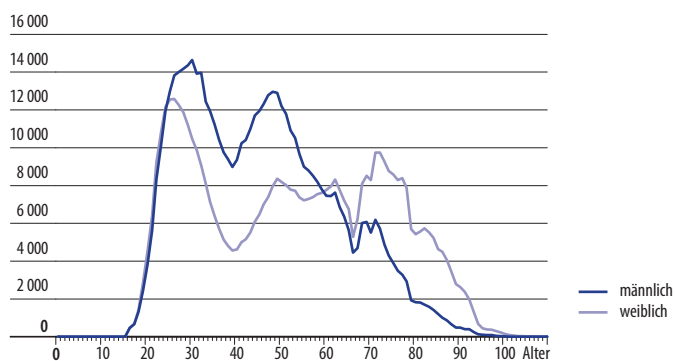


Abb. 2b **... in %**

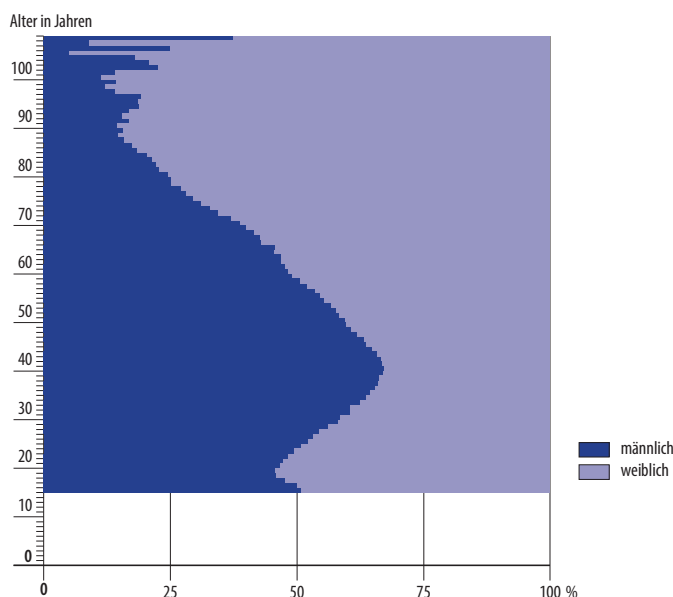


Abb. 3a **Altersverteilung der Bezugspersonen in Privathaushalten in Berlin am 31.12.2012 nach Haushaltstyp ...**

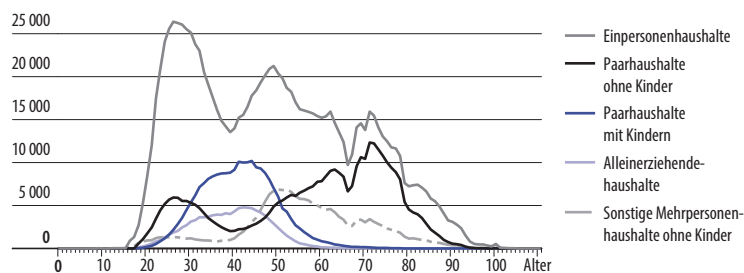
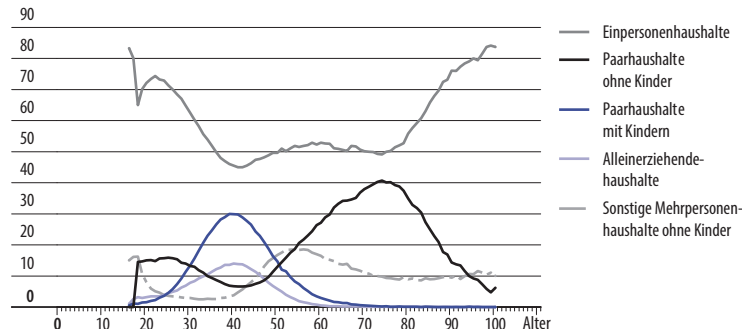


Abb. 3b **... in %**



Verteilungsmaxima der Männer liegen bei 30 und 48 Jahren, die der Frauen bei 26 und 71 Jahren.

Jeder fünfte Haushalt (19,5 %) ist ein Paarhaushalt ohne Kinder (Tabelle 3). In 16,2 % der Berliner Haushalte leben Kinder (Paarhaushalte mit Kindern und Alleinerziehende). Bei einem Drittel der Paarhaushalte mit Kindern haben nicht alle Haushaltsmitglieder die deutsche Staatsangehörigkeit (21,8 % und 11,3 %).

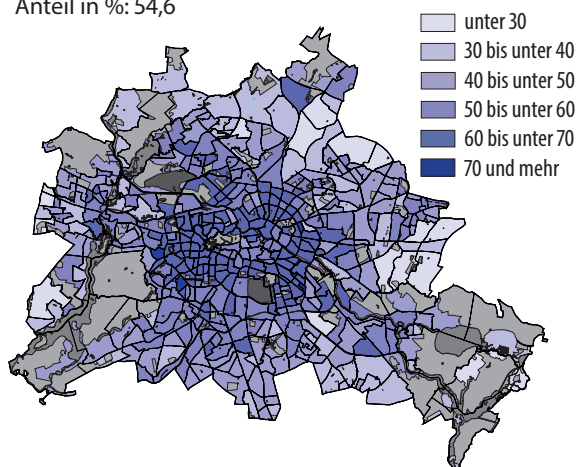
Das Alter der Bezugspersonen in Berliner Privathaushalten nach dem Haushaltstyp sind in den Diagrammen in den Abbildungen 3a und 3b abgetragen. Repräsentiert wird jeder Haushalt durch eine Bezugsperson; die Summe aller Bezugspersonen ergibt die Gesamtzahl der Privathaushalte. Paarhaushalte mit Kindern und die Haushalte Alleinerziehender konzentrieren sich auf den Altersbereich Mitte 20 bis Mitte 50. Die Altersverteilung der Haushalte mit Kindern ist eingipflig. Dagegen weisen die Paarhaushalte ohne Kinder und die Einpersonenhaushalte mehrere Spitzen auf (Abbildung 3a). Der Verlauf der verschiedenen Lebenszyklen – holzschnittartig: Beziehungsfindung, Familiengründung, Konsolidierung, Trennung – zeichnen sich in die Altersverteilung ein. Sie sind ein Schnappschuss der in einem Lebensabschnitt (Lebensalter) stärker vorkommenden Lebensform. Der Rückgang der Paarhaushalte mit Kindern entlang der Altersachse hängt mit der Zunahme der Paarhaushalte ohne Kinder zusammen.

Während in Abbildung 3a absolute Häufigkeiten dargestellt werden, zeigt Abbildung 3b die Verteilung der Bezugspersonen auf die fünf Haushaltstypen je Altersjahr (jedes Altersjahr ergibt zusammen 100 %). In allen Altersjahren ist der Einpersonenhaushalt der dominante Haushaltstyp. Unter die 50 %-Linie fällt der Anteil bei den Mitte Dreißigjährigen und verbleibt in der Nähe der 50 %-Linie bis zum 77. Lebensjahr.

Abb. 4 Anteil der verschiedenen Haushalte an allen Privathaushalten in Berlin am 31.12.2012 nach LOR-Planungsräumen

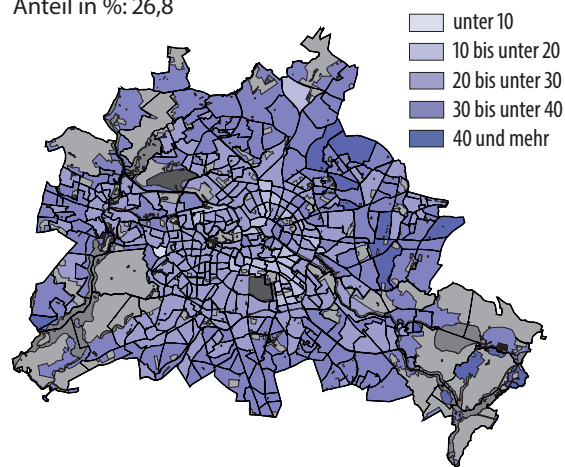
Privathaushalte

Anteil in %: 54,6



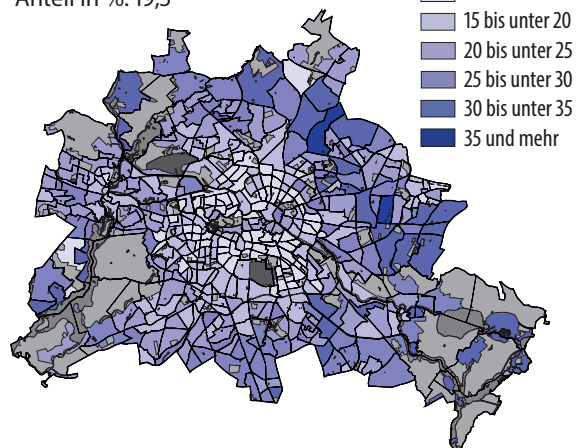
Zweipersonenhaushalte

Anteil in %: 26,8



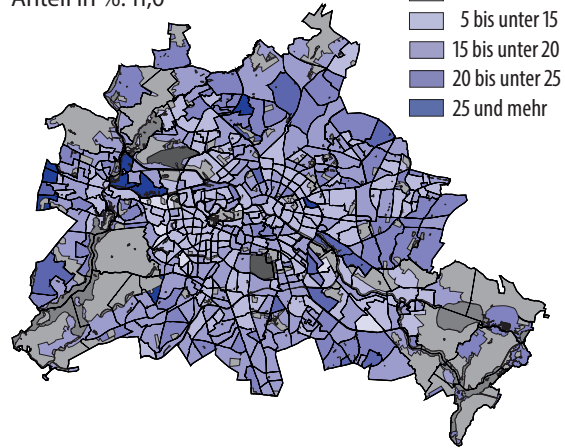
Paarhaushalte ohne Kinder
im Alter unter 18 Jahren

Anteil in %: 19,5



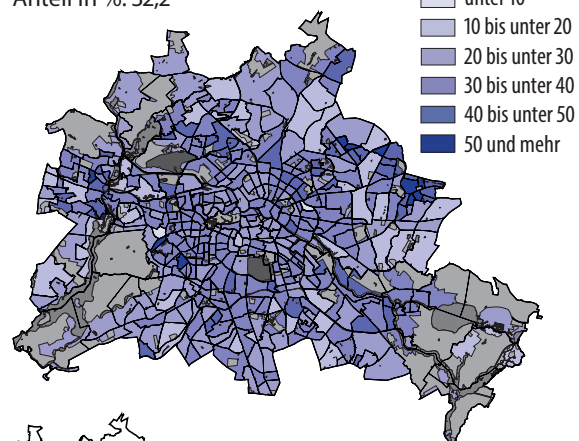
Paarhaushalte mit Kindern
im Alter unter 18 Jahren

Anteil in %: 11,0



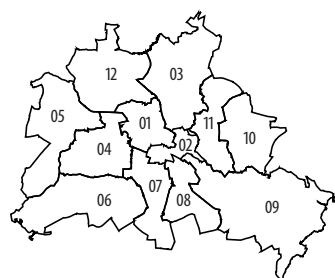
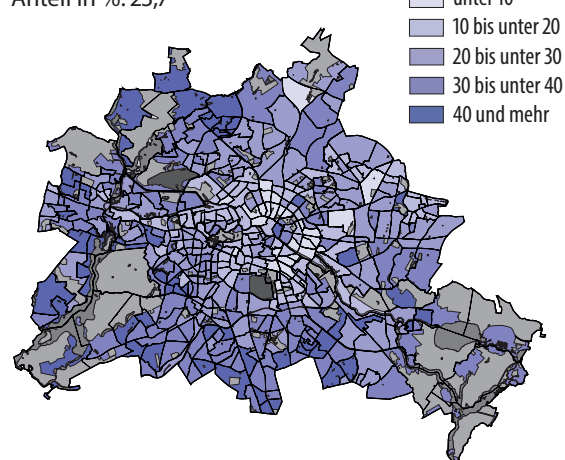
Alleinerziehende mit Kindern
im Alter unter 18 Jahren

Anteil in %: 32,2



Haushalte mit einer Person
im Alter von 65 und mehr Jahren

Anteil in %: 23,7



Bezirke

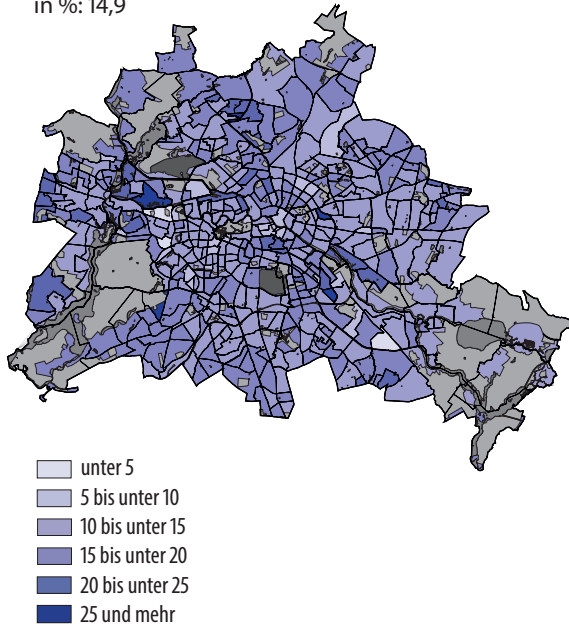
01 Mitte
02 Friedrichshain-Kreuzberg
03 Pankow
04 Charlottenburg-Wilmersdorf
05 Spandau
06 Steglitz-Zehlendorf

07 Tempelhof-Schöneberg
08 Neukölln
09 Treptow-Köpenick
10 Marzahn-Hellersdorf
11 Lichtenberg
12 Reinickendorf

Grünflächen
Gewässer
Flughafen bzw.
ehemaliger
Flughafen

Abb. 5 Anteil der ... an allen Privathaushalten
in Berlin am 31.12.2012 nach LOR-Planungsräumen

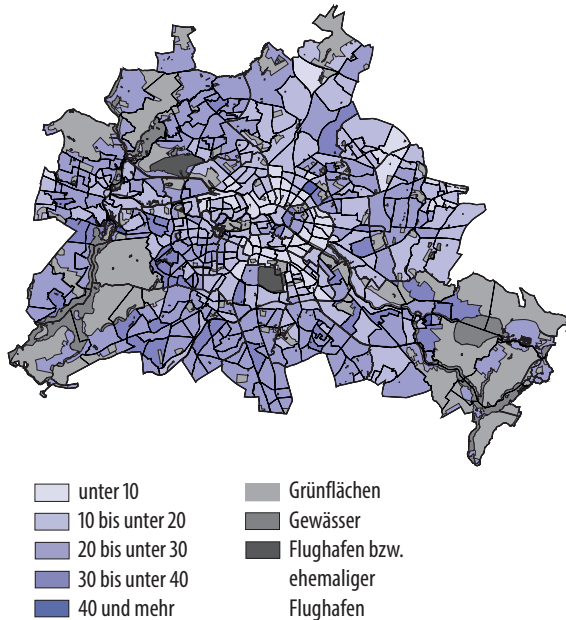
Anteil der 18-Jährigen
in %: 14,9



Bezirke

- 01 Mitte
- 02 Friedrichshain-Kreuzberg
- 03 Pankow
- 04 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 05 Spandau
- 06 Steglitz-Zehlendorf
- 07 Tempelhof-Schöneberg
- 08 Neukölln
- 09 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf

Anteil der 65-Jährigen und Älteren
in %: 19,0



Kleinräumige Ergebnisse

Motiviert ist die Haushaltegenerierung durch die Gewinnung kleinräumiger Haushaltsstrukturdaten. Die wichtigste kleinräumige Gliederung ist in Berlin das System der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR), die das Stadtgebiet in 60 Prognosereäume, 138 Bezirksregionen und 447 Planungsräume untergliedert. Kleinräumige Haushaltsprognosen werden auf der Ebene der LOR-Prognosereäume gerechnet.

In der Abbildung 4 sind verschiedene Strukturindikatoren aus der Haushaltegenerierung auf der Ebene der LOR-Planungsräume dargestellt. Die Verteilung der unter 18-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie der 65-Jährigen und Älteren kann der Abbildung 5 entnommen werden; beide Karten wurden ohne Berücksichtigung eines Haushaltszusammenhangs erstellt.

Autor: Hartmut Bömermann

Quellen

- Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg (Hrsg.): „Privathaushalte in Nürnberg 2006 bis 2025“. In: Statistischer Monatsbericht für August 2007; 15. Oktober 2007.
- Below, Sigrun: „Qualität der Einwohnerregister und ihre statistische Nutzung. Eine Literaturstudie“. In: Berliner Statistik, Heft 6, 1994, S. 106-123.
- Fest, Manfred/Herzog, Petra: „Möglichkeiten einer Haushaltegenerierung unter Verwendung von Indizien aus Einwohnermelde-registern und wohnungsstatistischen Daten“. In: Daten – Analysen, hrsg. vom Landesamt für Daten-verarbeitung und Statistik Brandenburg, Heft 5, 1999, S. 39-51.
- Hartmann, Adriane: „Haushalte in Hamburg“. In: Statistische Analysen, hrsg. vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, November 2010.
- KOSIS-Verbund (Hrsg.): „Haushalte-generierungsverfahren HHGEN, Version 2.1. Verfahren zum Generieren von Haushalten aus Einwohnermelderegisterdaten auf Grundlage des Statistikdatensatzes Bevölkerungsbestand des Deutschen Städtetags“. Vorgelegt von Friedrich von Klitzing, aktualisiert von Utz Lindemann, Stuttgart 2010.
- Lindemann, Utz: „Wie erhält man aus dem Einwohnerregister Haushalte? Das Haushaltegenerierungsverfahren HHGen“. In: Monatsheft 9/2001, Statistisches Amt der Landeshauptstadt Stuttgart.
- Lux-Henseler, Barbara: „Privathaushalte in Nürnberg. Konzept der Haushaltegenerierung aus dem Melderegister und erste Ergebnisse für 2001“. In: Statistische Nachrichten der Stadt Nürnberg, hrsg. vom Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg, 3/2001.
- Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Indikatoren- und Merkmalskatalog zum demografischen Wandel. Arbeitshilfe für kommunalstatistische Monitoring- und Berichtssysteme zur Bevölkerungsstruktur und -entwicklung (=Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 1), 2011.
- von Klitzing, Friedrich/Ochsenburg, Hanno: „Haushaltsdaten aus dem Melderegister“. In: Stadtforschung und Statistik, Heft 1, 1995, S. 13-28.
- Vorndran, Ingeborg: „Zensus-test – Verfahren und Ergebnisse der Haushaltegenerierung“. In: Wirtschaft und Statistik 11/2004, S. 1245-1255.
- Willmann, Thomas: „Haushalte in Freiburg. Haushaltsinformationen aus dem Einwohnerregister“. In: Statistischer Infodienst des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen Freiburg im Breisgau, 18. Dezember 2003.
- Wörner, Anke: „Haushalte in Frankfurt am Main – Methode und Eckdaten“. In: Frankfurter Statistische Berichte, Heft 2/3, 2007, S. 77-91.

Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Arbeit und Gesundheit in der Berliner Verwaltung

Grundlage

Die Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Themen Arbeit und Gesundheit spielt in Unternehmen, aber zunehmend auch in der öffentlichen Verwaltung, eine immer größere Rolle. In der Berliner Verwaltung wurde eine einzigartige Struktur geschaffen, die auf einem prozessualen Verständnis beruht und auch die Umsetzung der Ergebnisse im Blick hat.

Die Gesundheit der Beschäftigten spielt auch im öffentlichen Dienst eine immer wichtigere Rolle. Angesichts des demografischen Wandels und des damit verbundenen längeren Verbleibs im Erwerbs-

system ist die Implementierung gesundheitsfördernder Maßnahmen bzw. der Aufbau eines Gesundheitsmanagements eine immer drängendere Aufgabe.

Für den zielorientierten Einsatz gesundheitsfördernder Maßnahmen und Initiativen zur Steigerung der Arbeitszufriedenheit ist jedoch die Analyse des Status-Quo äußerst wichtig. Hier setzen Mitarbeiter/-innen-Befragungen an. Einerseits lassen sich so die Bedürfnisse und Be-

schwerden der Beschäftigten nachvollziehen, andererseits trägt die Befragung selbst bereits zur Steigerung der Teilhabe an der Entwicklung des eigenen Arbeitsplatzes und der Dienststelle bei.

Dennoch birgt eine Mitarbeiter/-innen-Befragung auch Tücken: Sobald der Eindruck entsteht, dass die Befragungen lediglich um ihrer selbst Willen durchgeführt werden, kann daraus Misstrauen und Unzufriedenheit unter den Beschäftigten entstehen. Wichtig ist daher, dass die Befragung keine Alibifunktion hat, sondern tatsächlich prozessual verankert ist. Insbesondere für Verwaltungen, deren finanzieller Spielraum meist sehr begrenzt ist, muss daher ein Prozess geschaffen werden, der sicherstellt, dass auch nach Abschluss der Befragung mit den Ergebnissen weitergearbeitet wird. Ein weiterer bedeutsamer Aspekt der Mitarbeiter/-innen-Befragung ist der Datenschutz, der im Prozess berücksichtigt und den Beschäftigten vermittelt werden muss.

In der Berliner Verwaltung wurde daher eine Struktur geschaffen, die im Bundesgebiet einzigartig ist. Sie beruht auf dem Verständnis, dass Mitarbeiter/-innen-Befragungen einen Teil in einem komplexen Prozess des behördlichen Gesundheitsmanagements darstellen, dem neben einer rechtlichen Struktur auch ein Datenschutz- und Geheimhaltungssystem zur Seite gestellt werden. Die Fragen nach der Ergebnisverwertung im Anschluss an die Befragung sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Dem Berliner Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz (VGG) ist in § 6 Abs. 6 Folgendes zu entnehmen: „Mitarbeiterbefragungen [...] sind regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre durchzuführen [...]“. Mitarbeiter/-innen-Befragungen haben demnach in der Berliner Verwaltung auch eine rechtliche Grundlage. Dienststellen und Behörden sind daher verpflichtet, den Anliegen und Bedürfnissen der Beschäftigten im Rahmen einer freiwilligen Befragung regelmäßig Gehör zu verschaffen.

Auch in der Dienstvereinbarung über das Betriebliche Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung (DV Gesundheit) wird in Punkt 7.1 auf Mitarbeiter/-innen-Befragungen als Grundlage für „[...] auf eine regelmäßige systematische Bedarfsanalyse und ein darauf abgestimmtes zielgerichtetes Aktionsprogramm“ (Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin 2007: S. 6) hingewiesen.

Die Befragung erfolgt auf freiwilliger Basis und es kann nicht zurückverfolgt werden, wer an der Befragung teilgenommen bzw. wer die Teilnahme verweigert hat.

Die Einwilligung der Beschäftigten ist nur dann wirksam, wenn sie auf der freien Entscheidung der Betroffenen beruht. Zwar wird zum Teil die Ansicht vertreten, dass aufgrund des Machtgefälles zwischen der Dienststelle als Arbeitgeberin und den Beschäftigten im Arbeitsverhältnis eine Freiwilligkeit nicht gegeben ist. Allerdings ist hier eine differenziertere Betrachtung vorzunehmen, d.h. es kommt darauf an, ob der/die Mitarbeiter/in in dem konkreten Fall tatsächlich frei entscheiden kann (vgl. Gola und Wronka 2007: S. 77ff.). Dies dürfte im Fall der Mitarbeiter/-innen-Befragung gegeben sein. Die/der Beschäftigte hat die freie Entscheidung darüber, ob sie/er überhaupt an der Befragung teilnimmt. Keine der beteiligten Stellen kann feststellen, ob ein/e konkrete/r Beschäftigte/r überhaupt an der Befragung teilgenommen hat. Somit sind seitens des Arbeitgebers auch keine Nachteile für den Einzelnen für den Fall der Nichtteilnahme möglich und mithin nicht zu befürchten. Die Entscheidung der Beschäftigten erfolgt demnach ohne „Zwang“, ist also absolut freiwillig und somit wirksam.

Das Befragungsinstrument

Unter wissenschaftlicher Begleitung (Frau Prof. Dr. Ducki) und mit Beteiligung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) wurde von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin (SenInnSport) ein Standardfragebogen für die Mitarbeiter/-innen-Befragungen in den Berliner Behörden entwickelt. Seit dem Jahr 2010 bietet SenInnSport allen Dienststellen der Berliner Verwaltung dieses erprobte Instrument an.

Der Fragebogen umfasst einerseits einen Block zur Soziodemografie bestehend aus 13 Fragen beispielsweise zum Alter, Geschlecht und zur Kinderbetreuung sowie Fragen zu „Arbeit und Gesundheit“.

Durch eine Kategorisierung im Vorfeld müssen Befragte jedoch nicht ihr konkretes Geburtsdatum angeben (siehe Abbildung 1). Ebenfalls kategorisiert abgefragt wird das Merkmal Eingruppierung. Wichtig ist, dass teilweise eine Kategorisierung und somit Anonymisierung bereits im Fragebogen vorgenommen wird.

Abb. 1 Kategorisierung der Altersfrage

1.1	Alter	
	bis 29 Jahre	<input type="checkbox"/> ₁
	30 bis 39 Jahre	<input type="checkbox"/> ₂
	40 bis 49 Jahre	<input type="checkbox"/> ₃
	50 Jahre und älter	<input type="checkbox"/> ₄

zu, von sehr unzufrieden bis sehr zufrieden, von nie bis fast täglich oder von sehr schlecht bis sehr gut reichen. Im Rahmen der Analyse werden diese Items nach Reliabilitätsanalysen zu Skalen zusammengefasst (siehe Tabelle 1).

Der standardisierte Fragebogen eröffnet zusammengefasst aus soziodemographischen Fragen und Fragebatterien zum Thema „Arbeit und Gesundheit“ die Möglichkeit, die Bedürfnisstruktur der Beschäftigten differenziert nachzuvollziehen und daraus ge-

Den Großteil der Fragen bilden die Items zu „Arbeit und Gesundheit“, die Themen wie Belastungen, Ressourcen, gesundheitliche Beschwerden und Wohlbefinden erfassen. Die Einzelfragen sind mit einer fünfstufigen Antwortskala versehen, die je nach Inhalt der Fragen von trifft nicht zu bis trifft völlig

sundheitsfördernde Maßnahmen abzuleiten. Durch die Gewährleistung der Vergleichbarkeit bei Wiederholungsbefragungen mit dem gleichen Fragebogen sind darüber hinaus auch Maßnahmenevaluationen im Längsschnitt denkbar. Der Standardfragebogen bietet ein Grundgerüst, das auch die Abbildung eines Querschnitts der Berliner Verwaltung ermöglicht.

Der Datenschutz wird durch die Anwendung von Mindestfallzahlregeln für soziodemographische Merkmale und gesundheitsbezogene Items eingehalten. Somit kommen hinsichtlich der Datenschutzregeln jeweils spezifizierte Fragebögen zum Einsatz. Um den Spezifika der einzelnen Dienststellen gerecht zu werden, besteht darüber hinaus die Option, den Standardfragebogen entsprechend anzupassen. So werden die soziodemographischen Merkmale je nach Gestaltung der Behörde kategorisiert, um den Regeln des Datenschutzes gerecht zu werden. Darüber hinaus werden an keiner Stelle personenbezogene Daten, wie Namen, Anschrift o. Ä. abgefragt. Generell können Dienststellen in gewissem Umfang inhaltlich relevante Zusatzfragen in den Fragebogen aufnehmen. Vorstellbar wären hier beispielsweise für Justizvollzugsanstalten Items zum Thema „Gewalt am Arbeitsplatz“, da hieraus auch Folgen für das individuelle Gesundheitsempfinden entstehen können.

Ablauf der Befragung und beteiligte Akteure

Zur Gewährleistung des Datenschutzes ist die Mitarbeiter/-innen-Befragung in der Berliner Verwaltung als Kooperation über mehrere Stellen konzipiert (siehe Abbildung 2). Kunden bzw. Auftraggeber sind die jeweiligen Dienststellen bzw. externen Behörden. Ansprechpartner/-innen in den Dienststellen sind zumeist ausgebildete Gesundheitskoordinator/-innen. SenInnSport ist insoweit involviert, als sie den Standardfragebogen zur Verfügung stellt und soweit möglich auf Antrag die Befragungen im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung finanziell unterstützt. Im IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) werden die Erhebungsdaten aus der Befragung gesammelt und die Erstellung des Datensatzes koordiniert. Das AfS, als zentraler Dienstleister auf dem Gebiet der amt-

lichen Statistik für die Region Berlin und Brandenburg, leistet die Auswertung sowie die Berichterstellung der Untersuchungsergebnisse inklusive der Geheimhaltungsprüfung. Darüber hinaus wurde von SenInnSport ein Pool mit Gesundheitsexpert/-innen eingerichtet, der die Dienststellen bei der Vorbereitung, Durchführung der freiwilligen Mitarbeiter/-innen-Befragung und der dem daran anschließenden Prozess der Maßnahmenableitung und Umsetzung begleitet.

Der Befragungsprozess selbst lässt sich in groben Zügen folgendermaßen skizzieren: Die Behörde signalisiert SenInnSport die Planung einer freiwilligen Mitarbeiter/-innen-Befragung mit dem Standardfragebogen und beauftragt anschließend eine/n Gesundheitsexpertin/en aus dem Expertenpool. Gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Expert/-innen wird

Tab. 1 Skalenübersicht

Ressourcen	Belastungen	Gesundheit
Transparenz	Soziale Belastungen im Bürger/innenkontakt	Arbeitsfreude
Partizipation	Zeitdruck	Arbeitszufriedenheit
Arbeitsklima	Unterbrechungen	Somatische Beschwerden
Wertschätzung	Unzureichende Ausstattung	Psychosomatische Beschwerden
Entwicklungsmöglichkeiten	Informationsdefizite	Gereiztheit
Handlungsspielraum	Umgebungsbedingte Belastungen	Allgemeiner Gesundheitszustand
Anforderungsvielfalt	Mobbing	
Work-Life-Balance	Restrukturierungsbedingte Belastung	
Soziale Ressourcen im Bürger/innenkontakt		
IT-Ressourcen		
Arbeitsorganisation		
+ Gesundheitsverhalten		

Abb. 2
Beteiligte der Mitarbeiter/-innen-Befragung
in der Berliner Verwaltung



der Standardfragebogen behördenspezifisch angepasst und die Befragung bereits in Kooperation mit dem AfS und dem ITDZ geplant bzw. in Auftrag gegeben. Im Rahmen des Auftrags sind Regelungen zu den Mindestfallzahlen und dem Verbot der Einsichtnahme in die Einzeldaten durch den Auftraggeber, sprich die Behörde, die die Mitarbeiter/-innen-Befragung durchführen möchte, festgeschrieben.

Die Dienststellen können die Befragung als Online- und/oder Papierbefragung konzipieren. Das ITDZ stellt im Falle der Onlinebefragung den Fragebogen unter Berücksichtigung der Konventionen und Sicherheitsanforderungen für die Dienststelle im Internet oder landesweiten Intranet bereit. Der Fragebogen wird unter einer speziell dafür erzeugten URL erreicht.

Entscheidet sich die Dienststelle für eine Internetbefragung, können die Beschäftigten die Onlinefragebögen, wie die Papierfragebögen, auch außerhalb der Dienststelle ausfüllen. Dies impliziert, dass der Dienstherr nicht feststellen kann, wer zu welchem Zeitpunkt wie den Fragebogen ausgefüllt hat. Diese Informationen sind nicht im Verfügungsbereich des Dienstherrn.

Während des Befragungszeitraums werden die Daten im ITDZ erhoben und anschließend unter Entfernung der Kennungen an das AfS übermittelt, wo die Auswertung und Berichtslegung stattfinden. Der Auftraggeber erhält anschließend die Ergebnisberichte, nicht aber die Einzeldaten. Auf Basis der Berichte werden dann in der beauftragenden Dienststelle mit den Expert/-innen Maßnahmen entwickelt, wobei beispielsweise auch Fokusgruppen zum Einsatz kommen können. Diese Verfahrensweise, eine Mitarbeiter/-innen-Befragung über mehrere Stellen zu konzipieren, wird im Übrigen auch in anderen Bundesländern und Städten praktiziert. München führt beispielsweise Mitarbeiter/-innen-Befragungen in städtischen Verwaltungen ebenfalls in Kooperation mit dem Statistischen Amt durch, welches die Auswertung übernimmt (vgl. Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement 2009: S. 18).

Angebotsportfolio des AfS Berlin-Brandenburg

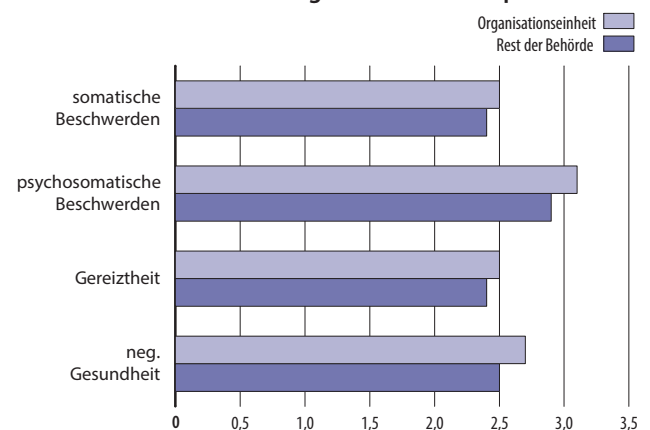
Das AfS ist im Rahmen der Mitarbeiter/-innen-Befragungen insbesondere für die Auswertung und Berichtslegung verantwortlich und hält dementsprechende bewährte Standardangebote bereit. Das Angebotsportfolio umfasst zunächst ein sogenanntes Basispaket, das die Ergebnisse aller Teilnehmer/-innen beinhaltet. Hierzu wird in einem ersten Schritt ein Expertenbericht erstellt, der tiefergehende sta-

tistische und methodische Informationen wie Analysen zur Repräsentativität und der Reliabilität, also Zuverlässigkeit der Skalen enthält. Diese Berichte unterstützen insbesondere die Arbeit der von den Behörden beauftragten Gesundheitsexpertinnen und -experten und dienen auch der Vorbereitung von Folgeprozessen. Die tatsächliche Auswertung der einzelnen Fragen mit der Erstellung von Grafiken und Tabellen sowie der Darstellung von Mittelwerten und Korrelationen findet sich jedoch im zweiten Teil des Basispaketes, dem Gesamtbericht.

Auf Kundenwunsch sind noch weitere Berichte möglich, die nach Lieferung des Basispaketes bestellt werden können und deren Erstellung immer auch von der Erfüllung der Mindestfallzahlregeln abhängt. Neben Gruppenberichten, die Auswertungen analog zum Gesamtbericht, jedoch für bestimmte Gruppen, z. B. für eine Abteilung oder für die Gruppe der Schichtarbeiter (nach Geschlecht und Alter), darstellen, sind noch Vergleichsberichte und Kurzberichte möglich. Während erstere sich auf den Vergleich zwischen z. B. Organisationseinheiten konzentrieren, wird in Kurzberichten dem Ergebnis einer Gruppe das Ergebnis der gesamten Dienststelle gegenübergestellt.

Neu im Angebot sind die sogenannten Grafikpakete (siehe Abbildung 3). Hierbei handelt es sich um Excelgrafiken, die den Behörden die Aufbereitung der Ergebnisse für Präsentationen erleichtern. Darüber hinaus enthalten die Grafikpakete zusätzliche Informationen, wie Hinweise auf signifikante Abweichungen der Mittelwerte einer untersuchten Gruppe zu den übrigen Befragten.

Abb. 3 Darstellung der Mittelwerte der Belastungsskalen im Grafikpaket



Datenschutz und Geheimhaltung

Um die Berücksichtigung des Datenschutzes und der Geheimhaltung im Rahmen der Mitarbeiter/-innenbefragung zu verdeutlichen, werden nach den Erläuterungen zum Fragebogen die Aufgaben des ITDZ und des AfS im Folgenden näher skizziert.

Datenschutz im Fragebogen

Bereits die Gestaltung des Fragebogens dient dem Schutz der Mitarbeiter/-innen der Dienststelle, die an der Befragung teilnehmen. Es werden keinerlei personenbezogene Daten wie Namen, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse oder „Abteilungsleitung der Abteilung XY“ erhoben, die einen einzelnen Beschäftigten klar identifizieren. Soziodemographische Merkmale wie Alter und Eingruppierung werden grundsätzlich nur klassiert, d.h. in groben Kategorien erfasst.

Datenschutz im ITDZ

Das ITDZ ist bereits vor Befragungsbeginn am Prozess beteiligt. Einerseits findet dort die Programmierung des Onlinefragebogens statt, andererseits werden hier auch die Kennungen generiert, die später den Zugang zum Onlinefragebogen ermöglichen. Um einen Missbrauch und eine Verfälschung des Fragebogens zu verhindern und um die spätere Auswertung zu gewährleisten, werden Kennungen generiert, die es erlauben, unter der eingerichteten URL den Fragebogen aufzurufen und online zu beantworten. Ohne die Eingabe einer Kennung und nach Abschluss der Beantwortung des Fragebogens ist der Gebrauch der Kennung und somit das Aufrufen des Fragebogens nicht (mehr) möglich.

Finden Papierbefragungen statt, werden die Kennungen direkt auf die Fragebögen gedruckt. Zur Generierung der Kennungen wird lediglich die Anzahl der Beschäftigten benutzt. Es existieren keine Listen mit Namen oder sonstigen Personendaten. Die systemfreien Kennungen, die dem allgemeinen Grundsatz für Kennungen entsprechen, werden anschließend zusammen mit einem allgemeinen Informationsschreiben (ohne Namensnennung) kurtiert und nach dem Zufallsprinzip an die Beschäftigten in der Dienststelle verteilt. Somit kann weder die Dienststelle noch das ITDZ die Zuordnung von Kennung und Beschäftigtem nachvollziehen. Personenidentifizierende Angaben wie Name, Adresse oder Büronummer werden zu keinem Zeitpunkt der Befragung erfasst. Nachdem die Befragung abgeschlossen ist, wird vom ITDZ unter Entfernung der Kennungen aus den Online- und Papierbefragungen ein Datensatz erstellt. Hierzu wird aus der Fragestellung und der jeweiligen Antwort mit einem Algorithmus eine Zeichenkette gebildet, die im Server des ITDZ abgelegt wird. Der dazu benutzte Algorithmus wird nach einer Vercodungsvorschrift des AfS erzeugt. Anschließend erfolgt die verschlüsselte Übermittlung der Einzeldatensätze an das AfS, nicht aber an die Dienststellen. Der Auftraggeber hat demnach zu keinem Zeitpunkt Zugang zu bzw. Einsicht in die Einzeldaten. Da die Befragung für die Beschäftigten freiwillig ist und nicht zurückverfolgt werden kann, wer an der Befragung teilgenommen bzw. wer die Teilnahme verweigert hat, ist darüber hinaus das

Machtgefälle zwischen der Dienststelle als Arbeitgeberin und den Beschäftigten nicht als Einflussfaktor für die Teilnahme zu sehen. Die Teilnahme an der Befragung findet somit voll und ganz im Rahmen des Rechts der informationellen Selbstbestimmung der Beschäftigten statt.

Nach der erfolgreichen Übermittlung der Daten an das AfS wird das Datenmaterial im ITDZ gelöscht.

Datenschutz im AfS

Das AfS ist bereits vor Befragungsbeginn in den Prozess involviert. Die Dienststellen setzen sich noch vor dem Start der Befragung mit den Ansprechpartner/-innen des AfS in Verbindung und treffen unter Einbeziehung der beauftragten Gesundheitsexpertinnen und -experten Entscheidungen bezüglich der Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationseinheiten, die im soziodemographischen Teil des Fragebogens abgefragt werden. Durch die Beratung des AfS wird sichergestellt, dass die Organisationseinheiten angemessen groß gewählt und somit die Mindestfallzahlregeln bereits vor Beginn der Mitarbeiter/-innen-Befragung eingehalten werden.

Ist die Befragung beendet, erfolgt die verschlüsselte Übermittlung der Einzeldatensätze von Seiten des ITDZ an das AfS, wo die Aufbereitung und Auswertung mit Hilfe der Statistiksoftware SPSS stattfindet. Im Zuge dessen werden auch die Antworten auf die offene Frage („9. Was Sie uns über die beantworteten Fragen hinaus noch mitteilen möchten:“) anonymisiert. Hierzu werden beispielsweise sämtliche Angaben zu Namen, genaue Funktionsbezeichnungen, Büronummern, Krankheiten u.Ä., die eine Reidentifizierung einer Einzelperson ermöglichen würden, entfernt. Insgesamt ist zu betonen, dass dem AfS als datenverarbeitende Stelle keine Personenmerkmale (Alter, Eingruppierung o. Ä.) der in der Dienststelle angestellten Personen bekannt sind. Darüber hinaus sind die Beschäftigten des AfS aufgrund ihrer Tätigkeit in der amtlichen Statistik kompetent in statistischer Geheimhaltung und zudem auf das Datengeheimnis verpflichtet. Die Dienststelle als Auftraggeber erhält ausschließlich Berichte, die lediglich auf Geheimhaltung geprüfte Informationen auf Aggregatsebene enthalten. Dabei werden spezifische Mindestfallzahlregeln beachtet, die im folgenden Kapitel erläutert werden. Somit ist keinerlei Rückschluss auf Einzelpersonen möglich.

Mindestfallzahlregeln

Nicht alle Beschäftigten, die an der Mitarbeiter/-innen-Befragung auf freiwilliger Basis teilnehmen können, nutzen diese Möglichkeit auch. Basis für die Mindestfallzahlen ist daher nicht die Zahl der potenziell Befragten (=Grundgesamtheit), sondern die Zahl derjenigen, die tatsächlich an der Befragung teilgenommen haben.

Es existieren grundsätzlich zwei verschiedene Ebenen, an denen die Mindestfallzahlen angelegt werden. Einerseits werden Ergebnisberichte erst ab einer Mindestteilnehmerzahl von 20 Personen erstellt. Haben beispielsweise nur 19 Beschäftigte der Organisationseinheit A den Fragebogen beantwortet, kann keine Auswertung bzw. kein gesonderter Bericht für die Organisationseinheit A erstellt werden. Diese

Tab. 2 Unterschreitung der Mindestzellbesetzung

3.1 Ich werde über anstehende Veränderungen und Entscheidungen gut informiert					
		Häufigkeit	%	Gültige in %	Kumulierte %
Gültig	trifft nicht zu.....	10	38,5	38,5	38,5
	trifft wenig zu.....	3	11,5	11,5	50,0
	trifft teilweise zu.....	7	26,9	26,9	76,9
	trifft überwiegend zu...	1	3,8	3,8	80,8
	trifft völlig zu.....	5	19,2	19,2	100,0
Insgesamt		26	38,5	38,5	

Tab. 3 Sperrung bei Unterschreitung der Mindestzellbesetzung

3.1 Ich werde über anstehende Veränderungen und Entscheidungen gut informiert					
		Häufigkeit	%	Gültige in %	Kumulierte %
Gültig	trifft nicht zu.....	10	38,5	38,5	38,5
	trifft wenig zu.....	3	11,5	11,5	50,0
	trifft teilweise zu.....	7	26,9	26,9	76,9
	trifft überwiegend zu				
	trifft völlig zu.....				100,0
Insgesamt		26	38,5	38,5	

Mindestfallzahl wurde auch vom Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) als ausreichend eingestuft.

Neben den Mindestfallzahlen für die Berichterstellung wurden auch Fallzahlgrenzen für die Auswertung einzelner Merkmale innerhalb eines Berichtes festgelegt:

Soziodemographische Merkmale (Alter, Geschlecht, Eingruppierung etc.) werden in Tabellen und Grafiken nur dargestellt, sofern in den Antwortkategorien die Mindestfallzahl von acht nicht unterschritten wird. Dies kann unter Umständen auch durch Gruppierungen, beispielsweise durch Zusammenfassung zweier benachbarter Alterskategorien, erreicht werden.

Für die Einzelitems zu „Arbeit und Gesundheit“ gilt ebenfalls eine Mindestfallzahlregel, wobei hier nicht acht, sondern drei Antworten pro besetzte Kategorie zugrunde gelegt werden (siehe Markierung in Tabelle 2).

Hintergrund ist hier, dass das Reidentifikationsrisiko im Vergleich zu den soziodemographischen Merkmalen noch geringer ist. Wird in einer Tabelle die Zellbesetzung unterschritten, werden Zusammenfassungen oder Sperrungen vorgenommen (siehe Tabelle 3).

Zusammenfassung

Zusammengefasst werden der Datenschutz und die Geheimhaltung während des gesamten Befragungsprozesses gewährleistet. Behörden erhalten zu keinem Zeitpunkt Zugang zu den Einzeldaten. Die Befragung ist vollständig externalisiert. Die soziodemographischen Merkmale, die in der Befragung erfasst werden, sind soweit anonym, als sie weitestgehend kategorisiert angefragt und je nach Größe der Dienststelle im Vorfeld vergrößert werden. Persönliche Angaben wie der Name der Befragten werden nicht erfasst. Bei dem Fragebogen handelt es sich nicht um einen Personalfragebogen. Die Verteilung der Kennungen erfolgt nach dem Zufallsprinzip, so dass weder in der Behörde, noch im ITDZ, noch im AfS, ein Personenbezug zwischen Behördenmitarbeiter/-innen und Fragebogenrückmeldung hergestellt werden kann. Das AfS verfügt über keinerlei Wissen bezüglich der Personenmerkmale der in der Dienststelle Beschäftigten und unterliegt dem Daten-

geheimnis. In der Auswertung des AfS finden eine Reihe von zusätzlichen Maßnahmen zur Geheimhaltung Anwendung: Entfernung personenbezogener Informationen aus den Antworten auf die offene Frage; Gruppierungen für Einzelitems; Einhaltung der Mindestfallzahlregeln. Der gesamte Prozess der Befragung ist insgesamt als anonym einzustufen. Eine Personenbeziehbarkeit ist absolut ausgeschlossen.

Bisherige Umsetzung und Ausblick

Die seit 2010 bestehende Befragung hat sich in der Zwischenzeit etabliert und wurde in den verschiedensten Berliner Verwaltungen als Instrument im behördlichen Gesundheitsmanagement angewandt.

Neben einer Reihe von Bezirksämtern und Senatsverwaltungen kam der Standardfragebogen auch in einer Justizvollzugsanstalt, einer Reihe von Finanzämtern, dem Landesverwaltungsamt, dem Verwaltungsgericht, dem Amtsgericht Wedding sowie den Sozialen Diensten der Justiz und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zum Einsatz. Die große Akzeptanz des Fragebogens, wie auch des gesamten Befragungsprozesses, zeigt sich unter anderem auch in den Teilnahmequoten, die bis zu 79 % der Befragten erreichten.

Entwicklungspotenzial bietet die Berliner Mitarbeiter/-innen-Befragung im Rahmen des Fragebogens. Das Standardformat ist zwar auf zahlreiche Verwaltungen anwendbar, greift jedoch für bestimmte Berufsgruppen zu kurz. Daher wurde im Jahr 2011 begonnen die Befragung auf das pädagogische Personal an Schulen und damit Lehrer/-innen bzw. Erzieher/-innen auszuweiten. Dieser neue und erweiterte Fragebogen wurde anschließend im Herbst 2012 im Rahmen einer Pilotbefragung an Schulen im Berliner Bezirk Mitte erfolgreich getestet und befindet sich derzeit in der Evaluierung. Wie im Schulbereich sind auch Erweiterungen für andere Berufsgruppen, wie beispielsweise Richter, denkbar.

Nachdem der Standardfragebogen in vielen Dienststellen eingesetzt wurde und Erfahrungen mit dem Instrument gesammelt werden konnten, steht im Jahr 2014 eine erste Revision des Fragebogens an. Die Überarbeitung dient der Optimierung der Skalen, wobei jedoch die Grundstruktur des Standardfragebogens erhalten bleiben soll, um die Vergleichbarkeit für Folgebefragungen zu gewährleisten.

Autorinnen: *Antje Ducki, Anja Hlawatsch,
Marion-Marianne Siebert,
Ramona Voshage*

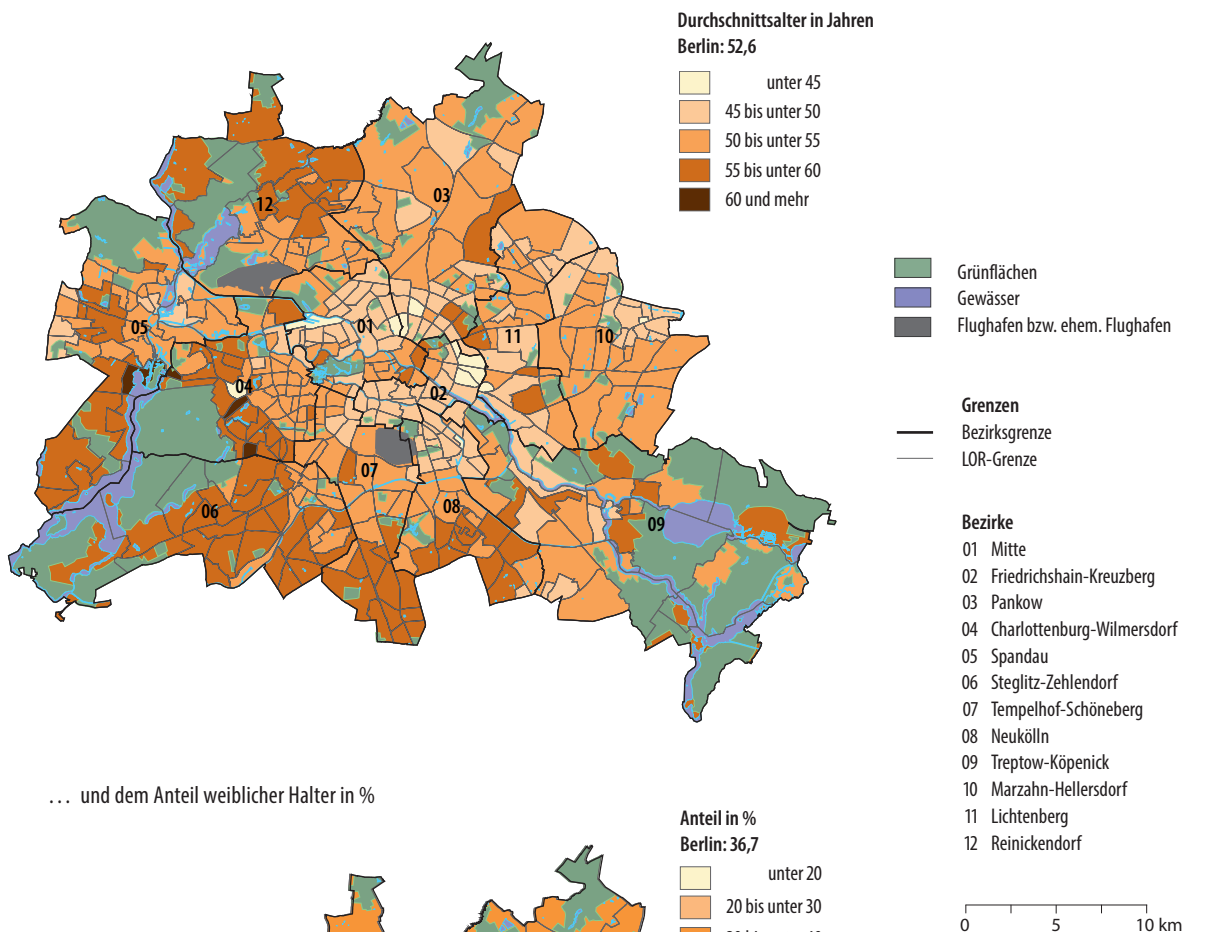
Antje Ducki ist Professorin an der Beuth Hochschule für Technik Berlin,
Marion-Marianne Siebert ist Mitarbeiterin bei der Senatsverwaltung
für Inneres und Sport – zentrale Stelle Gesundheitsmanagement.

Quellen:

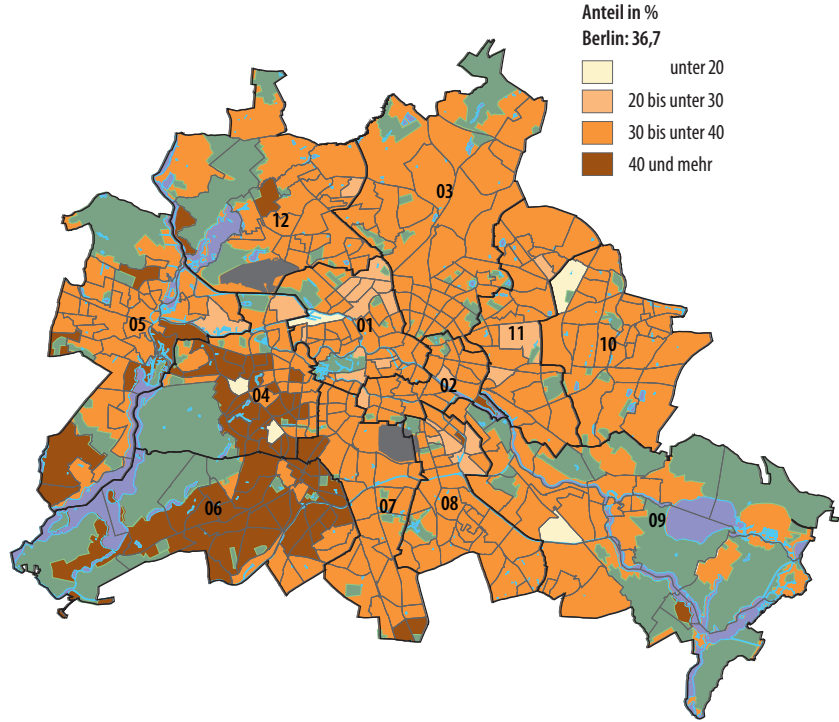
- Dienstvereinbarung über das Betriebliche Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung (DV Gesundheit: URL:www.berlin.de/imperia/md/content/hvp/gesetzeurteile/dv_gesundheit_12.11.07.pdf?start&ts=1195735729&file=dv_gesundheit_12.11.07.pdf; geprüft am 07.10.2013)
- Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement der Stadt München: URL:www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Personal-und-Organisationsreferat/Gesundheit/Dienstvereinbarung-Betriebliches-Gesundheitsmanagement-.html; geprüft am 07.10.2013
- Gola, P. und Wronka, G. (2007): Handbuch zum Arbeitnehmerdatenschutz. Rechtsfragen und Handlungshilfen für die betriebliche Praxis, 4. Auflage.

Private Personenkraftwagen in Berlin am 31. Dezember 2012
nach LOR-Planungsräumen ...

... und dem Durchschnittsalter der Halter

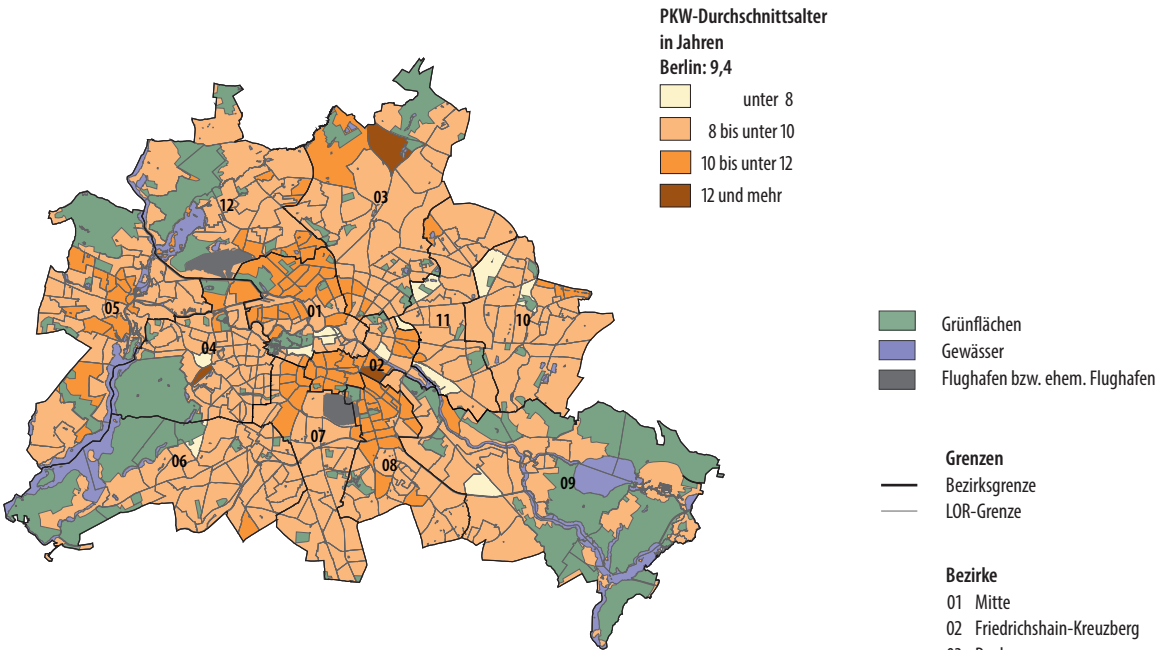


... und dem Anteil weiblicher Halter in %



Private Personenkraftwagen in Berlin am 31. Dezember 2012
nach LOR-Planungsräumen ...

... und deren Durchschnittsalter in Jahren



... und dem Anteil an Neuwagenkäufen in %

